WAHLPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2026

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI BADEN-WÜRTTEMBERG

Inhaltsverzeichnis

Präambel 1

Kapitel 1: Wirtschaft 3

Mittelstand entfesseln – Vorsprung durch Innovationen ermöglichen 4

Schwarzwald und Bodensee – wie cool sind die denn?! 6

Talente finden, binden, fördern 7

Fortschritt statt Vorschrift: Über-bordende Bürokratie zurückschneiden. 8

Klein-Klein hilft dem Klima nicht 10

Für echte Landwirte und mündige Verbraucher 11

Die Umwelt schützt sich nicht allein 12

Kapitel 2: Bildung 13

Schulen sind keine Versuchskaninchen – eine Allianz für beste Bildungsqualität schmieden 14

Bildungsgerechtigkeit beginnt bei der richtigen Schulwahl – die Vielfalt der Schularten ist unsere Stärke 15

Viel mehr als TikTok und Co. – digitale Bildung vorantreiben, Neues wagen und Demokratie sichern 16

Leistung fördern – weil das Beste zu geben Spaß macht 17

Lehrkräfte sind das Rückgrat unserer Schulen – entlasten wir sie! 18

Weil durch unsere Kleinen Großes entsteht – frühkindliche Bildung in den Blick nehmen 19

Starke Grundschulen für starke Kinder – Basiskompetenzen sichern, Chancen eröffnen 21

Verlässlicher Ganztag – mehr Qualität, mehr Vielfalt, mehr Chancen! ... 22

Unsere Köpfe und Charaktere von morgen – Gymnasien auf ein festes Fundament stellen 23

Die Kaderschmiede des Mittelstands – Erfolgsmodell Realschule stärken 24

Werkrealschule – Praxis zählt 25

Starke Wege in Ausbildung und Beruf – mehr Chancen, mehr Wertschätzung, mehr Zukunft 26

Selbstbestimmung fängt in der Schule an 28

Weil sie für uns unverzichtbar sind – Freie Schulen wertschätzen und fördern 29

Vorbild, Leistung und Erfolg – Baden-Württemberg – ein Land des Spitzen- und Leistungssports 30

Sportland Baden-Württemberg – für Zusammenhalt und Bewegung 31

Kapitel 3: Bauen und Wohnen 32

Mehr Freiheit am Bau – Bürokratie abbauen, Kosten senken! 33

Land der Häuslebauer – Land der Eigentümer 35

Private Vermieter stärken – Markt deregulieren! 36

Flächen ausweisen – Eigenverantwortung der Kommunen stärken! 37

Eigentümer entlasten – unfaire Grundsteuer reformieren 38

Kapitel 4: Mobilität 39

Individuelle Mobilität ist wichtiger denn je – und ohne Auto und Straßen undenkbar! 40

Der ÖPNV funktioniert und ist digital! 42

Die Schiene muss pünktlich werden! 44

Über den Wolken… 45

Wir brauchen eine starke Logistik! 46

Kapitel 5: Energie 48

Sinnergie: Energiewende mit Verstand 49

Netz hier, aber waren Sie schon mal… 51

Energie kommt nicht (nur) aus der Steckdose 52

Freiheit als Antrieb für die Energiewende 53

Kapitel 6: Digitalisierung 54

Schau'n wir mal, was wird: Riskieren, dass es funktioniert 55

Verwaltung wie zu Kaisers Zeiten? 57

Zwei Mal fragen ist einmal zu viel 59

Datenschutz ist keine Ausrede fürs Nichtstun 60

Strg+Alt+Entf: Beenden, was nicht mehr nötig ist 62

Gut ausgestattet, statt ausgeliefert: Unabhängig im Netz 64

„hallo1234!": Cybersicherheit ist die Grundlage für Freiheit im Netz 65

Trial + Erfolg: KI als Staatsbeschleuniger 67

Schluss mit Tempolimit 69

Democracy & Chill: Teilhabe vom Sofa aus! 71

Die Zukunft spielt sich hier ab: Games-Branche stärken 72

Kapitel 7: Bürger und Staat 73

Alles, was Recht ist – Justiz 74

Aber sicher! Freiheit und Sicherheit gehören zusammen 75

Sicherheit, auf die Du zählen kannst – Bevölkerungsschutz und Rettungswesen 77

Direkt, digital, innovativ - Demokratie und Bürgerbeteiligung aktuell gemacht 78

Stark vor Ort – unsere Kommunen 79

Leistungsfähige Verwaltung durch einen attraktiven Öffentlichen Dienst 80

Chancen nutzen, Ordnung schaffen – Migration und Integration 81

Leb doch, wie du willst 83

Stärken, würdigen, vernetzen – Ehrenamt fördern heißt unser Land stärken 84

Medien als Garant für Freiheit, Vielfalt und Qualität – für alle Generationen 85

Kapitel 8: Forschung und Technologie 86

Campusland Baden-Württemberg – Wissen wächst, wenn man es lässt 87

Forschung ist Zukunft – wir investieren in kluge Köpfe 89
Mut zur Gründung – Mut zur Zukunft 91
Innovation braucht Freiheit – und den politischen Willen 93
Exzellenz braucht Substanz – planbare Finanzierung für starke Hochschulen 95

Kapitel 9: Gesundheit 97
Starke Gesundheit – starke Gesellschaft 98
Verlässlich, vernetzt, versorgt – vom Notruf bis zur Medizinspitzenforschung 100
Gesundheitswirtschaft im Ländle – aber hallo! 101
Nah am Menschen – Pflege gestalten 102
Barrieren abbauen – Teilhabe aufbauen! 104
Soziale Stärke hat ihre Heimat in Baden-Württemberg 105
Zusammenhalt braucht alle Generationen 107
Krise als Chance – Gesellschaft im Wandel stärken 109

Kapitel 10: Kultur und Religion 110
Kirchen und Religionsgemeinschaften – schützen, was trägt und verbindet, bekämpfen, was spaltet und gefährdet 111
Baden-Württemberg – Kulturland in Vielfalt und Freiheit 112
Wo der freie Geist seine Wurzeln schlägt. 113
Baden-Württemberg – ein Land geistigen Tiefgangs und freier Denkräume. 113

Kapitel 11: Finanzen 114
Haushalt kommt von Haushalten – gute Politik muss nicht teuer sein .. 115
Kommunalfinanzen – damit es vor Ort läuft 116
Solide Staatsfinanzen – Großbaustelle zwischen Bund und Ländern 117
Steuern – so einfach wie möglich, so wenig wie nötig 118
Finanzplatz Baden-Württemberg – Spitzenfinanzierung für Spitzenunternehmen 119

Präambel

Baden-Württemberg ist ein Land, das seinen Wohlstand den Fähigkeiten und Leistungen seiner Bürgerinnen und Bürger und seinen zahlreichen Unternehmen und Betrieben verdankt. Eine leistungsfähige Landesverwaltung unterstützt die Menschen und die Wirtschaft, schafft und erhält die Infrastruktur und jene Rahmenbedingungen, unter denen das Land gedeihen und seine Zukunft im 21. Jahrhundert erfolgreich gestalten kann.

Wir streben für die Wahlperiode 2026 bis 2031 eine bürgerlich geführte Landesregierung an, die diese Aufgaben verantwortlich und mit Respekt vor den Menschen, den Unternehmen und Betrieben ressourcenschonend und effizient angeht und die Landespolitik ideologiefrei, zukunftsorientiert und mit Augenmaß gestaltet.

Wir vertrauen auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, der Familien und Lebensgemeinschaften und verzichten deshalb konsequent auf Bevormundung, unnötige Gesetze und Rechtsnormen.

Wir vertrauen auf eine Gesellschaft, die einen lebendigen, offenen Diskurs gestaltet und vielfältige Aufgaben auch ohne Einmischung des Staates souverän bewältigt. Dabei bauen wir auch auf das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das in Baden-Württemberg mehr als anderswo gepflegt wird.

Wir vertrauen auf den technischen und wirtschaftlichen Sachverstand unserer Unternehmen und Betriebe und ihrer Beschäftigten, die – frei von bürokratischen Hemmnissen – Tag für Tag jenen Wohlstand schaffen, von dem wir alle profitieren. Seit beinahe zwei Jahrhunderten ist Baden-Württemberg insbesondere geprägt von der Arbeit sehr gut ausgebildeter kreativer und leistungsfähiger Ingenieure, Techniker und Facharbeiter. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Technischer Fortschritt schafft Wohlstand und Lebensqualität.

Wir vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung, wie sie in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen seit mehr als zwei Jahrhunderten erfolgreich praktiziert wird. Auch hier muss sich der Staat bei bürokratischen Vorgaben zurückhalten und darf nicht der Versuchung erliegen, die Politik vor Ort durch kleinteilige Förderprogramme mitgestalten zu wollen. Notwendig ist vielmehr eine ausreichende finanzielle Grundausstattung der Kommunen, die ihnen die notwendigen Handlungsspielräume gibt.

Auf der Grundlage dieses Vertrauens streben wir einen modernen Staat an, der zeitgemäß ansprechbar ist und funktioniert. Ein funktionierender Staat konzentriert sich auf die Erledigung seiner Kernaufgaben und bietet bei der Aufgabenerledigung jene Qualität, die der Bürger als Steuerzahler von einer modernen Verwaltung erwarten darf. Deshalb werden wir konsequent Möglichkeiten des Aufgabenabbaus umsetzen, die Struktur der Verwaltung an die Möglichkeiten der Digitalisierung anpassen und den Prozess der Digitalisierung der Landesverwaltung entschlossen vorantreiben.

Baden-Württemberg ist das Land der Gesundheitswirtschaft. Medizintechnik und medizinische Forschung haben eine große Tradition. Unabdingbar für die Gesundheitsversorgung ist neben den Krankenhäusern ein möglichst dichtes Netz an freiberuflichen Ärzten und Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen. Wir wollen die für sie geltenden Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine flächendeckende hochwertige

Versorgung aller Regionen mit Gesundheitsdienstleistungen gewährleistet ist. Wichtig ist uns auch, dass alle Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstbestimmt miteinander leben und teilhaben können.

Für die Sicherheit der Menschen brauchen wir eine leistungsfähige Polizei und eine gut ausgestattete Justiz, die bürgernah und mit Augenmaß agieren. Wir wollen diesen Kernbereich staatlicher Aufgaben stärken und modernisieren und – auch durch Einsatz digitaler Technik – noch besser aufstellen.

Die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der Menschen, der Unternehmen und der Verwaltung sind Bildung und Wissenschaft. Das Land wird unter Führung einer Regierung mit Beteiligung der FDP dafür sorgen, dass unsere Schulen und Hochschulen über die notwendigen Ressourcen und jene Handlungsspielräume verfügen, die qualifizierte Bildungsangebote möglich machen. Dabei setzen wir sowohl bei den Schulen als auch bei den Hochschulen auf ein ausdifferenziertes vielfältiges Bildungsangebot, das jedem jungen Menschen in Baden-Württemberg die Möglichkeit gibt, den für ihn passenden Ausbildungsweg zu wählen.

In einem Flächenland wie Baden-Württemberg ist Mobilität eine unverzichtbare Voraussetzung für Lebensqualität und wirtschaftlichen Wohlstand. Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Flughäfen sind die Lebensadern unseres Landes. Eine Landesregierung unter Beteiligung der FDP wird diese Lebensadern erhalten und ausbauen. Soweit sie in die Zuständigkeit des Bundes fallen, erwarten wir eine konsequente Unterstützung der Mobilitätskonzepte des Landes durch den Bund.

Bildung und Wissenschaft, eine hochwertige medizinische Versorgung, die innere Sicherheit, der Erhalt und Ausbau der Verkehrswege und die Modernisierung der Landesverwaltung werden die Prioritäten unserer Landespolitik in den nächsten fünf Jahren bilden. Die Einzelheiten entnehmen Sie den elf Kapiteln unseres Landtagswahlprogramms.

Den Menschen, der Wirtschaft und den Kommunen im Land werden wir ein zurückhaltender und zuverlässiger Partner sein, der Wohlstand und Wirtschaftswachstum fördert und nicht durch unnötige Vorgaben und staatlichen Aktivismus behindert.

Dafür bitten wir Sie um Ihr Vertrauen.

Kapitel 1: Wirtschaft

Mittelstand entfesseln – Vorsprung durch Innovationen ermöglichen

Baden-Württemberg wird wieder ein wirtschaftliches Powerhouse. Automobilstandort Nummer 1, Innovationsvorreiter, Treiber für Veränderung und Fortschritt – bei künstlicher Intelligenz und Luft- und Raumfahrt ebenso führend wie bei Start-ups. Die Basis für all das bildet unser starker Mittelstand: Kleine und mittelgroße Unternehmen, oft familiengetragen oder inhabergeführt, in der Region verankert, mit Verantwortung für die Gesellschaft, und gleichzeitig als Hidden Champions global wirkend. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, ist innovativ und deshalb auch für Großunternehmen unverzichtbar.

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg, Unternehmer wie Arbeitnehmer, wieder an das Aufstiegs- und Wachstumsversprechen glauben können. Unter einer liberalen Regierung können sich unsere Tüftler und Macher endlich wieder auf ihr Geschäft konzentrieren. Mit einem Staat, der nicht dazwischenfunkt und bremst, sondern verlässliche Rahmenbedingungen setzt und da gestaltet, wo es notwendig ist.

Wir wollen eine Landesregierung, die auf und in die Wirtschaft vertraut und sich gestaltungsstark für die Belange der Unternehmen und Arbeitnehmer eintritt, die aber gleichzeitig zurückhaltend bei Regulierungen und Auflagen ist. Für einen Staat, der ermöglicht, anstatt zu bremsen, der Freiheit schafft, anstatt zu begrenzen.

Wir werden:

- ein starkes Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur schaffen, das die Zuständigkeiten für die Themen bündelt, die für die Wirtschaftspolitik am wichtigsten sind: Wirtschaft, Verkehr, Energie, Digitalnetze und Wohnen.
- die Reaktivierung brachliegender und Bereitstellung neuer Gewerbeflächen zur Priorität erklären. Dazu werden wir die Kommunen fördern, begleiten und neue Anreize schaffen.
- mit einer „Macherzone Baden-Württemberg“ eine Sonderwirtschaftszone mit den besten Rahmenbedingungen für Unternehmertum, Gründergeist und Pionierdenken schaffen.
- das System der Landesagenturen reformieren, die stärkere Instrumente der Wirtschaftsförderung werden und an den Bedarfen der Unternehmen ausgerichtet sein sollen. Dazu werden wir deren Mitwirkung stärken und Wert auf Synergien legen.
- unnötige externe Beauftragte abschaffen. Wir brauchen ein handlungsstarkes Ministerium, welches sich bei Bedarf passgenau Kompetenzen hinzuholt.
- die Zukunftsfähigkeit von Baden-Württemberg und die Diversität der Branchenstruktur stärken. So unterstützen wir beispielsweise einen Innovationspark Medical Technology (MedTech).
- die Außenwirtschaftsförderung weiter ausbauen. Dazu realisieren wir endlich Regionalstrategien und fokussieren die Landesagentur bw_i auf die Belange der Wirtschaft.
- die Formel 1 nach Baden-Württemberg holen, um den beiden (halb) baden-württembergischen Herstellern und den zahlreichen beteiligten Zulieferern eine Plattform zu bieten, um für den Automobilstandort und e-Fuels zu werben. Dazu soll das Land sich am Antrittsgeld für die Strecke beteiligen.

- den Rohstoffbedarf der Wirtschaft stärker in den Blick nehmen und neue Explorationen und Abbauaktivitäten im Land ermöglichen.
- über den Bundesrat auf weitere Reformen des Arbeitsmarkts drängen. Die Arbeitszeiten gehören flexibilisiert, jegliche politische Setzung des Mindestlohns lehnen wir ab.

Schwarzwald und Bodensee – wie cool sind die denn?!

Baden-Württemberg ist Tourismusland. Ob im Schwarzwald oder auf der Alb, ob im Kraichgau oder am Bodensee, ob in der Stadt oder auf dem Land: Baden-Württemberg bietet unzählige Attraktionen, lohnende Ziele, erholsame Regionen, ein großartiges gastronomisches Angebot, freundliche Gastgeber und ein „Herzliches Willkommen".

Der Tourismus ist deshalb ein bedeutender und wachsender Wirtschaftsfaktor: Er schafft flächendeckend Arbeits- und Ausbildungsplätze, die nicht exportierbar sind. Er bietet enorme wirtschaftliche Chancen für sonst strukturschwache Regionen, indem er diese belebt und regionale Wertschöpfungsketten stärkt. Als Branche mit einem großen Arbeits- und Fachkräftebedarf leistet er zudem einen enormen Beitrag zur Integration von Mitbürgern aus anderen Ländern. Damit ist er Motor für Entwicklung und Veränderung.

Wir erkennen die Leistungen von Hoteliers und Gastronomen sowie der Campingwirtschaft als Säulen des Tourismus an. Wir wollen den Tourismus deshalb weiter landesweit unterstützen und fortentwickeln. Dabei stehen die Menschen im Mittelpunkt. Denn Baden-Württemberg ist nicht nur „nett", sondern mehr als das: Ein Lebensgefühl, von den Menschen und für die Menschen. Dieses wollen wir vor Ort leben und auch gegenüber unseren Gästen transportieren.

Wir werden:

- den Tourismus als Chancenfeld für Baden-Württemberg priorisieren und deshalb die heutige Zerfaserung der Verantwortung für das Themenfeld Tourismus innerhalb der Landesregierung konzentrieren. Wir bündeln die Zuständigkeit für den Tourismus als bedeutenden Wirtschaftszweig im Wirtschaftsministerium, welches effektive Koordinationsmöglichkeiten besitzt.
- uns für ein starkes Hotellerie- und Gaststättengewerbe in Baden-Württemberg einsetzen; dazu gehört für uns, dass das Land im Bundesrat der Mehrwertsteuerreduzierung im Gastronomiebereich auf 7 Prozent zustimmt.
- auch die einzelbetriebliche Gründungs- und Wachstumsförderung stärken.
- die regionalen Tourismusorganisationen (DMOs) weiter fördern und Synergien zwischen den Stadt- und Landkreisen im Tourismus heben.
- die Kommunen dabei unterstützen, ihre jeweiligen Potenziale im Tourismus zu erfassen und mehr Tourismus zu wagen, auch wenn die Tourismusförderung eine Freiwilligkeitsleistung ist.
- das Tourismusinfrastrukturprogramm (TIP) attraktiver gestalten und somit den Tourismus vor Ort in den Kommunen zusätzlich stärken.
- die Anzahl der Trekkingplätze entlang bekannter Wander- und Radwege deutlich erhöhen.
- die Förderung attraktiver Innenstädte als ein Zusammenspiel von Einzelhandel, Gastgewerbe, Kultur und guter Erreichbarkeit betrachten.

Talente finden, binden, fördern

Menschen sind der Motor unserer Wirtschaft, unserer Unternehmen und der gesamten Gesellschaft: vom Schüler, der eine Ausbildung anfängt, über die Fachkraft, die eine Fortbildung absolviert, bis zum Geschäftsführer, der auch am Wochenende im Sinne seines Unternehmens gestaltet. Daher wollen wir Freie Demokraten jedem ermöglichen, seine Talente zu erkennen, auszubauen und für ein erfolgreiches Berufsleben zu nutzen.

Dazu brauchen wir ein Bildungssystem, das individuelle Potentiale erkennt und entwickelt. Wir brauchen einen Arbeitsmarkt, der auf die Menschen vertraut und diese manchmal „einfach machen lässt“. Und wir brauchen einen Staat, der die Menschen unterstützt, wo es notwendig ist – von der KiTa bis zur Weiterbildung, von der Förderung bis zu den Rahmenbedingungen.

Wenn dies der Fall ist, werden die Unternehmen darauf aufbauen – eigenverantwortlich und selbst wissend, was am besten ist. Erfolgreiche Rahmenbedingungen ermöglichen erfolgreiche Unternehmen, die wiederum erfolgreiche Menschen brauchen. Darum müssen wir uns kümmern.

Wir werden:

- die Überregulierung von Arbeit und Weiterbildung auf Landesebene beenden und deshalb das Bildungszeitgesetz und das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz abschaffen.
- die Unterstützung des Mitarbeiterwohnens ausweiten und Auszubildenden-Wohnheime anreizen. Die Verfügbarkeit von Wohnraum ist essentieller Standortfaktor für die Unternehmen!
- dem Fachkräftemangel mit gezielten Fachkräfteoffensiven entgegenwirken.
- lebenslanges Lernen und Requalifizierung stärken.
- die Kinderbetreuung und damit die Arbeitskräfteverfügbarkeit ausbauen. Wir werden spezielle Betreuungsformate unterstützen.
- einen Fokus auf die Senkung der Abbruchquoten in der beruflichen Ausbildung legen. Ein erster Schritt ist eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung zum Ausbildungsabbruch über tatsächlichen Umfang, über Gründe für und Maßnahmen dagegen.
- die Meisterprämie weiter stärken. Dazu ist eine Ausdehnung auf weitere Berufe und eine Erhöhung notwendig. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.
- die Berufsorientierung verbessern und beispielsweise stärker über Handwerksberufe informieren. Dazu fördern wir Aktivitäten wie ein Handwerksschnupperjahr und richten einen verbindlichen Informationstag zur Ausbildung im Handwerk (Craftmen‘s Saturday) ein.
- Betriebsübergaben, auch hinsichtlich des demografischen Wandels, verstärkt in den Blick nehmen, diese erleichtern und das Unternehmertum fördern.

Fortschritt statt Vorschrift: Überbordende Bürokratie zurückschneiden

Baden-Württemberg ist ein Land der Macher und Tüftler, der Denker und Handler. Die Menschen wollen gestalten, umsetzen, erschaffen – in der Wirtschaft und in der Freizeit. „Bremsen lösen“ heißt deshalb unser Ziel: Weniger Berichtspflichten, keine kleinteiligen Auflagen und keine Vorschriften wider den gesunden Menschenverstand. Wir wollen Vertrauen statt Misstrauen, damit Bürokratie nicht mehr nervt und stranguliert, sondern dort Regeln schafft, wo Regeln notwendig sind. Davon profitieren Bürgerinnen und Bürger, genau wie unsere Unternehmen.

Wir Freie Demokraten wollen daher die überbordende Bürokratie kraftvoll und nachhaltig zurückschneiden. Der Mensch, seine Urteilsfähigkeit und seine Verantwortung gehören in den Mittelpunkt. Nicht alles muss reguliert werden. Wir glauben an den mündigen Bürger und dessen gesunden Menschenverstand, an den Selbstentscheider, der weiß, was richtig und was falsch ist. Wir wollen dem Staat deshalb wieder Vertrauen einimpfen, denn das ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Land.

Dazu müssen Gesetze vereinfacht, Auflagen verringert und Regelungen abgeschafft werden. Ebenso dürfen neue Gesetze und Regelungen nur geschaffen werden, wenn sie unbedingt notwendig sind. Ein vertrauender Staat ist auch ein schlanker und bürokratiearmer Staat.

Wir werden:

- mit einer Bundesratsinitiative den Entfall der statistischen Meldepflichten für Unternehmen < 20 Mitarbeiter vorantreiben.
- als sofortige Notwehr-Maßnahme zur Verhinderung eines Bürokratie-Kollapses die Umsetzung der bundespolitischen Statistikgesetze für Unternehmen < 20 Mitarbeiter durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg aussetzen.
- Unternehmen wie auch die Freien Berufe entlasten, indem wir dafür Sorge tragen, dass der Staat keine Daten erhebt, die er bereits erhoben hat.
- dort wo es sinnvoll und möglich ist, Gesetze und Verordnungen mit Sunset-Klauseln zwischen drei und sieben Jahren ausstatten, damit diese automatisch auslaufen, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben.
- alle bestehenden rechtlichen Regelungen auf unnötige bürokratische Belastungen durchforsten. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auch auf „Gold Plating“, also der unnötigen Übererfüllung von europa- oder bundesrechtlichen Vorgaben.
- ein einfaches und für alle Unternehmen verständliches Vergaberecht einführen und fachfremde Kriterien streichen, um so die Bürokratie weiter zurückzubauen.
- die Verantwortung des Landes für die Normung stärken und Normen als Bürokratiebelastung in den Blick nehmen. Wir werden die Arbeit in den Normungsgremien intensivieren und dort vermehrt Partikularinteressen entgegenwirken.
- Verweise auf Normen in den Gesetzen und Verordnungen des Landes überprüfen, durch die Normen eine rechtliche Wirkung erhalten, die so nie intendiert war, und zu unnötigen bürokratischen Belastungen führen.

- das Förderwesen des Landes vereinfachen, vollständig digitalisieren und somit entbürokratisieren.
- im Landtag von Baden-Württemberg eine Enquete-Kommission „Entlastung der Menschen - Entfesselung der Wirtschaft“ beantragen. Die Ergebnisse sollen nach 12 Monaten in Form von Handlungsempfehlungen vorliegen, die zu einer schnellen und spürbaren Entlastung führen.

Klein-Klein hilft dem Klima nicht

Wir Freie Demokraten stehen für eine ehrliche, effiziente und marktwirtschaftliche Klimapolitik, die sich auf die Innovations- und Wirtschaftskraft unseres Landes besinnt und diese Stärke nutzt, um Nachhaltigkeit zu verbessern. Klimaschutz ist global und gelingt nur als gemeinsame Kraftanstrengung. Darum orientieren wir uns an europäischen Leitlinien.

Ohne die Gesetzgebungskompetenz in zentralen Bereichen wie Verkehr und Energie bleibt jedoch das Landesziel für Klimaneutralität bis 2040 unrealistisch. Wir setzen daher auf das realistische und schon europaweit abgestimmte Ziel: Klimaneutralität bis 2050. Wir sind überzeugt davon, dass Baden-Württemberg nicht durch vorgezogene Ziele glänzen muss, sondern dem Klima durch die Innovationskraft seiner Unternehmen am meisten hilft.

Die Stärke liberaler Klimapolitik auf Landesebene liegt in der konkreten Unterstützung von Städten und Gemeinden sowie dem Bürokratieabbau und der Genehmigungsbeschleunigung. Kleinteilige Sektorenziele ergeben für uns keinen Sinn. Was das Klima braucht, ist ein starker europäischer Emissionshandel als zentrales Steuerungsinstrument mit einem technologie-offenen, marktwirtschaftlichen Gesamtkonzept. Wenn der Markt entscheidet, setzen sich die besten Technologien durch. So erhalten wir einen effizienten Klimaschutz ohne teure marktverzerrende Subventionen und steuerfinanzierte Organisationen.

Wir werden:

- jede Klimaschutzmaßnahme und -förderung daran messen, wie viel CO_2 pro investierten Euro gespart wird. Leitspruch muss sein: „So viel Klimaschutz wie möglich für so wenige Euros wie nötig.“
- die Klimarangfolge „Vermeiden, Verringern, Versenken“ zu Gunsten einer an Vermeidungskosten orientierten Politik ändern und somit auch den Einsatz von CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) als Übergangslösung für fossile Energieträger ermöglichen und ein Sofortprogramm auf Basis internationaler Best Practice-Beispiele aufsetzen. So geben wir der Industrie Planungssicherheit und sichern Arbeitsplätze.
- das kleinteilige Klimamaßnahmenregister des Landes durch ein schlüssiges, sektorübergreifendes Klimaschutzkonzept ersetzen und die Pflicht zur Erstellung von Klimamobilitätsplänen sowie zur Bestellung von Klimaschutz- und Mobilitätskoordinatoren in den Kommunen streichen.
- das Förderprogramm Klimaschutz Plus so umgestalten, dass Innovationen statt bürokratieerzeugenden Klimaschutzmanagern gefördert werden.
- Kommunen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen – orientiert an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort.
- zur Kosten- und Bürokratiereduktion steuerfinanzierte Organisationen wie den Solar Cluster Baden-Württemberg und die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg abschaffen. Selbiges gilt für die Klimaschutzstiftung des Landes. Staatliche Stiftungen und steuerfinanzierte Organisationen bieten im Klimaschutz weder die nötige Effizienz noch Innovationskraft.

Für echte Landwirte und mündige Verbraucher

Der ländliche Raum ist wichtiger Bestandteil von Baden-Württemberg und benötigt entsprechende Förderung. Auch für unsere Ernährungssicherheit ist er unabdingbar. Unsere Landwirte, Winzer, Fischer und Jäger haben nicht nur jede Wertschätzung und Anerkennung verdient, sondern auch weitgreifende Entlastungen von ausufernder Bürokratie. Sie brauchen einen Werkzeugkasten im Kampf gegen Schädlinge und klimatische Veränderungen. Sie müssen einfachen Zugang zu neuester Technik und Innovationen bekommen und allem voran politische Rahmenbedingungen, die ihnen langfristige wirtschaftliche Planungssicherheit bieten.
Wir wollen es wieder möglich machen, dass ein Landwirt ein echter Landwirt sein kann. Kaum ein Wirtschaftsbereich ist in den vergangenen Jahrzehnten einem solchen Wandel und gleichzeitiger Kontrolle unterlegen wie die Landwirtschaft. Wir sind überzeugt, dass unsere Landwirte ihrer Verantwortung gerecht werden und auch künftig dank neuer wissenschaftlicher Fortschritte Produktionssteigerungen möglich sind. In Baden-Württemberg brauchen wir deshalb keine Vorgaben, die über EU- und Bundesrecht hinausgehen.

Unser Leitbild ist der mündige Bürger. Die Verbraucher können eigenverantwortlich über ihre Ernährung und den Konsum von Genussmitteln entscheiden. Ein zeitgemäßer Verbraucherschutz bietet Bürgerinnen und Bürgern unabhängige Beratung, fundierte Bildungsangebote, Interessensvertretung und im Falle von Täuschungen die Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung.

Wir werden:

- die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft, den Weinbau sowie die Weide- und Nutztierhaltung erhalten.
- die Produktion qualitativ hochwertiger regionaler Lebensmittel stärken.
- den baden-württembergischen Sonderweg beim Pflanzenschutz beenden und das Biodiversitätsstärkungsgesetz abschaffen. Pflanzenschutz soll rein auf wissenschaftlichen Fakten basieren.
- das Regionalmarketing fördern und dabei das Qualitätszeichen Baden-Württemberg stärken und weiterentwickeln.
- eine landeseigene Ernährungsnotfallvorsorge etablieren, die im Krisen- und Katastrophenfall schnell und unbürokratisch greift.
- die Stilllegungspolitik im Wald beenden sowie auf eine aktive Waldnutzung und den Umbau mit klimastabilen Baumarten statt Totholz setzen. Dazu werden wir auch das Borkenkäfermanagement unterstützen.
- die Landwirtschaftsämter zu schlagkräftigen Beratungszentren in der Fläche weiterentwickeln und das Veterinärwesen stärken.
- die Landesanstalten zu „Forschungszentren“ zusammenlegen, um Ressourcen zu bündeln, und die freiwerdenden Mittel in die Forschung investieren.
- den Strategiedialog Landwirtschaft auf das Wesentliche beschränken.
- das landesgesetzliche Grünlandumbruchverbot ersatzlos aufheben.
- die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg finanziell angemessen, langfristig und planbar ausstatten, um niederschwellige Beratungsstrukturen zu erhalten und auszubauen.

Die Umwelt schützt sich nicht allein

Wir Freie Demokraten verstehen den Erhalt von Natur und Artenvielfalt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unser Engagement beim Umweltschutz setzt auf innovative, europäisch abgestimmte Lösungen. Wir schaffen faire Lösungen für Mensch, Natur und Wirtschaft ohne Verbote. Mit Blick auf den Artenschutz setzen wir uns ein für einen pragmatischen Umgang mit Wolf, Biber, Kormoran und anderen Arten ein. Wir wollen Arten- und Naturschutz und berechtigte Interessen von Landwirtschaft, funktionierender Infrastruktur und Wirtschaft in ein gesundes Verhältnis bringen. Insbesondere nicht-heimische und nicht-bedrohte Arten sollten nicht übermäßig geschützt werden. Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen müssen im gesunden Verhältnis zu Gesamtkosten und Nutzen eines Bauprojekts stehen. Unser Blick richtet sich aber nicht nur auf artenreiche Strukturen im ländlichen Raum, sondern auch auf Hotspots der Artenvielfalt in Ballungsgebieten wie Kleingärten oder Gewässerufer. Hierbei setzen wir auf die aktive Beteiligung von Ehrenamtlichen, Landnutzern und Grundeigentümern. Zentrales Zukunftsthema ist für uns außerdem Wasser als Grundlage allen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, die Qualität unserer Gewässer zu verbessern, kommunale Kläranlagen zu modernisieren und die Versorgungssicherheit durch eine zukunftsfähige Infrastruktur zu gewährleisten.

Wir werden:

- einen sozialverträglichen und praxisorientierten Arten- und Naturschutz umsetzen, der die berechtigten Interessen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigt.
- für ein zeitgemäßes und ausgewogenes Wildtiermanagement sorgen, indem wir Wolf, Biber und Fischotter ins Jagd- und Wildtiermanagementgesetz aufnehmen, die Bejagung des Kormorans durch einen Wechsel in die Entwicklungsstufe mit Jagdzeit erleichtern, die Schonzeit beim Waschbären unter Berücksichtigung des Muttertierschutzes abschaffen, die veraltete Rotwildverordnung aktualisieren und ein landeseigenes Monitoring für invasive Arten umsetzen.
- moderne Recyclingmethoden fördern, statt einseitige Produktionsverbote auszusprechen. Dabei halten wir konsequent an den Prinzipien Vermeiden – Wiederverwenden – Recyceln fest und erkennen das chemische Recycling als gleichwertige Methode an.
- den Schutz von Moorflächen als CO_2-Senken und wertvollen Biotopen weiter vorantreiben.
- die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen gezielt fördern, um sommerlicher Überhitzung vorzubeugen und bebaute Flächen lebenswerter für Menschen, Pflanzen und Tiere zu machen.
- dem Artenschwund entgegenwirken, indem wir ein kontinuierliches und systematisches Monitoring etablieren.
- die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, den ökologischen Zustand unserer Fließgewässer verbessern und dafür die Modernisierung kommunaler Kläranlagen gezielt unterstützen.
- eine Bestandsaufnahme unseres veralteten Wasserleitungsnetzes durchführen und den Sanierungsbedarf systematisch erfassen.

Kapitel 2: Bildung

Schulen sind keine Versuchskaninchen – eine Allianz für beste Bildungsqualität schmieden

In keinem anderen Politikfeld sind Verlässlichkeit, Planungssicherheit und klare Zielsetzungen so entscheidend wie in der Bildungspolitik. Wer Bildung ständig neu erfindet, verunsichert nicht nur alle Beteiligten, sondern gefährdet auch ihre Qualität. Wir Freie Demokraten setzen uns mit Nachdruck ein für einen parteiübergreifenden Schulfrieden, der über Legislaturperioden hinweg Bestand hat. Ein Schulfrieden bedeutet nicht Stillstand. Er bedeutet vielmehr: klare Spielregeln, unter denen Verbesserungen möglich sind, aber keine radikalen Systemwechsel auf Kosten ganzer Schülergenerationen.

Das gegliederte Schulwesen hat sich in Baden-Württemberg bewährt. Die Vielfalt an Bildungswegen entspricht der Vielfalt an Talenten. Deshalb fordern wir eine Bestandsgarantie für die bestehenden Schularten. Weiterentwicklungen mit Augenmaß sind dabei ausdrücklich erwünscht. Ein gutes Beispiel dafür ist unsere Forderung nach der Weiterentwicklung der Werkrealschule zur beruflichen Realschule.

Genauso wichtig ist die Eigenständigkeit der einzelnen Schulen. Nicht das Kultusministerium in Stuttgart weiß am besten, was für jede Schule vor Ort richtig ist, sondern die Schulen selbst. Deshalb brauchen Schulleitungen möglichst viel Entscheidungsspielraum, um passgenaue Lösungen umzusetzen. Dazu gehört auch, dass Schulen ihr Personal eigenständig auswählen können. Mit einem eigenen Haushalts- und Personalbudget sollten Schulen die Freiheit erhalten, gezielt individuelle Schwerpunkte zu setzen und ein eigenes Profil zu entwickeln.

Wir werden:

- uns mit Nachdruck für einen parteiübergreifenden Schulfrieden einsetzen, der stabile Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung schafft.
- die Vielfalt der Schularten garantieren.
- bestehende Schulformen weiterentwickeln, ohne sie abzuschaffen, etwa durch die Transformation der Werkrealschule zur beruflichen Realschule.
- die Schulträger vor Ort stärken, indem wir ihnen mehr Gestaltungsspielraum innerhalb eines stabilen Rahmens einräumen.
- den Schulen mehr Eigenständigkeit geben, indem wir ihnen Personal- und Haushaltsbudgets übertragen und ihnen ermöglichen, Lehrkräfte passend zum jeweiligen Schulprofil auszuwählen.
- die Bildungspolitik aus dem parteipolitischen Dauerstreit herausholen und sie wieder auf die Verbesserung der Bildungsqualität fokussieren.
- ein modernes Personal- und Stellenmanagement im Kultusministerium einführen, mit klaren Verantwortlichkeiten, monatlichen Controlling- Dashboards sowie einem regelmäßigen, automatisierten Abgleich aller relevanten Datenbestände, damit künftig weitere Lehrerstellenpannen ausgeschlossen werden können.

Bildungsgerechtigkeit beginnt bei der richtigen Schulwahl – die Vielfalt der Schularten ist unsere Stärke

Kinder sind verschieden – und so sollten es auch ihre Bildungswege sein. Wir Freie Demokraten stehen für eine Bildungspolitik, die diese Unterschiede anerkennt und deshalb passgenau fördert – und nicht eine, die mit der Gießkanne Gleichheit statt Gerechtigkeit erzeugt. Das differenzierte Schulwesen in Baden-Württemberg bietet mit seinen verschiedenen Schularten die Möglichkeit, auf individuelle Stärken und Interessen einzugehen. Wer auf das Ziel „eine Schule für alle“ hinarbeitet, nimmt bewusst in Kauf, dass Kinder nicht diejenige Förderung erhalten, die sie brauchen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für klare und transparente Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schularten ein. Wir fordern daher die verbindliche Grundschulempfehlung für alle weiterführenden Schularten. Diese Empfehlung muss pädagogisch begründet, durch Gespräche mit den Eltern flankiert und im besten Interesse des Kindes ausgesprochen werden. Zudem muss die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet sein, damit ein späterer Schulartwechsel möglich ist. Eine passgenaue Schulwahl ist nicht elitär, sondern Ausdruck echter Bildungsgerechtigkeit.
Der Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ ist für unsere Bildungspolitik handlungsleitend.

Wir werden:

- das gegliederte Schulwesen mit seinen unterschiedlichen Schularten gegen vereinheitlichende Strukturdebatten verteidigen.
- eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle weiterführenden Schularten einführen, um passgenaue Bildungswege zu sichern.
- Eltern durch verpflichtende Beratungsgespräche und transparente Kriterien stärker in die Schulwahl einbinden.
- homogenere Lerngruppen als pädagogisches Instrument zur individuellen Förderung stärken.
- echte Bildungsgerechtigkeit durch differenzierte Angebote statt Gleichmacherei verwirklichen.

Viel mehr als TikTok und Co. – digitale Bildung vorantreiben, Neues wagen und Demokratie sichern

Die Digitalisierung verändert unsere Welt tiefgreifend – in der Arbeitswelt, in der Kommunikation, im Alltag. Sie macht Informationen jederzeit verfügbar, erlaubt neue Formen der Zusammenarbeit und eröffnet kreative Lernwege. Gleichzeitig bringt sie Herausforderungen mit sich: Falschinformationen, Reizüberflutung, digitale Abhängigkeiten. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Der souveräne Umgang mit digitalen Medien gehört heute zu den Schlüsselkompetenzen und muss deshalb systematisch in der Schule vermittelt werden.

Digitale Bildung beginnt nicht mit dem Tablet im Klassenzimmer, sondern mit der Fähigkeit, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen, eigene Inhalte verantwortungsvoll zu erstellen und technische Werkzeuge sinnvoll einzusetzen. Medienbildung muss integraler Bestandteil aller Bildungspläne und Fächer sein. Zudem muss der zunehmenden Wichtigkeit der Berufsfelder Softwareentwicklung und Informatik Rechnung getragen werden, indem Schulen Grundlagen der Programmierung vermitteln.

Ebenso entscheidend ist eine fundierte finanzielle und wirtschaftliche Bildung. Junge Menschen müssen verstehen, wie Märkte funktionieren, wie sie selbstbestimmt mit Geld umgehen und wie ökonomische Zusammenhänge Politik und Gesellschaft beeinflussen. Finanzkompetenz und ökonomisches Wissen sind Grundlagen für Eigenverantwortung, Teilhabe und demokratische Urteilsfähigkeit – gerade in einer digitalisierten und globalisierten Welt.

Wir werden:

- die „digitale Mündigkeit“ der Schülerinnen und Schüler durch aktualisierte Lehrpläne und zeitgemäß ausgestattete Schulbibliotheken stärken.
- die politische Bildung stärken, um junge Menschen zu befähigen, Desinformation, Verschwörungstheorien und politische Einflussnahme zu erkennen und zu bewerten.
- Grundlagen der Informatik sowie finanzielle und wirtschaftliche Bildung verpflichtend in den Lehrplänen verankern.
- den souveränen Umgang mit digitalen Werkzeugen stärker in die Lehramtsausbildung integrieren.
- klare Unterstützungsstrukturen für Schulabsentismus und Gewalt mit Ansprechpartnern und verbindlichen Verfahrensregeln schaffen. Verlässliche Zahlen zum Schulabsentismus müssen dazu erhoben werden.
- erfolgreiche Projekte, die Jugendlichen außerhalb des Regelbetriebs den Weg zum Abschluss ermöglichen, stärken und dafür eine klare Rechtsgrundlage schaffen.
- Regeln zur privaten Nutzung von Handys an Schulen sowie zur Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) so gestalten, dass jede Schule im Rahmen ihrer Schulordnung selbst festlegt, wo und wann Smartphones genutzt werden dürfen.

Leistung fördern – weil das Beste zu geben Spaß macht

Kinder und Jugendliche wollen etwas leisten. Sie wollen sich beweisen, sich weiterentwickeln, Herausforderungen annehmen und stolz auf das Erreichte sein. Schule muss ein Ort sein, an dem genau das möglich ist. Wer jungen Menschen gerecht werden und sie auf die Zukunft vorbereiten will, muss sie fordern, nicht in Watte packen. Das Einfordern von Leistung bringt junge Menschen in ihrer Entwicklung voran. Leistung bedeutet, sich Ziele zu setzen und daran zu wachsen. Es bedeutet, vielleicht auch einmal ein Ziel nicht im ersten Versuch zu erreichen und neu Anlauf zu nehmen.
Die Schule ist der beste Ort, um zu lernen, dass sich Anstrengung lohnt, dass Rückschläge dazugehören und dass es ein gutes Gefühl ist, Herausforderungen zu meistern. Dazu gehört auch, dass Sitzenbleiben als eine pädagogisch sinnvolle Maßnahme erhalten bleibt. Wer mehr Zeit braucht, um Lernziele zu erreichen, soll sie auch bekommen – nicht als Stigma, sondern als Chance für einen neuen Start. Gerade im geschützten Raum der Schule können junge Menschen lernen, über sich hinauszuwachsen – mit pädagogischer Unterstützung und persönlicher Begleitung.

Wir Freie Demokraten treten ein für ein Bildungssystem, das Leistung anerkennt und fördert. Noten sind dabei ein zentrales Instrument: Sie geben Orientierung und Motivation. Modellversuche, in denen auf Noten verzichtet wird, führen zu Intransparenz und Verunsicherung – bei Kindern, Eltern und Lehrkräften. Gleichzeitig setzen wir uns ein für die gezielte Förderung leistungsstarker Kinder. Wettbewerbe, Zusatzangebote, MINT-Schwerpunkte: Wer viel kann, soll auch viel lernen dürfen. Denn Talente sind eine Chance – für das Individuum ebenso wie für uns als Gesellschaft.

Wir werden:

- das Leistungsprinzip als Grundlage schulischer Bildung stärken und gegen Relativierung verteidigen.
- Noten als bewährtes Rückmeldeinstrument erhalten und auf Modellversuche ohne Leistungsbewertung verzichten.
- Sitzenbleiben als pädagogisch sinnvolle Maßnahme beibehalten und sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler die notwendige Zeit für ihre Entwicklung erhalten.
- Begabtenförderung und leistungsdifferenzierende Angebote in allen Schularten ausbauen (wie z. B. die Hector-Kinderakademie).
- schulische Wettbewerbe und Zusatzprogramme als Motivationselemente fördern.
- eine leistungsfreundliche Kultur an Schulen schaffen, die fordert, fördert und begeistert (z. B. mit einer Rückkehr zu leistungsorientierten Bundesjugendspielen).
- lernförderliche Räume und entsprechende Konzepte im Schulbau unterstützen.

Lehrkräfte sind das Rückgrat unserer Schulen – entlasten wir sie!

Lehrerinnen und Lehrer sind die tragende Säule unseres Bildungssystems. Ohne ihr Engagement, ihre Fachlichkeit und pädagogische Leidenschaft funktioniert Schule nicht. Wer ausgezeichnete Bildung will, muss die Arbeit der Lehrkräfte wertschätzen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.
Wir Freie Demokraten fordern einen klaren Schnitt: Lehrkräfte sollen wieder das tun dürfen, wofür sie ausgebildet wurden – unterrichten. Andere Aufgaben in der Schule, die nicht zur Unterrichtsarbeit gehören, müssen auf mehr Schultern verteilt werden. Dazu gehören der flächendeckende Ausbau von Schulsozialarbeit, eine bessere schulpsychologische Betreuung und IT-Fachkräfte vor Ort. Gerade im digitalen Bereich braucht es professionelle Unterstützung („digitale Hausmeister“), damit sich die Lehrkräfte nicht zusätzlich um die Wartung der IT kümmern müssen.
Bürokratische Lasten wie statistische Erhebungs- und Dokumentationspflichten müssen systematisch reduziert werden. Lehrkräfte brauchen klare Strukturen, Planungssicherheit und pädagogischen Freiraum. Die Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeitmodellen ist ein wesentlicher Schlüssel zur Personalbindung. Weitere Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte, insbesondere für Fachlehrkräfte, stärken die Attraktivität des Berufs. Ebenfalls werden wir das Ziel kleinerer Klassen weiterverfolgen. Die Lehrkräfteausbildung muss gestärkt werden, indem wir den Fokus auf die fachliche und pädagogische Qualität der Ausbildung statt auf Tempo legen. Die Kürzung der Referendariatszeit war ein Fehler. Wir wollen ein Referendariat, das den angehenden Lehrkräften Sicherheit gibt, sie professionell ausbildet und ihre pädagogischen Fähigkeiten stärkt.

Wir werden:

- Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten und Schulsozialarbeit, Schulpsychologie sowie Schulverwaltungsassistenz massiv ausbauen.
- professionelle IT-Fachkräfte („digitale Hausmeister“) an Schulen etablieren, um Lehrkräfte zu entlasten.
- die Entlastungsstunden für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben (z. B. Erstellung von Stundenplänen) erhöhen, um motivierte und engagierte Lehrkräfte angemessen zu entlohnen.
- bürokratische Pflichten für Lehrkräfte und Schulleitungen systematisch abbauen und so Freiräume für Unterricht und Schulentwicklung schaffen.
- Teilzeitmodelle stärken, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sichern.
- das Referendariat wieder auf 24 Monate verlängern und qualitativ stärken.
- die Sommerferien-Arbeitslosigkeit von Referendaren beenden.
- die Differenzierung der Lehrkräfteausbildung wieder stärken.

Weil durch unsere Kleinen Großes entsteht – frühkindliche Bildung in den Blick nehmen

Kinder sind die Zukunft und das Potenzial unseres Landes. Wir wollen allen Kindern die gleichen Chancen und Möglichkeiten eröffnen. Daher verstehen wir den Staat als Bildungspartner. Die Grundbildung beginnt dabei schon sehr früh – Sprache und Ansprache, Motorik und Sensorik, Empathie und Miteinander. Frühes spielerisches Lernen und Erproben erleichtert die spätere Entwicklung. Kein Talent darf zurückgelassen werden; die frühkindliche Bildung ist der Grundstein, auf den wir bauen.

Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder die deutsche Sprache am Ende des Kindergartens vor Schuleintritt sicher beherrschen. Die Sprachvermittlung ist für uns Freie Demokraten eine Priorität in der frühkindlichen Bildung. Deshalb müssen Sprachförderprogramme vereinfacht und besser miteinander verzahnt werden. Dabei müssen alle Potenziale genutzt werden, so auch die Expertise von Logopäden.

Aktuell erhalten allerdings rund 60.000 Kinder in Baden-Württemberg aufgrund des Personalmangels keinen Betreuungsplatz. Wir Freie Demokraten lehnen eine Erhöhung der Gruppengrößen ab. Qualität heißt: ausreichend Zeit für die Kinder und die pädagogische Vorbereitung – statt Überlastung von Erzieherinnen und Erziehern. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die qualifiziertes Personal binden und neue Fachkräfte gewinnen – durch gute Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und klare Konzepte.

Wir werden:

- Dokumentationspflichten, wo pädagogisch vertretbar, reduzieren, damit Erzieherinnen und Erzieher wieder mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern haben.
- eine altersübergreifende, tragfähige Finanzierungsstruktur mit kommunalen und freien Trägern schaffen - unter Einbindung eines Gutscheinmodells, das die Wahlfreiheit der Eltern stärkt.
- pädagogische Fachkräfte durch Verwaltungs-, Hauswirtschafts- und Zusatzkräfte von nicht pädagogischer Arbeit entlasten.
- die verfügbare Zeit von Kitaleitungen für Leitungsaufgaben in den Bereichen Pädagogik, Organisation und Personalführung mindestens auf den Bundesschnitt anheben und die Kommunen auskömmlich dabei unterstützen.
- Ausbildungskapazitäten, insbesondere der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) und des „Direkteinstiegs Kita“, bedarfsgerecht erhöhen.
- ein Matchingsystem einführen, um die Einstellung von fachfremden Zusatzkräften zu erleichtern.
- den Fachkräftekatalog im Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) maßvoll erweitern.
- ein Anwerbeprogramm für Erzieherinnen und Erziehern auflegen, um für Fachkräfte aus ganz Deutschland attraktiv zu sein.
- die Kindertagespflege als vollwertige Säule der frühkindlichen Bildung anerkennen und angemessen finanziell sowie strukturell unterstützen.

- die Anschlussfähigkeit von Kindertagespflegepersonen an andere pädagogische Berufe deutlich verbessern.

Starke Grundschulen für starke Kinder – Basiskompetenzen sichern, Chancen eröffnen

Die Grundschule legt den Grundstein für den gesamten Bildungsweg. Hier werden nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt, sondern auch soziale Kompetenzen, Konzentration und Ausdauer entwickelt. Bildungsstudien wie der IQB-Bildungstrend zeigen jedoch, dass viele Kinder diese Basiskompetenzen nicht sicher beherrschen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir müssen die Grundschule stärken – mit mehr Personal, multiprofessionellen Teams und klaren Strukturen. Eine hochwertige Grundschule ist unverzichtbar, damit alle Kinder ihre Talente entfalten können. Dazu gehört auch die angemessene Wertschätzung der Grundschullehrkräfte mit der höheren Besoldungsstufe A13, ohne deren Spezialisierung oder Einsatz in der jeweiligen Schulform zu ändern.

Zentral ist dabei die Vermittlung von Basiskompetenzen und Werten. Die verbindliche Grundschulempfehlung soll Eltern und Lehrkräften Orientierung geben und den Übergang in die weiterführenden Schulen erleichtern. Zudem wollen wir Ethikunterricht ab der ersten Klasse einführen, um frühzeitig Werte, Respekt und demokratisches Verständnis zu vermitteln.

Auch die Lehrkräfteausbildung muss attraktiver und zugänglicher werden. Wir wollen den Numerus Clausus an Pädagogischen Hochschulen abschaffen, damit sich mehr junge Menschen für den Beruf entscheiden können. So schaffen wir die Grundlage, um den Bedarf an qualifizierten Lehrkräften langfristig zu decken.

Sport und Bewegung sind für die körperliche, geistige und soziale Entwicklung der Kinder besonders wichtig. Deshalb soll der Sportunterricht gestärkt und der Erwerb der Schwimmfähigkeit systematisch gefördert werden.

Wir werden:

- die höhere Besoldungsstufe A13 für Grundschullehrkräfte durchsetzen.
- die Zugangsbeschränkung (Numerus Clausus) an Pädagogischen Hochschulen abschaffen, um langfristig den Bedarf an qualifizierten Lehrkräften zu sichern.
- die Grundschulen durch zusätzliches Personal, multiprofessionelle Teams und klare Strukturen stärken und unterstützen.
- die Grundschulempfehlung wieder für alle Schularten verbindlich gestalten.
- das Unterrichtsfach Ethik verpflichtend ab Klasse eins einführen.
- die Kooperationslehrkräfte zur besseren Verzahnung von frühkindlichem Bereich und Grundschule entlasten.
- Sport und Bewegung sowie den Erwerb der Schwimmfähigkeit in der Grundschule stärken.

Verlässlicher Ganztag – mehr Qualität, mehr Vielfalt, mehr Chancen!

Keine Mutter und kein Vater sollen sich künftig mehr Sorgen machen müssen, wie sie die Betreuung ihrer Kinder sicherstellen können. Schon heute ist es normal, dass beide Elternteile erwerbstätig sind. Arbeitgeber haben mit flexiblen Arbeitsmodellen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reagiert. Wir werden unsere Kommunen dazu befähigen, genauso flexibel zu sein, wie es unsere moderne Arbeitswelt ist.

Wir Freie Demokraten wollen mehr Zeit für Koordination und Organisation, mehr Wahlfreiheit für Eltern und mehr Flexibilität im Ganztag. Beim Ganztag setzen wir auf Vielfalt statt Zwang. Die Wahlfreiheit der Eltern ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungspartnerschaft. Nur wenn die Eltern eine Wahl haben, können sie für ihre Kinder das passende Bildungs- und Betreuungskonzept finden. So stärken wir Eltern und Kinder gleichermaßen.

Außerschulische Akteure wie z.B. Vereine wollen wir dabei in den Ganztag einbinden und dafür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Zugleich ist klar: Der ab 2026 geltende Rechtsanspruch wird nur dann erfolgreich, wenn Qualität und Quantität gleichermaßen gewährleistet sind. Deshalb fordern wir klare Qualitätsstandards, geschultes Personal durch einen differenzierten Fachkräftekatalog und eine verlässliche gesetzliche Regelung auch für die Ferienbetreuung. Nur mit ausreichenden Kapazitäten und attraktiven Arbeitsbedingungen kann der Ganztag zu einem echten Bildungs- und Betreuungsversprechen werden.

Wir werden:

- die Wahlfreiheit der Eltern zwischen den verschiedenen Betreuungsangeboten sicherstellen: kein Ganztagszwang!
- dem Sozialministerium und dem KVJS (Landesjugendamt) die Zuständigkeit in Bezug auf den Ganztagsanspruch übertragen, um durch die Nutzung der Strukturen aus dem frühkindlichen Bereich Doppelstrukturen zu vermeiden.
- die Schulkonferenzen wieder mitentscheiden lassen, ob eine Ganztagsschule eingerichtet wird oder nicht.
- klare Qualitätsstandards inklusive eines differenzierten Fachkräftekatalogs für Ganztagsbetreuung formulieren.
- eine gesetzliche Regelung der Ferienbetreuung schaffen, die ausreichend Flexibilität ermöglicht und bestehende Betreuungsangebote anerkennt.
- eine Hinwirkungspflicht der Städte und Gemeinden analog zum frühkindlichen Bereich gesetzlich verankern.
- Koordinationsstellen fördern und die (finanziellen) Rahmenbedingungen für die Einbindung außerschulischer Akteure langfristig verbessern.
- ein digitales Matching-System starten, um Familien, Angebote und Personal passgenau zusammenzubringen und sowohl Platzauslastung als auch Wahlfreiheit der Eltern zu verbessern.
- die Erfüllung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen in privater Trägerschaft finanziell stärker unterstützen.
- die Kindertagespflege als gleichwertiges Betreuungsangebot in die Erfüllung des Rechtsanspruchs einbinden.

Unsere Köpfe und Charaktere von morgen – Gymnasien auf ein festes Fundament stellen

Das Gymnasium ist das Sprungbrett für viele junge Menschen in Studium, Wissenschaft, Ausbildung und internationale Mobilität. Es bereitet in erster Linie auf akademisches Arbeiten und wissenschaftliche Forschung vor, liefert aber auch eine herausragende Grundlage für den Beginn einer dualen Ausbildung. Dieses Profil des Gymnasiums wollen wir erhalten und stärken. Wir Freie Demokraten sagen: Es ist Zeit, das Gymnasium wieder auf ein stabiles Fundament zu stellen. Gleichzeitig wollen wir den jungen Menschen die Zeit geben, die sie brauchen, nicht nur fachlich, sondern auch menschlich zu reifen. Daher war die Rückkehr zu G9 richtig. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bildungsabschluss Abitur wieder verlässlich auf ein erfolgreiches Studium vorbereitet. Dazu gehört eine Stundentafel, die pädagogisch sinnvoll aufgebaut ist, sowie eine Oberstufe, die junge Menschen gezielt an wissenschaftliches Arbeiten heranführt. Wenn diese Grundlage stimmt, werden künftig teure Vorbereitungskurse und Nachhilfe für Erstsemester an Universitäten überflüssig, weil das Abitur selbst die notwendigen Voraussetzungen schafft. Gleichfalls muss aber auch die Berufsorientierung am Gymnasium gestärkt werden, um auch die Karrierewege abseits einer akademischen Laufbahn aufzuzeigen.

Das Gymnasium muss wieder ein Ort für anspruchsvolle, fundierte Bildung sein. Dazu gehören Konzentration auf zentrale Fächer, vertiefte Methodik und eine Oberstufe, die als Vorbereitungsphase auf wissenschaftliches Arbeiten sowie als fundierte Grundlage der dualen Ausbildung dient. Gymnasiale Bildung darf nicht zum Experimentierfeld werden.

Wir werden:

- die gymnasiale Stundentafel überarbeiten und an pädagogischen und wissenschaftlichen Zielen ausrichten.
- dafür sorgen, dass mit bestandenem Abitur die Studierfähigkeit der Absolventen gegeben ist.
- die Oberstufe als Vorbereitungsphase auf wissenschaftliches Arbeiten stärken.
- die Berufsorientierung am Gymnasium ausweiten, um auch die Möglichkeiten abseits einer akademischen Laufbahn aufzuzeigen.
- die Rolle des Gymnasiums im differenzierten Schulwesen schützen und stärken.
- die Rückkehr zu G9 durch eine vorausschauende Einstellungspolitik mit ausreichend Lehrkräften unterfüttern.
- die Freiheit bei der Fächerwahl bedarfsgerecht erweitern, u. a. durch die Option zweier Gesellschaftsfächer in der Oberstufe sowie durch einen Ausbau der Wirtschafts- und Finanzbildung ab der Unterstufe.

Die Kaderschmiede des Mittelstands – Erfolgsmodell Realschule stärken

Die Realschule ist die stabile Mitte unseres Schulsystems – beliebt bei Eltern, leistungsstark für Schülerinnen und Schüler und unverzichtbar für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für unsere Wirtschaft. Sie verbindet fundierte Allgemeinbildung mit praxisnaher Vorbereitung auf Ausbildung und berufliche Bildungsgänge. Für viele ist sie das Sprungbrett in die duale Ausbildung und damit ein echtes Erfolgsmodell für sozialen Aufstieg. Die Realschule verdient Respekt, Stärkung und klare Perspektiven.

Deshalb ist für uns Freie Demokraten entscheidend, die pädagogische Eigenständigkeit der Realschule gegen Angriffe zu sichern. Die Verpflichtung, den Hauptschulabschluss ohne eigenen Hauptschulzug anbieten zu müssen, erschwert die pädagogische Ausrichtung und Arbeit der Realschulen. Sie müssen wieder in die Lage versetzt werden, diejenigen Schülerinnen und Schüler ausbilden zu können, deren Begabungen an dieser Schulform am besten gefördert werden können.

Dafür braucht es die Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung gerade auch für die Realschule als tragender Bildungspartner für Eltern und Schüler. Das pädagogische Selbstverständnis der Realschule muss geschützt werden gegen ideologisch motivierte Vereinheitlichungsversuche, die unter dem Deckmantel der Bildungsgerechtigkeit die Qualität der Realschule opfern. Für uns ist klar: Die Realschule muss als eigenständige Schulart mit klarem Profil sichtbar bleiben.

Wir werden:

- die Realschule als leistungsfähige, eigenständige Schulart mit klarem Profil erhalten und ausbauen.
- die Verpflichtung aufheben, den Hauptschulabschluss ohne eigenen Hauptschulzug anbieten zu müssen.
- die Grundschulempfehlung auch für die Realschule verbindlich einführen, um geeignete Übergänge an die weiterführenden Schulen zu sichern.
- das Image der Realschule als Aufstiegsschule und Fachkräfteschmiede gezielt stärken.
- ideologische Gleichmacherei im Schulsystem klar zurückweisen.

Werkrealschule – Praxis zählt

Die Werkrealschule ist für viele Jugendliche ein wichtiger Ort der Orientierung, Förderung und beruflichen Perspektive – gerade im ländlichen Raum. Sie verbindet allgemeinbildende Inhalte mit praxisnaher Bildung und ermöglicht Jugendlichen einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung oder weitere schulische Qualifikationen. Besonders in Zeiten von Fachkräftemangel brauchen wir eine Politik, die Werkrealschulen den Rücken freihält und ihr besonders praxisnahes Profil stärkt. Wir Freie Demokraten möchten, dass der Werkrealschulabschluss als eigenständiger Abschluss erhalten bleibt.

Die Werkrealschule braucht eine klare Perspektive als eigenständige Option für Schülerinnen und Schüler mit Interesse an praxisnaher Bildung. Sie leistet einen wertvollen Beitrag zur Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und eröffnet Chancen für alle, die ihre Stärken nicht primär im theoretischen Lernen sehen. Durch verstärkte Bildungskooperationen mit Ausbildungsbetrieben kann dieser eigenständige Fokus weiter gestärkt werden.

Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, die Werkrealschule zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Eine Perspektive liegt in ihrer Transformation zur „beruflichen Realschule“ mit klarer Verankerung praxisbezogener Inhalte, enger Kooperation mit Ausbildungsbetrieben und gezielter Förderung handlungsorientierter Kompetenzen. So sichern wir wohnortnahe Bildungsangebote, stärken die Berufsvorbereitung und schaffen Anschlussfähigkeit – sowohl an Ausbildung als auch an weiterführende Bildungsgänge.

Wir werden:

- die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses rückgängig machen und der Werkrealschule ihre Daseinsberechtigung zurückgeben.
- die Werkrealschulen insbesondere im ländlichen Raum gezielt erhalten und stärken.
- die Transformation zur „beruflichen Realschule“ als modernes, praxisnahes Schulmodell gestalten.
- Berufsvorbereitung und Ausbildungsreife stärker im Curriculum der Sekundarstufe I verankern.
- eine praxisnahe, differenzierte Schullandschaft aktiv fördern und erhalten.

Starke Wege in Ausbildung und Beruf – mehr Chancen, mehr Wertschätzung, mehr Zukunft

Unsere Vision ist ein Bildungssystem, das Talente dort fördert, wo sie sichtbar werden: Vom Klassenzimmer bis zur Werkbank, von der Hochschule bis zum Innovationscampus. Praxis und Theorie sollen auf Augenhöhe sein, sodass Lernende ihren Weg selbstbewusst gestalten können – unterstützt von digitalen Werkzeugen und verwurzelt in ihrer Heimatregion. Schulträger und Unternehmen öffnen Türen für neue Formate, während bewährte Dualklassen wohnortnah bleiben und Raum für persönliche Entfaltung bieten.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Ausbildung weit über Werkbank und Klassenzimmer hinausreicht: Auszubildende sollen ein Zuhause in attraktiven Wohnheimen finden, Zugang zu kostenfreien Lernmaterialien und großzügigen Weiterbildungsmöglichkeiten in hybriden Modellen erhalten. Mittelstand und Hochschule sollen zu Innovationslaboren verschmelzen, in denen Ideen reifen und KMU als Partner am Puls der Zeit forschen. Internationale Austauschprogramme eröffnen Horizonte und eine unabhängige Anerkennungsstelle erleichtert Talenten aus aller Welt den Zugang. Lehrkräfte sollen als Wegbegleiter wirken, ehrenamtliche Fachexperten den Unterricht bereichern und Kooperationen zwischen öffentlichen Trägern und privaten Betrieben das Wissen frei fließen lassen – ohne bürokratische Schranken.

Wir wollen ein liberales, zukunftsorientiertes Bildungsökosystem schaffen, das Neugierde weckt, Talente beflügelt und jedem Menschen Aufstiegschancen eröffnet.

Wir werden:

- berufliche Gymnasien ausbauen und personell auf das Niveau allgemeinbildender Gymnasien heben.
- englische Abschlussprüfungen ermöglichen, um internationale Karrierechancen zu eröffnen.
- mit einer Investitionsoffensive für attraktive Lernbedingungen an berufsbildenden Schulen sorgen.
- die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildungswege stärken und praxisorientierte Praktika und Projekte bereits in der Schule verankern.
- Lehrkräfte im Bereich der Berufsorientierung weiterqualifizieren und Programme wie „Ausbildungsbotschafter“ stärken.
- digitale Potenziale an beruflichen Schulen konsequent nutzen und zugleich das differenzierte, standortnahe Bildungsangebot erhalten, damit Schulträger und regionale Unternehmen gemeinsam über Profile und Ausstattung entscheiden können.
- die Ausstattung dualer Fachklassen anpassen, um auch bei rückläufigen Schülerzahlen wohnortnahe Berufsschulplätze sicherzustellen.
- hybride Bildungsangebote an der Schnittstelle von beruflicher und akademischer Bildung weiterentwickeln und eine umfassende gegenseitige Anerkennung erworbener Kompetenzen unterstützen.
- internationale Austauschprogramme und Sprachkurse in der dualen Ausbildung ausbauen und in Kooperation mit der Wirtschaft die

Anerkennungsmöglichkeiten von ausländischen Abschlüssen beschleunigen.

- die Volkshochschulen als starke Partner in Weiterbildung, Fachkräftesicherung und Demokratiebildung finanziell nachhaltig stärken und ihnen mehr Freiraum für innovative Kursformate ermöglichen.
- eine duale Oberstufe einführen, die die parallele Erlangung von Abitur und anerkanntem Berufsabschluss ermöglicht.

Selbstbestimmung fängt in der Schule an

Inklusion bedeutet für uns: das Beste für jedes einzelne Kind; freie Entscheidung, passgenaue Förderung und Vielfalt an Möglichkeiten. Kinder mit besonderem Förderbedarf haben unterschiedliche Bedürfnisse: Manche profitieren von inklusivem Unterricht in der Regelschule, andere brauchen den geschützten Raum eines Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ). Beides ist richtig – wenn es zum Kind passt. Wir Freie Demokraten setzen uns für Wahlfreiheit ein. Eltern müssen die Möglichkeit haben, gemeinsam mit Fachkräften den passenden Bildungsort für ihr Kind zu finden. Die aktuelle Politik setzt zu oft auf Inklusion „um jeden Preis“, meist ohne ausreichende personelle, räumliche oder fachliche Voraussetzungen. Das Ergebnis sind überforderte Lehrkräfte, frustrierte Familien und benachteiligte Kinder – und das ist keine gelungene Inklusion.
Die SBBZ leisten hervorragende und wertvolle Arbeit. Sie bieten spezialisierte Förderung, multiprofessionelle Teams und eine sichere Umgebung für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Diese Einrichtungen sind unverzichtbarer Bestandteil eines inklusiven Bildungssystems.
Auch Schulkindergärten sind ein wichtiger Baustein: Sie geben Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf im vorschulischen Alter den notwendigen Rahmen, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und bestmöglich auf die weitere Schullaufbahn vorbereitet zu werden. Echte Wahlfreiheit ist nur mit einem breiten Netz an unterschiedlichen Angeboten gesichert.

Wir Freie Demokraten wollen ein Fördersystem, das sich am Kind orientiert, nicht an politischen Symbolen. Dazu braucht es Ressourcen, Vertrauen und die Anerkennung, dass individuelle Förderung unterschiedliche Wege braucht.

Wir werden:

- die Wahlfreiheit zwischen SBBZ und Regelschule sichern und ausbauen.
- personelle und räumliche Ressourcen für gelingende Inklusion an Regelschulen schaffen.
- SBBZ als spezialisierte Einrichtungen erhalten und besser ausstatten.
- multiprofessionelle Teams an allen Schularten stärken.
- Inklusion auf Augenhöhe mit Eltern, Fachkräften und Kommunen gestalten.
- neue zusätzliche Studienplätze für Sonderpädagogik schaffen und den Numerus Clausus beim Lehramt Sonderpädagogik abschaffen.
- die Kooperationen zwischen SBBZ und Regelschulen (Außenklassen) stärken.
- Schulkindergärten erhalten und bedarfsgerecht ausbauen.
- den eigenständigen sonderpädagogischen Studiengang erhalten.

Weil sie für uns unverzichtbar sind – Freie Schulen wertschätzen und fördern

Freie Schulen bereichern unsere Bildungslandschaft. Sie setzen innovative pädagogische Konzepte um, entlasten das staatliche Schulsystem und schaffen Wahlmöglichkeiten für Familien. Sie stehen für Engagement, Vielfalt und Leistungsbereitschaft. Durch ihre vielfältigen Angebote tragen sie ihren Teil dazu bei, dass jedes Kind die passende Schule finden kann. Wir Freie Demokraten stehen deshalb zu den Freien Schulen. Diese brauchen Planungssicherheit, gerade auch finanziell. Denn ihrem Auftrag entspricht es, Kinder auch unabhängig vom Geldbeutel der Eltern aufzunehmen. Das geht nur, wenn es verlässliche staatliche Unterstützung gibt. Besonders wichtig ist für uns Freie Demokraten die Gleichstellung von Ergänzungsschulen im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Ergänzungsschulen bieten Bildungsgänge an, die es im staatlichen Schulsystem gar nicht gibt, und sind besonders wichtig für die Fachkräftegewinnung. Wer Pflegekräfte oder Erzieherinnen und Erzieher ausbildet, leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft und muss auch finanziell fair behandelt werden.

Freie Schulen sind eine wertvolle Ergänzung zum staatlichen System. Ihre Träger übernehmen Verantwortung und bereichern die pädagogische Vielfalt. Das verdient mehr Anerkennung.

Wir werden:

- Freie Schulen als Innovationstreiber im Bildungssystem anerkennen.
- das Privatschulgesetz vereinfachen und langfristig verlässlich gestalten.
- das Bruttokostenmodell, wonach Freie Schulen 80 % der Kosten eines Schülers einer staatlichen Schule als Zuschuss erhalten, rechtssicher und transparent weiterentwickeln.
- Ergänzungsschulen im Sozial- und Gesundheitswesen finanziell den Ersatzschulen gleichstellen.
- Bildungsvielfalt durch Trägervielfalt gezielt fördern.
- die Erfüllung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen in privater Trägerschaft finanziell stärker als bisher unterstützen.

Vorbild, Leistung und Erfolg – Baden-Württemberg – ein Land des Spitzen- und Leistungssports

Leistung, Fairness, Eigenverantwortung – was den Sport prägt, ist auch Kern unseres liberalen Menschenbildes. Der Spitzensport zeigt uns, wohin Leistungsbereitschaft, Hingabe, Disziplin, Durchhaltevermögen, Zielstrebigkeit, Fairness und Teamgeist führen können. So steht der Leistungssport für Tugenden, die wir als Freie Demokraten als beispielgebend ansehen für unsere Gesellschaft, die wieder über sich hinauswachsen will und kann.

Wir Freie Demokraten bekennen uns klar zum Leistungsgedanken im Sport und setzen uns dafür ein, dass jedes Talent die bestmöglichen Bedingungen erhält – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder etwaiger Einschränkungen. Spitzensport braucht verlässliche Förderung für Training, Wettbewerbe und ganzheitliche Betreuung. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportler optimal begleitet werden, von der Förderung durch Sportstipendien, über duale Karrieren in der Wirtschaft bis hin zur Unterstützung von Behindertensport und Randsportarten.

Sport ist für uns von größter Bedeutung: Er stärkt Gemeinschaften, fördert Gesundheit, schafft Vorbilder, trägt zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei und hat eine positive Botschafterfunktion für unser Land in aller Welt. Zugleich eröffnet er Chancen für Sporttourismus, internationale Sichtbarkeit und die mediale Präsenz auch weniger bekannter Sportarten. Wie kein anderer stiftet er Gemeinschaftserlebnisse über Kulturen, Nationen und Generationen hinweg und führt und hält unser Land mit zusammen.

Wir werden:

- die duale Karriere von Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern in der Wirtschaft stärken, beispielsweise durch das Programm „Partnerbetriebe des Spitzensports“.
- ein Matchingsystem einführen, das Sportlerinnen und Sportler gezielt mit Förderpartnern zusammenbringt, um langfristige Unterstützungsbeziehungen zu etablieren.
- Sportstipendien für talentierte Jugendliche weiterentwickeln, um (höhere) Bildung und Spitzensport zu verbinden.
- Missbrauchsfälle im Sport konsequent aufarbeiten und notwendige Strukturänderungen umsetzen, um die Gefahr von Missbrauch zu reduzieren.
- die Sichtbarkeit des Behindertensports durch Sport-Großveranstaltungen erhöhen.
- den Sporttourismus fördern, beispielsweise durch die Schaffung eines Sporttourismusnetzwerks, das verschiedene Akteure zusammenbringt und Kooperationen im Bereich Sport- und Eventtourismus fördert.
- durch mehr Sendezeit und Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die mediale Präsenz von Randsportarten erhöhen.
- Sportmedizin, Physiotherapie und Psychologie stärker vernetzen, um ganzheitliche Betreuungskonzepte für Sportler aller Leistungsniveaus zu etablieren.

Sportland Baden-Württemberg – für Zusammenhalt und Bewegung

Sport macht stark – jede und jeden einzelnen genauso wie unsere Gesellschaft. Er fördert die gesellschaftliche Integration, stärkt den Zusammenhalt und trägt entscheidend zur Persönlichkeitsentwicklung sowie zur körperlichen und psychischen Gesundheit bei. Im Sport, ob im Verein oder individuell, erleben Menschen Gemeinschaft, Teamgeist, Fairness, persönliche Entfaltung und Freiheit. Ehrenamtliche Strukturen gedeihen, Talente werden gefördert, Gänsehautmomente erlebt, Freundschaften geschlossen – all das zeigt, wie wichtig eine moderne Sportpolitik ist.

Wir Freie Demokraten wollen eine Sportpolitik, die sowohl finanziell verlässlich ist als auch die Strukturen der Vereine und des Ehrenamts stärkt. Dazu gehört auch die Einbindung der Vereine in die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung. Gleichzeitig wollen wir Sportvereine und Ehrenamt von Bürokratie entlasten und durch die Einrichtung gezielter Servicestellen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Ehrenamt durch eine attraktive Ehrenamtskarte wertgeschätzt wird, die private Akzeptanzstellen einbindet und bestehende Nachweise wie Übungsleiterlizenzen oder Jugendleiter-Cards anerkennt. Das FSJ Sport und Schule wollen wir bedarfsgerecht ausbauen, die landesseitige Förderung von Schwimmbadsanierungen und interkommunal genutzten Bädern langfristig sichern sowie Richtlinien für den Sportstättenbau unbürokratischer gestalten und Public-Private-Partnership-Projekte ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir die Anerkennung neuer Sportformen, wie zum Beispiel eSports, fördern und die barrierefreie Planung und Anpassung von Sportstätten vorantreiben, um Teilhabe für alle zu sichern.

Wir werden:

- an der verlässlichen Sportfinanzierung über den Solidarpakt festhalten und diesen gemeinsam mit dem organisierten Sport zukunftsfähig weiterentwickeln.
- die Sportvereine in die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 einbinden. Dazu bedarf es der Förderung von Koordinierungsstellen, der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden und verlässlicher Rahmenbedingungen.
- die Ehrenamtskarte durch Einbindung privater Akzeptanzstellen deutlich attraktiver sowie durch die Anerkennung von bestehenden Nachweisen bürokratieärmer gestalten.
- Sportvereine und Ehrenamt von Bürokratie entlasten und ihre Arbeit durch die Einrichtung gezielter Servicestellen unterstützen.
- das Programm FSJ Sport und Schule bedarfsgerecht ausbauen.
- die landesseitige Förderung von Schwimmbadsanierungen sowie den Unterhalt interkommunal genutzter Bäder durch eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes langfristig sicherstellen.
- die Richtlinien für den Sportstättenbau unbürokratischer gestalten und Public-Privat-Partnership-Projekte ermöglichen.
- die Anerkennung von eSports als gemeinnützig vorantreiben.
- die barrierefreie Planung und Anpassung von Sportstätten unterstützen, um Teilhabe für alle zu sichern.

Kapitel 3: Bauen und Wohnen

Mehr Freiheit am Bau – Bürokratie abbauen, Kosten senken!

Die erste eigene Wohnung ist für viele junge Menschen der Traum von Freiheit! Egal ob zur Ausbildung, zum Studium oder zum Start in das Erwerbsleben – der Schritt in die individuelle Freiheit beginnt mit den eigenen vier Wänden. Wohnen ist längst zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden. Hohe Immobilienpreise und steigende Mieten belasten alle, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Uns Freien Demokraten ist es wichtig, dass Menschen in jeder Lebensphase passenden Wohnraum finden können. Damit Immobilien nicht unbezahlbar werden, muss wieder mehr gebaut werden – und das einfacher, schneller und günstiger. Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Bauherren statt auf staatliche Regulierungsflut. Was an Vorschriften nicht gestrichen werden kann, sollte zumindest flexibilisiert werden, um Bauherren mehr Entscheidungsspielräume zu geben. Unser Grundsatz lautet: So viel Freiheit wie möglich, so viel Vorschrift wie nötig!

Ein weiterer Schlüssel zur Beschleunigung liegt im Baugenehmigungsverfahren. Wir wollen die Digitalisierung durchgängig auf allen Ebenen nutzen. Baden-Württemberg soll hier Vorreiter sein. Als erstes Bundesland wollen wir Künstliche Intelligenz (KI) im Bauantragsverfahren einsetzen – zum Beispiel, indem KI die Vollständigkeitsprüfung von Bauanträgen übernimmt. Wir werden neues, schnelles und günstiges Bauen gestalten: Bürokratie abbauen. Baukosten senken. Mehr Wohnungen schaffen.

Wir werden:

- zügig ein radikales Bau-Bürokratieabbau-Paket vorlegen, welches Baustandards reduziert und Bauen wieder wirtschaftlicher macht. Dabei werden wir neben der Landesbauordnung (LBO) auch konsequent die zahlreichen Baunebenrechte angehen.
- über eine Experimentierklausel in ausgewählten Kommunen mit Baurechtsämtern die LBO aussetzen.
- die Stellplatzverordnung weiterentwickeln und sie komplett kommunalisieren, sodass Kommunen zusammen mit den Bauherren bedarfsgerechte Stellplatzschlüssel entwickeln.
- für Kulturdenkmäler allgemein ein Mindestalter von 50 Jahren sowie für Kulturdenkmäler der Verkehrsinfrastruktur ein Mindestalter von 100 Jahren einführen und Entscheidungen der Denkmalbehörde durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Gemeinderats überstimmbar machen.
- den Städten und Gemeinden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Gemeinderats zu ermöglichen, bestehende Baudenkmäler wieder zu entwidmen. Zeiten und Erfordernisse ändern sich und die Einstufung zu einem Baudenkmal unterliegt häufig auch dem aktuellen "Zeitgeist".
- bei der Erstellung neuer Normen in den Normungsgremien stärker darauf hinwirken, dass Folgekosten berücksichtigt werden, um unnötige Kostensteigerungen durch übermäßige Anforderungen zu vermeiden.
- innovatives Bauen und moderne Baustoffe fördern und aktiv die Gebäudeklasse-E in Baden-Württemberg einführen. Zusätzlich wollen wir nicht einseitig einen Baustoff bevorzugen, sondern in diesem Sinne alle Förderprogramme technologieoffen gestalten.

- beim Bauantrag neue Wege gehen und zuerst in Pilotprojekten KI zur Beschleunigung der Bearbeitung von Bauanträgen einsetzen.
- Building Information Modelling (BIM) als Standard bei allen geeigneten Projekten und der Bauleitplanung setzen.
- uns dafür einsetzen, eine echte Verjährungsregelung für Erschließungsbeiträge einzuführen und jahrzehntelange rückwirkende Erhebungen von Beiträgen für Bestandsstraßen auszuschließen.

Land der Häuslebauer – Land der Eigentümer

Das eigene Haus, die eigene Wohnung ist ein Lebenstraum für viele Menschen. Eigentum bedeutet nicht nur Heimat für die Familie, sondern auch Sicherheit und Selbstbestimmung in jeder Lebensphase. Wir setzen alles daran, diesen Traum für junge Menschen und Familien wieder greifbar zu machen. Eigentum soll wieder zum Motor für individuelle Freiheit und Wohlstand werden.

Wir Freien Demokraten setzen auf eine Reform der Wohnraumförderung mit klarem Fokus auf Eigentum. Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg wieder zu einem Land der Eigentümer und Häuslebauer zu machen. Besonders für junge Menschen und Familien soll der Traum vom Eigenheim wieder erreichbar werden – sei es zur Selbstnutzung, als Altersvorsorge oder Kapitalanlage.

Für uns ist Immobilieneigentum ebenfalls ein entscheidender Schlüssel zur Entspannung des Wohnungsmarktes: Mehr Eigentümer bedeuten auch Entlastung für den Mietmarkt. Um Eigentum erschwinglicher zu machen, setzen wir uns für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer ein, der für alle gilt – unabhängig vom Erwerbszweck. Zusätzlich streben wir eine Senkung der Grunderwerbsteuer an, um gezielt den Neubau von Wohnungen und Häusern zu fördern. Denn Eigentum ist mehr als ein Dach über dem Kopf – es ist Freiheit, Sicherheit und der Schlüssel zu echtem Aufstieg!

Wir werden:

- die Wohnbauförderung des Landes neu konzipieren und dabei den Fokus stärker auf Eigenheimbau und den Bau von Eigentumswohnungen richten, ohne dabei den sozialen Wohnungsbau zu vergessen. Vorbild dabei ist z.B. das sogenannte „Hessengeld“.
- die Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent senken, um die Nebenkosten des Immobilienerwerbs zu reduzieren. Die Senkung der Grunderwerbsteuer ist ein bürokratiearmes Mittel, das in der Breite wirkt und ebenfalls den Mietwohnungsbau fördert.
- bei der Grunderwerbsteuer einen Kaufpreisanteil von 500.000 Euro steuerfrei stellen, um den Menschen, zum Beispiel jungen Familien, den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern.
- dafür eintreten, dass jeder sich in der Wohnform verwirklichen kann, die er für richtig hält. Am Kampf gegen das Einfamilienhaus beteiligen wir uns nicht! Einseitige Vorgaben, die einzelne Wohnmodelle benachteiligen oder bevorzugen, lehnen wir ab.
- Vorschriften wie die Photovoltaik-Pflicht abschaffen. Solche Regulierungen sind Eingriffe in die individuelle Freiheit und belasten vor allem die privaten Häuslebauer übermäßig.
- eine neue Generalumbaunorm zentral in der Landesbauordnung verankern. Diese schafft einheitliche, verständliche Regeln für Umbau, Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude. So wird der Bestandsschutz gestärkt und Modernisierungen erleichtert.

Private Vermieter stärken – Markt deregulieren!

Private Vermieter sind das Rückgrat unseres Mietwohnungsmarktes. Sie schaffen Wohnraum zu fairen Konditionen, beachten soziale Belange und kümmern sich engagiert um den Erhalt ihrer Immobilien – zum Nutzen ihrer Mieter. Vor allem in Baden-Württemberg gibt es viele private Kleinvermieter. Dabei handelt es sich um Menschen, die versuchen, ihr Einkommen und ihre Altersvorsorge durch eine eigene Immobilie abzusichern. Sie sehen Eigentum als soziale Sicherheit und investieren viel, um sich dieses aufzubauen. Für uns sind dies aber auch Menschen, die Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Ohne das Engagement der privaten Vermieter gibt es keinen funktionierenden Wohnungsmarkt.

Wir Freie Demokraten wollen verlässlicher Partner sein für all jene, die Wohneigentum als Vermieter schaffen und erhalten. Ihnen wollen wir die Sicherheit geben, dass sich ihre Investition lohnt und trägt. Das stärkt nicht nur die Vermieter, sondern kommt auch den Mietern zugute: Ein stabiler Markt mit verantwortungsvollen Vermietern sorgt für bezahlbaren und gut gepflegten Wohnraum sowie stabile Mietverhältnisse.

Um die Preisspirale am Wohnungsmarkt endlich zu durchbrechen, braucht es vor allem massiven Neubau. Wir wollen ein attraktives und günstiges Marktumfeld schaffen, das private Investoren und Kapital mobilisiert. So sichern wir bezahlbaren Wohnraum für alle – durch mehr Vertrauen, weniger Regulierung und mehr Neubau.

Wir werden:

- staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt wie Mietpreisbremsen, Zweckentfremdungsverbote oder Leerstands-Kontrollen abschaffen, um Investitionen in den Wohnungsbau und Sanierungen anzuregen, anstatt abzuschrecken.
- Eigentümer dabei unterstützen, in den Bestand zu investieren und so ggf. auch neuen Wohnraum zu schaffen.
- dem Anstieg der Mieten entgegenwirken durch die Ankurbelung der Bautätigkeit privater Bauherren.
- keine neuen Regulierungen vornehmen, das Vermieten einfach machen.
- private Vermieter wieder stärken und weitere Belastungen wie zwangsweise energetische Sanierungen verhindern,
- Anreize für das Engagement privater Investoren einschließlich Baugenossenschaften schaffen.

Flächen ausweisen – Eigenverantwortung der Kommunen stärken!

Fläche ist ein begrenztes Gut und die Ansprüche an die Fläche sind vielfältig. Es bedarf sowohl zusätzlicher Ausweisungen von Baugebieten als auch weiterer Flächen für Gewerbe und Industrie, um den Baulandpreisen als maßgeblichem Kostentreiber entgegenzuwirken. Wir Freien Demokraten setzen auf flexible Planungsspielräume statt auf starre Flächenverbrauchsziele im Landesentwicklungsplan (LEP) wie verpflichtende Mindestsiedlungsdichten und Zwangsstandorte.

Festgelegte Obergrenzen für die Flächennutzung in Baden-Württemberg sind zu kurz gedacht: Es besteht ein Bedarf an Flächen für Wohnungsbau und Unternehmensansiedlungen. In diesem Sinne wollen wir die Kommunen ermutigen und Baulandbereitstellung fördern. In Zukunft soll der Fokus verstärkt auf „Versiegelung“ gelegt werden, anstatt den missverständlichen Begriff des „Flächenverbrauchs“ in den Mittelpunkt zu stellen. Dieser Ansatz ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Landnutzung und fördert innovative Lösungen für die Raumentwicklung.

Abstandsflächen oder Lärmwerte stehen zu häufig Baugebieten im Weg. Wertvolle Flächen liegen brach, da kaum Mischnutzungen zwischen Gewerbe- und Wohngebieten möglich sind. Diese Potenziale dürfen nicht ungenutzt bleiben. Daher ist es notwendig, durch neue Ansätze wie „urbane Sondergebiete“ Wohnen auch dort zu ermöglichen, wo es bisher durch Überregulierungen nicht möglich war. Zusätzlich wollen wir innovative Wohnformen ermöglichen und erproben, auch wenn sie nicht in die Bebauungspläne aus dem letzten Jahrhundert passen.

Wir werden:

- die Kommunen dabei unterstützen, in Baden-Württemberg weiteres Bauland auszuweisen und Bebauungspläne zu erneuern. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch auf Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken.
- zusammen mit den Kommunen eine „Planungsoffensive Bauland“ starten, die aktiv Flächen im ganzen Land für den Neubau von Wohnungen und Unternehmensansiedlungen mobilisiert.
- den Bestand an landeseigenem Immobilien- und Flächenbesitz dahingehend überprüfen, welche Flächen dem Markt als Bauland oder Gewerbefläche zugeführt werden können**.**
- im Landesentwicklungsplan auch größere Industrie- und Gewerbeansiedlungen ermöglichen.
- keine Flächenverbrauchsziele festlegen. Stattdessen setzen wir auf die Eigenverantwortung der Kommunen. Entscheidend sind Versiegelungen, nicht der Flächenverbrauch.
- „urbane Sondergebiete“ ermöglichen und klare Musterfestsetzungen schaffen, die Wohnen und Arbeiten flexibel verbinden und so moderne Quartiere entstehen lassen.
- Räume für mutige Experimente im Wohnungsbau schaffen! Mit „Reallaboren Bauen und Wohnen“ und ganzen Experimentierregionen wollen wir innovative Wohnprojekte ermöglichen – befreit von starren Regelungen und bürokratischen Hürden. Was zählt, sind
  Sicherheit und Mut zu Neuem!

Eigentümer entlasten – unfaire Grundsteuer reformieren

Wir Freie Demokraten wollen zurück zu einer fairen Grundsteuer. Umfassende Änderungen des jetzigen Bodenrichtwertmodells sind deshalb dringend notwendig! Wir lehnen die selektive Mehrbelastung von Eigentümern und Mietern von Ein- und Zweifamilienhäusern ab. Sie ist vor allem für ältere Eigentümer, für die das Eigenheim Teil der Altersvorsorge ist, existenzbedrohend. Die Berechnung der Grundsteuer ausschließlich auf Basis von Bodenrichtwerten aus Bodenrichtwertzonen führt zu unfairen Mehrbelastungen für Eigentümer. Besonders kritisch ist, dass Grundstücken mit sehr unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten oder Wertmerkmalen derselbe Bodenrichtwert zugrunde gelegt wird.

Eine Korrektur der Grundsteuer durch ein Gutachten ist zwar in Einzelfällen möglich, jedoch mit erheblichem Aufwand und zusätzlichen Kosten verbunden. Hier muss der Staat für falsche Bewertungen von Grundstücken geradestehen und darf den jeweils betroffenen einzelnen Bürger nicht zusätzlich belasten. Auch lässt die derzeitige Grundsteuer keinen Spielraum bei Härtefällen, daher wollen wir eine Härtefallklausel zentral im Gesetz verankern. Ein bloßes Nachsteuern reicht nicht aus. Es braucht eine umfassende Reform der Reform! Eine Orientierung am bayrischen Flächenmodell scheint am geeignetsten, um auch in Baden-Württemberg künftig eine faire und transparente Grundsteuer zu erheben.

Für Unsicherheit sorgen vielerorts unerwartet auftretende Kosten für Erschließungsbeiträge von Straßen, die augenscheinlich bereits vor Jahrzehnten fertiggestellt wurden. Auch hier braucht es Fairness und Planbarkeit.

Wir werden:

- uns dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg die Grundsteuer reformiert wird. Eine Orientierung am Flächenmodell zur Erhebung der Grundsteuer erscheint am sinnvollsten. So können wir Bürger vor exorbitanten Steuererhöhungen schützen.
- auch Mietern ermöglichen, ein Gutachten zum Nachweis eines geringeren Bodenwerts einzureichen.
- Regelungen einführen, die sicherstellen, dass die Kosten für Gutachten übernommen werden, sofern die Grundsteuer aufgrund eines solchen Gutachtens korrigiert wurde. Außerdem werden wir dafür Sorge tragen, dass erfolgreiche Gutachten nicht zu jeder Hauptfeststellung erneut erstellt werden müssen.
- den Kommunen die Möglichkeiten geben, soziale Härten bei der Grundsteuer abzufedern und diese stunden zu können. Dies erreichen wir durch eine Härtefallklausel im Grundsteuergesetz.

Kapitel 4: Mobilität

Individuelle Mobilität ist wichtiger denn je – und ohne Auto und Straßen undenkbar!

Wir Freie Demokraten schaffen die Voraussetzungen für individuelle Mobilität in Selbstbestimmung. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung über das jeweilige Verkehrsmittel und die Gestaltung ihrer Reisekette zurück. Wir stehen für eine moderne, zukunftsfähige Verkehrspolitik ohne Bevormundung. Deshalb stärken wir die Attraktivität aller Verkehrsträger. Neben Fuß- und Radverkehr oder dem ÖPNV ist für uns das Auto Rückgrat der Mobilität insbesondere im Ländlichen Raum.

Wir sanieren die Straßen und hierbei insbesondere die Brücken, Tunnel und Stützbauwerke. Wenn wir Verantwortung tragen, sollen marode Brücken Vergangenheit sein.

Wir gehen die Herausforderungen der Zukunft faktenbasiert und technologieoffen an. Deshalb setzen wir im Klimaschutz auch auf moderne Kraftstoffe, die das Klima schonen, weil sie ohne fossilen Treibstoff auf Erdölbasis auskommen. Das gelingt mit strombasierten synthetischen (E-Fuels) oder synthetisierten Kraftstoffen (z. B. HVO 100). Auch für moderne Bio-Gase wie bio-LNG oder bio-CNG wollen wir Perspektiven schaffen. Dazu muss die bisherige CO_2-Regulierung der EU weiterentwickelt werden. Diese unterstellt bisher faktenwidrig E-Antrieben Null Gramm CO_2 und blendet aus, dass moderne Kraftstoffe ohne Erdöl ein Beitrag zum Klimaschutz sind. Mit diesen innovativen, fossilfreien Kraftstoffen wird Mobilität mit dem aktuellen Fahrzeugbestand klimafreundlicher.

Wir werden:

- die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen mit einem Schwerpunkt auf Brücken und Stützbauwerke schrittweise auf 600 Mio. Euro p.a. erhöhen. Unser Ziel ist ein von Haushaltsjahren unabhängiger Infrastrukturfonds.
- den Aus- und Neubau von Straßen zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Entlastung lärmgeplagter Wohngebiete voranbringen. Das beinhaltet auch die zügige Umsetzung der Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans und aller baureifen Großprojekte.
- Perspektiven für klimafreundliche synthetische oder synthetisierte Kraftstoffe schaffen. Hierfür holen wir den Bund mit ins Boot, damit die entsprechenden EU-Regulierungen reformiert werden (faktisches Verbrennerverbot ab dem Jahr 2035 aufheben). Die Flottengrenzwerte müssen weg!
- den Hochlauf in der Nutzung der innovativen Kraftstoffe voranbringen, indem die Landesfahrzeuge (z. B. Polizei) damit betankt werden und dieses Beispiel Schule macht.
- die Digitalisierung des Verkehrs stärken. Wir legen ein Pilotprojekt „Smart City“ mit Car-to-X Kommunikation sowie zur digitalen Buchung von Parkraum auf. Wir fördern die Ertüchtigung von Ampelanlagen zur bedarfsgerechten Verkehrsregelung. Das autonome Fahren bringen wir voran.
- intelligente integrierte Verkehrsleitzentralen landesweit unterstützen, um auf anspruchsvolle und überraschende Situationen regieren zu können und den Verkehr flüssig zu halten.
- die Fuß- und Radverkehrspolitik weiterentwickeln und für die Kleinsten die Konzeption für sichere Schulwege modernisieren.

- eine Politik für die Weiterentwicklung aller Verkehrsträger
  gestalten, aber keine gegen den motorisierten Individualverkehr.
  Die Verkehrssicherheit bringen wir voran.

Der ÖPNV funktioniert und ist digital!

Unser Ziel: Busse, Straßen- und Stadtbahnen sowie die S-Bahnen im ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) fahren pünktlich. Auf einer App sind alle Verkehrsmittel in Echtzeit hinterlegt, und in Ergänzung zum Deutschlandticket gibt es komfortable digitale Abrechnungssysteme für Gelegenheitsfahrer im ganzen Land. Einfach auf dem Smartphone eingeben, wohin man will, und der Rest funktioniert automatisch. Dabei setzen wir auch auf autonom fahrende Kleinbusse oder Autos, die intelligent andere Reisende aufsammeln und zeitnah den nächsten Knotenpunkt anfahren. Nicht mehr die Fahrgäste müssen für die Verkehrsunternehmen in komplizierten Tarifregeln denken und aktiv werden, sondern öffentliche Verkehre finden nutzerorientiert statt. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Denn Freie Demokraten denken vom Individuum und seinen Bedürfnissen her.

Wir möchten dem Bürger durch eine wirtschaftlich sinnvolle Verdichtung von Takt und Netz ein besseres und schnelleres Angebot unterbreiten, denn ein häufiges Hindernis beim Umstieg auf Bus und Bahn sind deutlich längere Reisezeiten. Dabei setzen wir beim ÖPNV auf praktische Verbesserungen statt auf plakative Maximalforderungen.

Für uns ist klar: Der Umstieg vom Auto in den ÖPNV kann nur dann gelingen, wenn die Verbindungen attraktiv sind. Zudem muss das Angebot verlässlich und vor allem transparent sein. Tatsächlich zutreffende Zeitangaben und alternative Verbindungsangebote, wenn mal etwas schief geht, statt ständig sich nach hinten verschiebende, vermeintlich kurze Verspätungsanzeigen sind Bestandteile dieser Transparenz. Nicht zuletzt ist das Sicherheitsgefühl im ÖPNV, vor allem in den späteren Abendstunden, ein zentraler Punkt.

Wir werden:

- bequeme Angebote von und nach zuhause einrichten. Wir ersparen dabei umständliche Wege von der und zur nächsten Haltestelle insbesondere in den Randstunden.
- hierfür gezielt autonom fahrende Angebote bei Bus und Bahn einsetzen und deren Entwicklung konstruktiv unterstützen.
- gemeinsam das Problem des Fahrermangels lösen (autonomes Fahren, Fahrerlaubnisrecht weiterentwickeln und Fachkräftezuwanderung vereinfachen).
- die ÖPNV-Strategie 2030 bedarfsgerecht fortschreiben und an die Rahmenbedingungen anpassen.
- darauf achten, dass die Kreise als Aufgabenträger der Busverkehre bedarfsgerechte Angebote entwickeln und nicht mit einer Mobilitätsgarantie des Landes finanziell und tatsächlich überfordert und ein Stück weit bevormundet werden.
- regionale, private Busunternehmen weiter mit einer Busförderung unterstützen, die für die Transformation von Antrieben unverzichtbar ist (Gleichstellung regenerativer und synthetischer Kraftstoffe mit Batterien bei Bussen).
- die Bereitstellung von Echtzeitdaten weiter verbessern, um die umfassende Digitalisierung des ÖPNV und des gesamten Verkehrsbereichs voranzutreiben.
- uns für den Erhalt des Deutschlandtickets mit einem zukunftsfesten Finanzierungskonzept einsetzen und die landesseitig erforderlichen Zuschüsse leisten.
- zur Effizienzsteigerung für die Konsolidierung der 19 Verkehrsverbünde eintreten.

- Die Barrierefreiheit des Verkehrsbereichs voranbringen. Denn es nützt die attraktivste Verbindung nichts, wenn diese an Treppen endet. Barrierefreiheit nützt allen.

Die Schiene muss pünktlich werden!

Das Ziel für uns Freie Demokraten: Im regionalen Schienenverkehr fahren die Züge zuverlässig und pünktlich. Die Anzeigen an Bahnsteigen und in den Apps entsprechen den Tatsachen. Tickets können bequem mit Bestpreisgarantie gekauft werden, auch wenn man kein Deutschlandticket hat. Einfach ein- und aussteigen und den Rest erledigt das Smartphone. Durch die Integration aller Daten in einer App ist der Weg vom Bahnhof und weiter zum Ziel von Anfang an bequem durchgeplant. Bei Störungen wird automatisch umgebucht. Für uns ist klar, wir wollen den Zustand des Bahnverkehrs deutlich verbessern. Dabei setzen wir auf Transparenz.

Neben dem Personenverkehr modernisieren wir den Güterverkehr. Mit Digitalisierung und Automatisierung können Güterzüge flexibel eingesetzt werden. Die Zeiten, in denen Züge von Hand zusammengekoppelt und Einzelwagen von einer Lok gezogen werden, sollen Vergangenheit sein. Vernetzung, Digitalisierung und Automatisierung sind für uns die Schlagworte eines modernen Schienenverkehrs. Denn wir gestalten Zukunft.

Das Land ist verantwortlich für den regionalen Schienenverkehr und kann auch durch Kofinanzierungen wichtige Impulse setzen. Reaktivierungsvorhaben ehemaliger Bahnstrecken wollen wir auch durch automatisiertes Fahren wirtschaftlicher gestalten.

Wir werden:

- Echtzeitinformationen und die Bündelung derselben auf einer App für die Nutzerinnen und Nutzer zum Bestandteil eines modernen und transparenten regionalen Schienenverkehrs mit den Schnittstellen zum ÖPNV machen.
- den fairen Wettbewerb der Eisenbahnverkehrsunternehmen durch eine entsprechende Gestaltung der Ausschreibungen sichern.
- den Raum für die Erprobung des automatisierten Fahrens schaffen. Damit könnten mehr Züge auch in den Randstunden fahren.
- die Elektrifizierung von Bahnstrecken voranbringen.
- auf nicht elektrifizierbaren Strecken statt fossilem Diesel den klimafreundlichen Treibstoff HVO 100 und perspektivisch klimaneutrale Kraftstoffe (E-Fuels) einsetzen, um schnell und effektiv CO_2 einzusparen.
- die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken transparent mit realistischer Wirtschaftlichkeitsberechnung und Einbeziehung der Folgekosten des Betriebs entwickeln.
- mit einer Öffnungsklausel ermöglichen, dass auch bei beengten Raumverhältnissen Rampen möglich sind. Barrierefreiheit ist für uns unverzichtbar! Die Schweiz erlaubt in bestimmten Situationen steilere Rampen als solche mit sechs Prozent Steigung. Denn eine etwas steilere Rampe ist, wenn Hilfe zur Verfügung steht, weitaus sinnvoller als ein nicht funktionierender Aufzug.

Über den Wolken…

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Luftfahrt ein selbstverständlicher und attraktiver Teil der Mobilität bleibt. Ferne Länder erkunden, weltweit schnell und sicher Waren handeln, aber auch Zubringerflüge zu nationalen und internationalen Verkehrsdrehkreuzen (Hubs) gewährleisten – das sind elementare Bestandteile der Mobilität. Der Landesflughafen Stuttgart, die zwei Regionalflughäfen und 18 Verkehrslandeplätze sind das Tor zur Welt. Dieses Netz an Luftverkehrsstandorten hat mit dazu beigetragen, dass unser Land auch in der Fläche gut entwickelt ist und sich dort Weltmarktführer befinden. Wir sagen klar „ja“ zum Flugverkehr. Statt eine Verzichtsdebatte zu führen oder Flugscham zu verursachen, lösen wir die Herausforderungen der Zukunft durch Fortschritt und Technik. Fly the liberal way!

Der so genannte SAF, ein strombasierter und klimaneutraler synthetischer Kraftstoff, ist derzeit noch teuer. Mit unserer E-Fuels-Strategie kann durch die Ausweitung der Produktion in den großindustriellen Maßstab der Preis sinken. Der strombasierte Ausgangsstoff Wasserstoff erzeugt im weiteren Raffinerieprozess alle Arten von Treibstoff. Somit hilft die Produktion von synthetischem Benzin und Diesel im Straßenbereich auch bei der Herstellung von SAF. Für die Produktion des Ausgangsstoffs setzen wir auf Energiepartnerschaften mit Regionen, in denen Sonne und Wind im Überfluss vorhanden sind. Statt fossilem Rohöl werden dann umweltfreundlich Ausgangsstoffe für synthetische Kraftstoffe wie E-Fuels und SAF importiert.

Wir Freie Demokraten verstehen uns als ein verlässlicher Partner des Luftverkehrs.

Wir werden:

- zeitnah eine eigene, moderne Landesstrategie („Developed Air Mobility BW“) für die Nutzung moderner Flugobjekte (z.B. Drohnen, Flugtaxis) vorlegen. Wir wollen zügig die internationale Marktfähigkeit von neuen Produkten erreichen und die Unternehmen bei der Schaffung der Infrastruktur (z.B. Vertiports) unterstützen.
- dazu beitragen, dass Innovationen der Luftfahrt in Baden-Württemberg zuhause sind und auch weltweit den Weg in den Markt finden.
- eine Luftverkehrsstrategie Baden-Württemberg entwickeln, die den Bedürfnissen der Menschen und Unternehmen gerecht wird und die Kapazitäten angrenzender Länder berücksichtigt.
- dafür eintreten, dass der Landesflughafen Stuttgart die für die Wirtschaft dringend benötigten Direktverbindungen erhält und gesund zu einem europäischen Drehkreuz wachsen kann. Ziele in den USA, im arabischen Raum, in Indien und China müssen direkt erreichbar sein.
- kraftvoll unsere E-Fuels-Strategie fortsetzen, weil diese durch den Produktionshochlauf für synthetischen Diesel und synthetisches Benzin im Zuge des Raffinerieprozesses auch so genannten SAF für den Luftverkehr produzieren kann. So wird CO_2 effektiv vermieden.
- für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrt eintreten. Die Passagiere, die Flughäfen und die Unternehmen sind deutlich zu entlasten; dazu gehört beispielsweise der Abbau der Gebühren ebenso wie Initiativen zum Ausgleich der EU-Beimischungsquoten.

Wir brauchen eine starke Logistik!

Bei Logistik denken viele am ehesten an den Kleintransporter, der gerade Päckchen und Pakete ausfährt. Logistik ist aber weit mehr! Funktionierende Logistik-Ketten sorgen dafür, dass die Supermärkte gefüllt sind, es an den Tankstellen Kraftstoffe gibt und die Unternehmen produzieren können, weil Wertschöpfungsketten funktionieren. Wir Freie Demokraten wissen, wie wichtig die Logistik für einen arbeitsteiligen Wirtschaftsstandort ist und werden diese daher stärken. Denn ohne funktionierende Logistik ist der Wohlstand in Gefahr.

Wir Freie Demokraten denken ganzheitlich. Wir gehen den Ursachen auf den Grund und zeigen konstruktive Lösungswege auf. Wir sorgen für eine gute Zukunft der Logistik und verbessern die Arbeitsbedingungen. Vieles kann nur auf europäischer oder Bundesebene gelöst werden. Dennoch ist es wichtig, dass aus Baden-Württemberg heraus die richtigen Akzente gesetzt werden. Und wir können direkt etwas tun. Das wollen wir entschieden angehen. Die Logistik hat es verdient, mehr Beachtung zu finden.

Wir werden:

- neue Ansätze der Logistik in den Städten (City-Logistik) mit Offenheit aufgreifen, damit die wachsende Anzahl von Transporten der Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP) besser durchgeführt werden kann.
- den Logistik-Standort Baden-Württemberg stärken und die Vernetzung der Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie der weiteren Akteure vorantreiben (Cluster-Strategie).
- die Situation der Fernfahrer verbessern, indem wir im Umfeld der Autobahnen und an mehrstreifigen Bundesstraßen mehr Parkplätze (mit sauberen Sanitäranlagen) schaffen.
- Versuche zur Einführung einer isolierten Landesmaut auf Landes- und Kommunalstraßen abwehren, damit der Wirtschaftsstandort und der Einzelhandel nicht zusätzlich belastet werden.
- uns für die grundsätzliche Freigabe von umweltfreundlichen Lang-LKW ohne bürokratischen Mehraufwand einsetzen.
- den Güterverkehr auf der Schiene stärken. Logistikhubs (zentrale Hauptumschlagbasen) als Schnittstelle von Güterfernverkehr der Bahn von und auf den regionalen Güterverkehr umsetzen sowie die Innenstadt-Logistik für Güter weiterentwickeln.
- uns für Digitalisierung in der Logistik in allen Bereichen (z. B. Fahrerlaubnis (Erleichterung), europäische Frachtpapiere, digitale Sondererlaubnisse) einsetzen.
- Baden-Württemberg als Entwicklungsstandort für den sicheren Einsatz von KI in Logistik und Mobilität weiterentwickeln.
- die Genehmigungsvoraussetzungen für Sonder-/Großraumtransporte weiter vereinfachen und die

straßenrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen deutlich reduzieren.

- beim Bund ein ausreichendes Netz an Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge an den Autobahnen und Bundesstraßen einfordern.
- den Einsatz von innovativen umweltfreundlichen Kraftstoffen ermöglichen (E-Fuels, HVO 100, bio-LNG und bio-CNG), damit es viele Wege zum Klimaschutz gibt. Hierzu treten wir für eine Reform der EU-Regulierung ein.

Kapitel 5: Energie

Sinnergie: Energiewende mit Verstand

Wir Freie Demokraten wollen Strom wieder bezahlbar machen. Wir wollen eine Energiepolitik mit Sinn und Verstand. Ideologisch motivierte und teure Widersprüchlichkeiten beim Ausbau der Erneuerbaren wollen wir beenden und den Weg zu günstiger Energie bereiten. Den Ausbau erneuerbarer Energien denken wir volkswirtschaftlich und wollen ihn besser in Einklang bringen mit Menschen, Umwelt und Klima. Unser Ziel ist ein Land, in dem klimafreundlich produziert und gelebt wird. Dabei bleiben wir mit unseren Unternehmen international wettbewerbsfähig. Sichere, saubere und bezahlbare Energie ist ein Grundbedürfnis, das wir wieder befriedigen werden.

Baden-Württemberg kann sich nicht vollständig selbst versorgen. Heimische Erzeugung von Energie ist dennoch wichtig, um Abhängigkeiten zu verringern. Dabei ist für uns die soziale Komponente von Erzeugungsanlagen von entscheidender Bedeutung. Als am dichtesten besiedeltes Bundesland müssen wir kompakt planen. Unser Land ist reich an Sonne und arm an Wind. Diese Erkenntnis ist für uns Grundlage beim Umgang mit Wind- und Solarenergie.

Wir nutzen alle Chancen moderner Technik. Dazu gehören erneuerbare Energien, Wasserstoff, Speicherlösungen und auch neue Formen der Kernenergie und Kernfusion.

Wir werden:

- den Stand der Energiewende in Baden-Württemberg hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Nutzens, der Auswirkungen auf die Strompreise und auf Menschen, Umwelt und Klima kritisch hinterfragen und in der Folge passgenaue Maßnahmen ergreifen.
- den Ausbau der erneuerbaren Energien marktwirtschaftlich gestalten und die Förderung für neue einfache Anlagen beenden.
- die staatliche Vermarktungsoffensive für Windkraft im Staatswald stoppen und die „ForstBW Green Energy“ auflösen.
- Kommunen wieder mehr Mitspracherecht bei Flächen für Wind- und Solaranlagen geben und dabei Netze, Speicher und Verbraucher mitdenken.
- die drohende Superprivilegierung für Windenergieanlagen bei Nichterreichen des 1,8%-Flächenziels abwenden.
- den starken Zuwachs der Freiflächen-PV begrenzen und stattdessen Agri-PV sowie Anlagen auf Dächern, Parkplätzen und Straßen priorisieren, ohne neue Subventionen zu schaffen.
- auf Bundesebene für eine breite Entlastung bei den Stromkosten eintreten, indem die Nebenkosten durch Stromsteuer, Netzentgelte und Umlagen grundlegend überarbeitet werden.
- für Neubauten von marktfähigen Kernkraftwerken der neuesten Generation, Small-Modular-Reaktoren sowie Kernfusionsanlagen eintreten, ohne neue Subventionen zu schaffen.
- die Grundlagenforschung und industrielle Wertschöpfungsketten im Bereich der Kernfusion aktiv begleiten, damit wir frühzeitig vom internationalen Durchbruch dieser Technologie profitieren.
- mit einem Wasserstoffgesetz den Ausbau beschleunigen und Rahmenbedingungen für Innovation schaffen.

- den Bau von Back-Up-Kraftwerken mit Gas oder Wasserstoff als Brennstoff in Baden-Württemberg unterstützen.

Netz hier, aber waren Sie schon mal…

Wir machen mehr Tempo beim Ausbau von Strom-, Wärme- und Gasnetzen sowie beim Hochlauf von Wasserstoff. Nur mit starken Netzen in einem digitalisierten Energiesystem, die mit den vielen neuen kleineren Anlagen umgehen und erneuerbare Energie speichern können, gibt es eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Statt auf eine einseitige „All Electric"-Strategie zu setzen, schaffen wir Vielfalt vor Ort. Wir vertrauen den Entscheidern auf lokaler Ebene, welche Maßnahmen die richtigen sind. Baden-Württemberg braucht Verbindungen in alle Richtungen. Wir werden das Wasserstoffkernnetz in jede Region bringen und mit einer klugen Importstrategie absichern. Dabei setzen wir auf Partnerschaften in Europa und besonders auf eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich, Österreich und der Schweiz. Damit Energie dort ankommt, wo sie gebraucht wird, unterstützen wir den Ausbau der Übertragungsnetze vom windreichen Norden in den energiehungrigen Süden. Strompreiszonen, die Baden-Württembergs Industrie mit noch höheren Strompreisen benachteiligen, lehnen wir entschieden ab.

Wir Freie Demokraten setzen auf moderne Technik. Smart Grids, digitale Zähler und flexible Tarife steigern die Effizienz und geben Bürgerinnen und Bürgern mehr Kontrolle über ihre Stromkosten.

Wir werden:

- den Rückstand beim Netz- und Speicherausbau hinter den Erneuerbaren Energien aufholen und Speicherkonzepte bei Neuanlagen fordern sowie mit einer Task Force „Stabile Netze" bürokratische Hürden abbauen.
- den Ausbau von großen Übertragungsnetzen vom windreichen Norden in den industriell starken Süden verstärken und unterstützen.
- den Stromnetzausbau beschleunigen und dabei nach Möglichkeit auf Freileitungen setzen.
- den Ausbau von Energiespeichern technologieoffen und unbürokratisch ermöglichen und eine Batterie-Recycling-Strategie entwickeln.
- Bei der Energieversorgung Strom, Wärme und Gase gemeinsam denken und die Chancen von Wärme und erneuerbaren Gasen oder Kraftstoffen als Mittel zur Verwendung überschüssiger Energien nutzen.
- die Digitalisierung des Energiesystems vorantreiben und den Einbau von Smart Meter und die Nutzung flexibler Tarife vereinfachen.
- die heimische Wasserstoffproduktion und -verteilung mit Wasserstoff-Hubs unterstützen, um eine sinnvolle Integration in das Strom- und Gasnetz zu ermöglichen.
- Energie- und Wasserstoffpartnerschaften mit anderen Ländern schließen, um ausreichende Mengen für den Import zu sichern.
- dafür sorgen, dass das Wasserstoffkernnetz in alle wirtschaftlich starken Regionen Baden-Württembergs geführt wird.

Energie kommt nicht (nur) aus der Steckdose

Wir Freie Demokraten sehen die Energieversorgung mit Strom, Gasen und Wärme für Gebäude und Prozesse ganzheitlich. Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, in dem Gas-, Wärme- und Stromnetze intelligent verknüpft sind und wir die jeweiligen Stärken zur Verteilung und Speicherung von Energie nutzen. Dadurch verhindern wir die Verschwendung von überschüssigem Strom und sparen Kosten ein.
Die Bürgerinnen und Bürger wissen selbst am besten, wie sie ihr Haus heizen können. Darum lehnen wir Zwänge zur Nutzung bestimmter Heizungsarten oder Benutzungszwänge von Wärmenetzen ab. Wir wollen attraktive klimafreundliche Angebote vor Ort, die ganz ohne Zwang überzeugen. Für die Industrie setzen wir auf die technisch besten Lösungen, statt nur auf „All-Electric“. So halten wir den Standort wettbewerbsfähig und geben den Unternehmen die Verantwortung für die nachhaltigsten Lösungen zurück.
Wir vertrauen den Entscheidern vor Ort, dass sie Wärmenetze auf den Weg bringen, wenn diese sinnvoll sind. Verpflichtende Wärmeplanungen sind für uns unnötig. Ist an dem einen Ort ein Wärmenetz mit Biogasanlage sinnvoll, ist andernorts Wasserstoff im Gasnetz und Wärme aus der tiefen Geothermie oder gar die dezentrale Wärmepumpe die richtige Wahl. Regionale Besonderheiten sind für die besten und kostengünstigsten Wärmeversorgungen zu berücksichtigen.

Mit Flexibilität und dezentralen Entscheidungen halten wir Wärme bezahlbar und machen unser Land zukunftsfest.

Wir werden:

- die ineffiziente verpflichtende kommunale Wärmeplanung abschaffen und zur Freiwilligkeit zurückkehren, damit Wärmeplanung dort gemacht wird, wo echter Mehrwert entsteht.
- Technologieoffenheit bei der Wärmeversorgung von Gebäuden sicherstellen.
- ein Bürgschaftsprogramm für den Bau von kleinen Wärmenetzen aufsetzen, um kleinen Wärmeversorgern die Aufnahme von Investitionskrediten zu ermöglichen.
- die Tiefe Geothermie als wichtigen Bestandteil der klimaneutralen Wärmeversorgung unterstützen und mit Bürgschaftsmodellen die Abdeckung der Regulierung von unwahrscheinlichen Schäden zusätzlich absichern.
- Biogas-Anlagen zur Wärmeversorgung, Einspeisung in das Gasnetz und Stromerzeugung sowie als Pufferkraftwerke begreifen und unterstützen.
- die Verwendung von Biomasse, wie z.B. Pflanzenreste und Holz sowie Klärschlämme, als klimaneutrale Energiequelle zur Wärme- und Stromgewinnung unterstützen.
- den Bau von Wärmespeichern zur Speicherung erneuerbarer Energien unterstützen.
- den teilweise angekündigten Rückbau von Gasnetzen kritisch hinterfragen und stattdessen auf die Nutzung erneuerbarer Gase hinwirken.
- die Umstellung von bestehenden Wärmenetzen zu erneuerbaren Energiequellen unterstützen.

Freiheit als Antrieb für die Energiewende

Wir Freie Demokraten glauben daran, dass Baden-Württemberg mit seinem Erfindergeist, starker Forschung und einem innovativen Mittelstand die Energiewende erfolgreich gestalten kann. Wenn wir den Menschen und Unternehmen die Freiheit geben, neue Ideen auszuprobieren, entstehen Lösungen, die unser Land voranbringen. Politik darf nicht bremsen, sie muss den Weg frei machen für Vielfalt, Wettbewerb und Fortschritt.
Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, das mit modernster Technik klimafreundlich und zugleich wirtschaftlich stark ist. Ein Land, in dem Forschung und Unternehmergeist zusammenwirken, um sichere und saubere Energie bereitzustellen. Statt starre Technologievorgaben zu machen, muss Politik die Ziele klar definieren und es dann den besten Ideen überlassen, den Weg dorthin zu finden. Eine wirkungsorientierte Energiepolitik misst sich an Ergebnissen, nicht an Symbolen.
Gerade unser Land hat dafür die besten Voraussetzungen. Hier entstehen Technologien, die weltweit gefragt sind. Hier gibt es Gründerinnen und Gründer, die bereit sind, neue Wege zu gehen, und Unternehmen, die mit Innovationskraft und Mut Investitionen wagen.

So gestalten wir eine Zukunft, in der Energieversorgung nicht als Risiko wahrgenommen wird, sondern als Chance. Eine Zukunft, in der Bürgerinnen und Bürger von verlässlicher und bezahlbarer Energie profitieren, Unternehmen Planungssicherheit und Investitionsfreude haben und unser Land seine Rolle als wirtschaftliches Herz Europas ausfüllt. Innovation statt Ideologie, Ergebnisse statt Vorschriften – das ist der Weg in eine Energiezukunft, die Baden-Württemberg stark macht.

Wir werden:

- die Speicherung und Weiterverwendung von CO_2 aus Industrieanlagen als zentrale Klimaschutztechnologie begreifen, ein CO_2-Management mit CCS und CCU einführen, Speicherstätten erschließen und die CO_2-Infrastruktur ausbauen.
- alle verfügbaren Technologien von Wasser über Wind über Sonne und Wasserstoff, neue Generationen der Kernenergie und CO_2-Speicherung bei fossilen Erzeugungsanlagen nutzen.
- alle klimafreundlichen Technologien unabhängig von politischer Popularität gleichwertig behandeln.
- Reallabore und Experimentierräume für Energie- und Klimaschutztechnologien deutlich ausweiten, damit neue Ideen schnell und praxisnah getestet werden können.
- die heimische Erdgasförderung regulatorisch ermöglichen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll und für die Umwelt unbedenklich ist.
- durch technologieneutrale Ausschreibungen und Förderinstrumente einen fairen und offenen Marktzugang für neue Technologien gewährleisten.
- Bildungs- und Forschungsprogramme technologieneutral gestalten und auf alle denkbaren Energielösungen ausrichten.
- das Potenzial der Geothermie als grundlastfähige, wetterunabhängige Energiequelle heben.
- auf E-Fuels als klimaneutrale Alternative zu fossilen Kraftstoffen im Verkehr und als Speicherlösung setzen.
- privates Kapital für die Energiewende mobilisieren, indem wir Investitionen durch klare, langfristige Rahmenbedingungen und gezielte Anreize fördern.
- die Förderung der Plattform Erneuerbare Energien sowie des Solar-Cluster BW beenden.

Kapitel 6: Digitalisierung

Schau’n wir mal, was wird: Riskieren, dass es funktioniert

Wir wollen eine neue Kultur der Verantwortung und Führung auf allen Ebenen, in der Führungskräfte verantwortungsbewusst und pragmatisch entscheiden, statt sich hinter Paragrafen zu verstecken. Dazu stärken wir die kommunale Selbstverwaltung und legen Kompetenzen zusammen. Zusätzliche Kontroll- und Aufsichtsstellen reduzieren wir auf ein Mindestmaß. Die besten Entscheidungen werden dort getroffen, wo sie direkte Auswirkungen haben, und das ist vor Ort. Wir wollen eine Verwaltung, die Fehler als Chance zur Verbesserung sieht und Innovation ermöglicht, statt sie zu verhindern. Und einen Staat, der Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen nicht im Weg steht, sondern ihnen die Freiheit zur Selbstentfaltung gibt.

Ein erfolgreiches und zukunftsfähiges Baden-Württemberg braucht eine öffentliche Hand, die funktioniert und schnell, mutig und pragmatisch Entscheidungen trifft. Durch die Pensionierungswelle verlieren wir in den nächsten zehn Jahren etwa jede fünfte Person im öffentlichen Dienst. Das sind erfahrene und gut qualifizierte Fachkräfte, die künftig fehlen. Diese Tatsache sehen wir als Chance für einen Strukturwandel in der Verwaltung. Wir müssen althergebrachte Strukturen überdenken und konsequent die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Digitalisierung ist kein Software-Update, sondern eine Führungsaufgabe. Dafür schaffen wir ein eigenständiges Ministerium für Digitalisierung und Bürokratieabbau mit klarer Zuständigkeit, starkem Vetorecht und echtem Gestaltungswillen.

Wir wollen die digitale, bürgernahe Verwaltung zum Staatsziel machen. Unser Leitbild ist der schlanke Staat, der es einfach macht und die Bürgerin oder den Bürger von sich aus auf ihr oder ihm zustehende Leistungen hinweist.

Wir werden:

- ein Ministerium für Digitalisierung und Bürokratieabbau einführen, das starke Kompetenzen und Vetorechte hat, Standards setzt und Aufgaben der Digitalisierung der Landesverwaltung und Kommunalverwaltungen sowie der Reform der Verwaltungsstruktur bündelt.
- die Verwaltungsstruktur des Landes grundlegend modernisieren, indem wir ein bis zwei Verwaltungsebenen abschaffen und bis 2035 jede fünfte Stelle in der Verwaltung durch digitale Prozesse und intelligente Automatisierung entbehrlich machen, und dabei menschliche Kompetenz dort einsetzen, wo sie unverzichtbar bleibt.
- eine „Stabsstelle Zukunft BW“ in der Landesregierung einrichten, die neben der digitalen Transformation die strukturellen Reformprozesse koordiniert.
- sämtliche Kontroll- und Aufsichtsstellen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit überprüfen und ggf. abschaffen.
- konsequent zusätzliche Entscheidungs- und Überprüfungsinstanzen im Landkreis oder Regierungspräsidium abbauen und damit die Entscheidungskompetenzen der Kommunen und Landkreise stärken.
- die Aufgabenverteilung zwischen den Landesverwaltungen, ihren Ober-, Mittel- und Unterbehörden sowie den Kommunen anpassen und ggf. sinnvoll zusammenlegen, um Kompetenzen zu bündeln und die Potenziale der Digitalisierung voll zu entfalten.
- Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern und Landkreisen mit

weniger als 150.000 Einwohnern gezielt Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse mit Nachbarkommunen oder -kreisen bieten, um Ressourcen zu bündeln, Doppelstrukturen abzubauen und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

- die angekündigte Staatsreform des Bundes konstruktiv begleiten, um die Stärken des Föderalismus zu nutzen und seine Schwächen zu beseitigen.

Verwaltung wie zu Kaisers Zeiten?

Einfach mal das Auto anmelden, den Personalausweis verlängern oder den Elterngeldantrag stellen? Es könnte so einfach sein, wenn man sieht, wie schnell es bei Banken oder Online-Händlern funktioniert. Zahlreiche Papierformulare in den Amtsstuben sind Ausdruck eines Staates, der zu lange im Gestern verharrt ist. Wir Freie Demokraten wollen das ändern und eine papierlose Verwaltung schaffen, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Zeit, Nerven und Kosten spart. Ausdrucken, Unterschreiben und Scannen? Die Zukunft ist digital.

Das heißt für uns bis 2031: kein Antrag mehr auf Papier, keine Formulare mehr per Post. Stattdessen ermöglichen wir medienbruchfreie digitale Verfahren, die mit wenigen Klicks erledigt sind – und zwar jederzeit, sicher und benutzerfreundlich. Kommunikation mit der Verwaltung soll über Video-Calls genauso leicht sein wie anderswo. Ein Rechtsanspruch auf digitale Bearbeitung macht aus dem guten Willen endlich einen Standard. Papierverfahren schaffen wir ab, sobald ein digitales Verfahren verfügbar ist. Mit dem „80-80-Ziel“ setzen wir den Standard, mit nur 80 Prozent des Personals in 80 Prozent der Zeit die gleichen Aufgaben zu erledigen, und verhindern dadurch einen Verwaltungskollaps. Angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, Ressourcen in analogen Prozessen zu verschwenden. Mit modernen Plattformen, klaren Standards zwischen Land und Kommunen und dem konsequenten Einsatz von Automatisierung und KI bringen wir den Staat aus Kaisers Zeiten ins digitale Zeitalter.

Wir werden:

- eine zentrale Bürger-App für digitale Dienstleistungen des Staates einführen, auf der alle Angelegenheiten erledigt werden können.
- alle Behörden im Land verpflichten, auf digitale Aktenführung umzustellen und die entsprechenden Mittel für die Umsetzung bereitstellen.
- die Vermittlung von Digitalkompetenzen in der Verwaltungsausbildung stärken.
- den zu erwartenden Wegfall von mindestens jeder fünften Personalstelle in der öffentlichen Verwaltung durch eine vollständige Digitalisierung der Antragsprozesse und einen hohen Automatisierungsgrad ermöglichen und durchsetzen.
- das „80-80-Ziel“ als Maßgabe einer Überarbeitung aller Verwaltungsprozesse einführen: Mit maximal 80 Prozent des Personals sollen in höchstens 80 Prozent der Zeit die gleichen Aufgaben erledigt werden können.
- eine Digitalisierungs-Task-Force der Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden einrichten, die Hemmnisse der Digitalisierung von Land und Kommunen findet und beseitigt.
- Fax-Geräte in allen Behörden und Ämtern des Landes verbannen und wo nötig die Rechtsgrundlage für elektronische Kommunikation als Ersatz schaffen.
- die digitale Antragstellung, -bearbeitung und -beantwortung zum Standardfall der Kommunikation zwischen Staat, Bürgern und Unternehmen machen sowie diese als Rechtsanspruch einführen.
- Video-Kommunikation zwischen Behörden, Bürgern und Unternehmen in allen Behörden als Angebot einführen.
- Kommunen aktiv bei der Digitalisierung unterstützen, indem das Land gemeinsam mit ihnen Standards und Prozesse entwickelt,

diese für allgemeinverbindlich erklärt und zur Nutzung anbietet.

- einen Digital-Mut-Bonus einführen, der durch niedrigere Gebühren die Nutzung von Online-Antragsverfahren gegenüber dem Papierverfahren belohnt.

Zwei Mal fragen ist einmal zu viel

Wir Freie Demokraten sagen: Zwei Mal fragen ist einmal zu viel! Wer dem Staat einmal seine Daten gibt, darf erwarten, dass er sie nicht immer wieder neu einreichen muss. Wir wollen ein Verbot von Mehrfachdatenabfragen einführen und damit das Once-Only-Prinzip durchsetzen, eine Grundlage für erfolgreichen Bürokratieabbau.

Weitergedacht erlaubt ein Verbot von Mehrfachdatenabfragen einen Staat als Dienstleister, der aufgrund der Informationen, die ihm vorliegen, voll automatisiert ermittelt, welche Leistungen in Anspruch genommen werden können und in welcher Höhe diese ausfallen. Für die Bürgerin und den Bürger bedeutet das, dass sie nicht mehr die Drehstuhlschnittstelle zwischen verschiedenen Behörden sind. Die Steuererklärung auf dem Bierdeckel wird damit zur Steuererklärung per SMS. Das heißt: weniger Aufwand und mehr Freiheit im Alltag. Für Unternehmen ist es ein Befreiungsschlag von unnötiger Bürokratie durch Wegfall wiederholter Angabepflichten der immergleichen Informationen. Für den Staat bedeutet das: schnellere Entscheidungen und bessere Automatisierbarkeit.

Wir Freie Demokraten wollen dabei, dass jede und jeder selbst bestimmen kann, wer Zugriff auf persönliche Daten erhält und über Zugriffe durch Behörden informiert wird. Das stärkt neben der Zeitersparnis die Transparenz und die Hoheit über die eigenen Daten.

Wir werden:

- bis 2031 die Mehrfacherhebung von Daten, die dem Staat bereits vorliegen, verbieten.
- alle durch das Land ausgestellten Zeugnisse, Zertifikate und ähnlichen Dokumente digital verfügbar und jederzeit abrufbar machen.
- das Once-Only Prinzip auf allen Ebenen der Verwaltung konsequent umsetzen.
- bei sensiblen Informationen und Prozessen auf die Blockchain-Technologie setzen, um eine transparente, sichere und nachvollziehbare Informationsübertragung zu ermöglichen.
- die Grundlagen für eine gemeinsame Datenhaltung von Land und Kommunen schaffen.
- die elektronische Identifizierung (eID) zur Grundlage für den Datenaustausch zwischen Behörden machen.
- für mehr automatisierte Bescheid-Zustellungen sorgen.
- Möglichkeiten zur Autorisierung des Zugriffs auf personenbezogene Daten durch die Bürgerinnen und Bürger einbauen.
- Unternehmen, wie Banken und Versicherungen, die Möglichkeit einräumen, auf im berechtigten Interesse liegende Daten zuzugreifen, sofern der Betroffene dem zustimmt.

Datenschutz ist keine Ausrede fürs Nichtstun

Datenschutz darf keine Fortschrittsbremse sein und Innovation nicht im Weg stehen. Zu lange wurde in unserem Land der Datenschutz als Bremse missverstanden und zu oft als Vorwand genutzt, um digitale Projekte gar nicht erst anzugehen. Wir Freie Demokraten sagen klar: Datenschutz ist wichtige und unabdingbare Grundlage für Freiheit von Datenmissbrauch und Schutz vor Überwachung unserer Bürgerinnen und Bürger durch Staat und Unternehmen. Datenschutz darf kein Fortschrittsverhinderer sein. Richtig gemacht ist er das auch nicht. In allen EU-Ländern gilt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verbindlich und in vielen davon gibt es trotzdem volldigitale Verwaltungen, Unternehmen und Einrichtungen. Das zeigt: Die DSGVO erlaubt vieles, wenn man mutig ist.

Wir begreifen Datenschutz als eine Richtlinie, die einen sorgsamen Umgang mit personenbezogenen Daten fordert und vor Missbrauch der Marktmacht von Konzernen schützt und gleichzeitig vernünftige Lösungen für die Datenverarbeitung erlaubt. Mit diesem pragmatischen Datenschutzverständnis wollen wir unser Land voranbringen, Datenaustausch zwischen Behörden erleichtern und Vereine, Unternehmen, Angestellte sowie Bürgerinnen und Bürger von unnötigen Datenschutzbögen und -hinweisen befreien. Gleichzeitig wollen wir mit Open Data das Wissen des Staates nutzbar machen für Start-Ups und Bürgerinnen und Bürger, um Ideen zu entwickeln oder mehr Transparenz herzustellen. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz wollen wir so umgestalten, dass es Behörden nicht überfordert, aber den Bürgern Auskunftsrechte gibt.

Unser Ziel ist ein digitaler Staat, der den Menschen dient und ihnen nicht im Weg steht.

Wir werden:

- den Datenschutz gleichrangig mit anderen Schutzgütern stellen, statt ihn überzupriorisieren.
- dort eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten schaffen, wo sie bisher behindert wird, z.B. beim Datenaustausch zwischen verschiedenen Kommunen oder Behörden.
- Datenabrufe von Behörden auf der zentralen E-Government-Plattform dem Bürger transparent machen.
- bei Gerichtsverfahren den Datenschutz von Opfern und Zeugen stärken.
- die Zuständigkeiten für die Haltung von personenbezogenen Daten überarbeiten, um mehr Vernetzung und das Once-Only-Prinzip zwischen den Kommunen und den Landesbehörden zu ermöglichen.
- den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) weiterhin dabei unterstützen, Fortbildungen und Beratungen für Kommunen, Unternehmen und Vereine anzubieten.
- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Datenschutzauslegungen der Landes- und des Bundesbeauftragten vereinheitlicht werden, um bundesweit eine gleiche Rechtsauslegung zu erreichen. Auch einer Abschaffung aller Landesbeauftragten zu Gunsten eines Bundesbeauftragten stehen wir offen gegenüber.
- uns auf europäischer Ebene für eine pragmatische Novelle der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einsetzen, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine entlastet.

- das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) so novellieren, dass Auskunftsrechte der Bürger besser gewahrt werden, aber Kommunen vor lähmenden Anfragen geschützt werden.
- mit einem Open-Data-Gesetz Daten des Staates für alle zugänglich, frei nachnutzbar, kostenfrei und maschinenlesbar verfügbar machen.

Strg+Alt+Entf: Beenden, was nicht mehr nötig ist

Wir Freie Demokraten drücken mit unserem Programm den Reset-Knopf. Wir wollen eine Verwaltung, die den Menschen und Unternehmen dient und nicht umgekehrt. Baden-Württemberg braucht einen Neustart statt des Stillstands im Papierstau. Zu viele Vorschriften, zu viel Verwaltungsballast und zu viele digitale Scheinlösungen lähmen unser Land.

Bürokratieabbau bedeutet für Bürgerinnen und Bürger mehr Freiheit zur eigenen Zeitgestaltung, weniger Frust bei Anträgen, mehr Zeit für Familie, Engagement und Eigenverantwortung. Für unsere Unternehmen bedeutet es mehr Freiheit zum Investieren, Entwickeln und Wachsen. Und für den Staat selbst heißt das: effizientere Abläufe, schnellere Entscheidungen mit weniger Personal und digitaler Service.

Mit Mut und Konsequenz schaffen wir die Grundlage für eine agile Verwaltung im 21. Jahrhundert. Vom Bürokratieabbaugesetz über die Abschaffung doppelter Strukturen bis hin zur Legalplanung für große Vorhaben machen wir Schluss mit Zettelwirtschaft und lähmendem Zuständigkeitswirrwarr. Stattdessen setzen wir auf digitale Verfahren, zentrale Ansprechpartner und eine Verwaltung, die mitdenkt.

Unsere Botschaft ist klar: Wer Fortschritt will, muss Ballast abwerfen. Wir Freie Demokraten stehen für ein modernes Land, das Leistung belohnt, Talente entfesselt und Innovationen möglich macht durch eine Verwaltung, die wieder zum Motor wird, nicht zur Bremse.

Wir werden:

- den Normenkontrollrat stärken und seine Vorschläge in einem Gesetz zum jährlichen Bürokratieabbau umsetzen.
- die noch offenen Vorschläge des Normenkontrollrates und der Entlastungsallianz prüfen und umsetzen, denn wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Vollzugsdefizit.
- einen Bürokratiemelder einführen, über den Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen einfach und direkt auf unnötige Vorschriften zentral hinweisen können.
- große und für die Landesentwicklung zentrale Vorhaben durch Legalplanung beschleunigen.
- Ausschreibungsschwellen auf die europa- und bundesrechtlich maximalen Werte setzen sowie auf eine laufende Inflationsanpassung der Schwellwerte drängen.
- auf allen staatlichen Ebenen verwaltungsinterne Zuständigkeiten, Hierarchien und Entscheidungsabläufe effizienter gestalten.
- das Federführungsprinzip bei landkreis- oder regierungspräsidiumsübergreifenden Projekten einführen und so überregionale Projekte vereinfachen.
- Förderprogramme von bürokratischen Datenerhebungen und Nachweispflichten entlasten, digitalisieren und ggf. automatisieren.
- in der öffentlichen Beschaffung für weniger Dokumentations- und Nachweispflichten sorgen.
- hoheitliche Aufgaben ggf. an Beliehene übertragen (z.B. Beleihung der KFZ-Versicherer mit der Aufgabe der KFZ-Zulassung prüfen), um Bürokratie zu reduzieren und die Landratsämter zu entlasten.
- alle Gesetze, die EU-Normen folgen, auf Übererfüllung (sog. “Gold Plating”) überprüfen und eine erkannte Übererfüllung umgehend auf den geforderten Stand zurückführen.

- Verantwortung in den Normungsgremien übernehmen und dadurch den Einfluss von Einzelinteressen auf die Normung eindämmen.
- abstrakte Verweise auf Normen in Gesetzen konsequent streichen.

Gut ausgestattet, statt ausgeliefert: Unabhängig im Netz

Wer frei leben will, muss auch digital frei und unabhängig handeln können. Es geht dabei um nicht weniger als die persönlichen Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, die wir vor fremden Zugriffen und Einflussnahmen schützen wollen. In einer Welt voller digitaler Abhängigkeiten ist für uns Freie Demokraten Souveränität und Vertrauen in unsere digitalen Angebote ein Kernanliegen.
Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg unabhängiger von außereuropäischen Tech-Konzernen zu machen. Wir wollen unsere Daten vor Fremdzugriffen schützen, unsere Verwaltung zuverlässig leistungsfähig halten und damit unseren Innovationsstandort sichern. Dazu setzen wir auf Open Source, heimische Tech-Unternehmen sowie eine souveräne digitale Infrastruktur als strategische Elemente.
Wir wollen gemeinschaftlich für die öffentliche Hand nutzbare Software entwickeln (lassen) und fördern, Standards etablieren und den Staat zum digitalen Vorreiter statt zum Nachzügler machen. Ebenso wollen wir sicherstellen, dass europäische Rechenzentren aufgebaut und genutzt werden, um kritische Datenhaltung unabhängig von außereuropäischen Anbietern zu garantieren. So schaffen wir Freiräume für digitale Eigenverantwortung und technologische Spitzenleistung „Made in Baden-Württemberg“.
Wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Bund und anderen Staaten in der EU mit dem Ziel, uns unabhängig von außereuropäischen Einflüssen zu machen. Staatliche Überwachungen oder an Unternehmen aufgetragene Überwachungen von Chatverläufen und Ähnlichem lehnen wir Freie Demokraten als unzulässige Eingriffe in die Bürgerrechte ab. Wir wollen Freiheit in der Kommunikation vor der Komplettüberwachung „im Namen der Sicherheit“.
Wir wollen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ein digitales Ökosystem, das auf Freiheit, Vertrauen und europäischer Stärke beruht.

Wir werden:

- die Landesverwaltung einem Souveränitätscheck unterziehen, mit dem Ziel, Schwachstellen aufzudecken, bei denen einseitige Abhängigkeiten von ausländischen Anbietern von Software bestehen.
- die Abhängigkeit von einzelnen außereuropäischen Anbietern proprietärer Software reduzieren, indem die IT-Systeme der öffentlichen Hand stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen oder Lösungen heimischer Hersteller bauen.
- Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene anstreben, um die Kosten von Open-Source-Projekten für alle beteiligten Partner zu reduzieren und die Lösungen sicherer zu gestalten.
- mit einer Weiterentwicklung der Multi-Cloud-Strategien den schnellen Austausch von Anwendungen ermöglichen.
- Cloud-Dienste ausschließlich von in Deutschland oder der EU ansässigen Anbietern beziehen.
- den Kommunen die Mitnutzung von souveräner Software des Landes anbieten.
- Kooperationen mit anderen Bundesländern, dem Bund und EU-Staaten bei der Erstellung und dem Betrieb von souveräner Software suchen.
- europäische Rechenzentren zur bevorzugten Basis für staatliche und kritische Datenhaltung machen.

„hallo1234!“: Cybersicherheit ist die Grundlage für Freiheit im Netz

In einer Welt, in der unser Alltag längst digital ist, darf der Schutz vor Cybergefahren kein blinder Fleck bleiben. Cybersicherheit ist Freiheitsgrundlage. Nur wer darauf vertrauen kann, dass eigene Daten und Aktivitäten sicher vor Zugriffen von Fremden sind, kann sich wirklich frei im Netz und darüberhinausbewegen. Cybersicherheit ist für uns Freie Demokraten Teil der öffentlichen Sicherheit und damit Grundvoraussetzung für das Funktionieren unseres Staates und unserer Gesellschaft. Wenn Kommunen lahmgelegt, Unternehmen erpresst oder Daten von Bürgerinnen und Bürgern gestohlen werden, sind nicht nur die Betroffenen in Gefahr, sondern unser aller Freiheit.

Wir räumen auf mit dem Flickenteppich in der Cybersicherheit und stärken die digitale Widerstandsfähigkeit unseres Landes. Mit klaren Zuständigkeiten, einer gestärkten Cybersicherheitsagentur, praxisnahen Sicherheitschecks und moderner Technologie wie Post-Quanten-Kryptographie wehren wir uns gegen Spionage, Sabotage und Kriminalität im Cyberraum. Gleichzeitig unterstützen wir Kommunen, Verwaltung und kleine und mittlere Unternehmen dabei, sich gegen Angriffe zu wappnen.

Wer digitalen Fortschritt will, muss Sicherheit mitdenken. Darum muss Cybersicherheit eine deutlich größere Bedeutung bekommen, als es bisher der Fall ist.

Wir werden:

- digitale Souveränität und Cybersicherheit als Teil der Grundversorgung anerkennen. Cybersicherheit ist öffentliche Sicherheit.
- die Cybersicherheitsagentur als zentrale Sicherheitseinrichtung des Landes im digitalen Raum personell stärken und die Zuständigkeiten in der Cybersicherheit klarer strukturieren.
- eine Aufklärungskampagne „Cybersicherheit“ initiieren.
- einen Cybersicherheitscheck aller Landes- und kommunalen IT-Strukturen durchführen bzw. diesen unterstützen und die Simulation von IT-Cybernotfällen in den Kommunen durch die Cybersicherheitsagentur ausbauen, um die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu testen und zu verbessern.
- bis 2031 Quantenkryptographie und Post-Quanten-Kryptographie (PQC) in sensiblen Bereichen der Landesverwaltung einführen.
- für mehr Hochschulförderung für PQC-Algorithmen sorgen.
- nationale und internationale Kooperationen im Bereich der Cybersicherheit stärken und ausbauen.
- das Prinzip des “Ethical Hacking” einführen: Aufspüren, Aufdecken und Melden von Sicherheitsmängeln bei Landesverwaltung und Kommunen unterstützen und belohnen, statt zu bestrafen.
- ein dauerhaftes Sicherheits-Bounty-Programm für Landesverwaltung und Kommunen einführen, das Hinweisgebern von Sicherheitslücken eine Prämie verspricht.
- Sicherheitsstandards für die IT des Landes und der Kommunen klar definieren und verbindlich machen.
- die Cyberwehr als schnelle Ansprechstelle für kleine und mittlere Unternehmen, die einem Cyberangriff ausgesetzt sind, in die Cybersicherheitsagentur (CSBW) integrieren und landesweit

einführen.

Trial + Erfolg: KI als Staatsbeschleuniger

Baden-Württemberg kann nicht nur Industrieland, sondern auch digitales Innovationsland Nummer eins sein. Wir haben in der Künstlichen Intelligenz (KI) führende Forscher und Unternehmen, deren Innovationskraft wir für unser Land nutzen wollen. Neben der Künstlichen Intelligenz sehen wir auch Robotik als Schlüsseltechnologie, die Baden-Württemberg mit seiner starken Industrie, insbesondere im Automobilsektor, in die Zukunft tragen kann. Deshalb machen wir den Weg frei für mutige Pilotprojekte, praxisnahe Testfelder und eine moderne Förderpolitik vom Klassenzimmer bis zum Rathaus.

Die Innovationsgeschwindigkeit von KI ist so hoch, dass wir uns lange staatliche Planungszyklen nicht leisten können. Wir wollen darum KI flexibel ausprobieren und das Land so weiterentwickeln. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das weniger Warten, mehr Service. Für Unternehmen heißt es weniger Bürokratie, mehr Dynamik. KI und Robotik ersetzen dabei nicht den Menschen, sondern sie unterstützen ihn. Ob in der Verwaltung oder in der industriellen Transformation: intelligente Systeme schaffen Freiräume, beschleunigen Prozesse und sichern Wertschöpfung. Ob bei der Antragstellung, in der Kommunikation mit Behörden oder in der Bearbeitung von Standardverfahren: KI schafft Freiräume, beschleunigt Entscheidungen und verbessert die Qualität staatlichen Handelns.

Mit unserem klaren Bekenntnis zu Forschung, Bildung und Unternehmertum rund um KI wollen wir Baden-Württemberg zum europäischen Leuchtturm für Künstliche Intelligenz machen. KI ist kein Job-Dieb, sondern erlaubt einen stärkeren Fokus auf die wirklich schwierigen Aufgaben. Wir setzen auf Reformwettbewerb, echte Digitalisierung und Vertrauen in Technik.

Unser Ziel ist, Baden-Württemberg zum stärksten Standort für KI in Europa zu machen und mit der Landesverwaltung als Leuchtturm voranzugehen.

Wir werden:

- mutige Pilotprojekte zum Einsatz von KI und Robotik in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Verwaltung unterstützen.
- KI-Testfelder schaffen, in denen neue Technologien rechtssicher und praxisnah erprobt werden, z. B. in Bildung, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Produktion und Verwaltung.
- ein flexibles KI-Budget im Landeshaushalt einführen, mit dem kurzfristig KI-Lösungen für den Testbetrieb finanziert werden können.
- erfolgreiche Pilotprojekte zum Einsatz von KI verstetigen und schnell in die breite Umsetzung bringen.
- ein Förderprogramm für den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung auflegen, um insbesondere den Kommunen bei der Beschleunigung eigener Prozesse zu helfen.
- in eine KI-Exzellenzinitiative an den Hochschulen des Landes investieren und die Gründung einer zehnten Landesuniversität mit dem Schwerpunkt KI in Partnerschaft mit der Wirtschaft anstreben.
- KI-Bildung und Datenkompetenz in Schulen und Hochschulen einführen sowie für gezielte Zuwanderung von KI-Fachkräften sorgen.
- jährlich mindestens 30 Millionen Euro investieren, um Transformationspiloten in Standardanwendungen zu überführen und in der Breite ausrollen zu können.
- eine vertiefte Kooperation mit dem Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) anstreben.

- mit dem Wettbewerb „KI für Reform“ Teams aus Hochschulen, Start-ups und Forschungseinrichtungen dazu aufrufen, mit KI gesetzliche Regelwerke, Verwaltungsprozesse und Zuständigkeitsstrukturen systematisch zu analysieren und strukturelle Redundanzen oder Reformpotenziale automatisiert zu finden.

Schluss mit Tempolimit

Schnelles Internet ist Voraussetzung für modernes Arbeiten, für gute Bildung, für medizinische Versorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Der Zugang zum Netz ist die Grundlage für die Freiheit in unserer Zeit. Deshalb wollen wir Freie Demokraten Tempolimits bei der Datenübertragung hinter uns lassen und Schluss machen mit Funk-löchern, abgehackten Videokonferenzen und Papier. Wir bringen Baden-Württemberg auf die Datenautobahn!

Unser Ziel ist Glasfaser bis in jedes Haus, leistungsstarker 5G- und 6G-Mobilfunk überall und ein digitaler Staat, der einfach funktioniert. Wir wollen Homeoffice ohne Frust, digitalen Unterricht ohne Aussetzer, Telemedizin auf dem Land, unbegrenzte Datenverkehre für unsere Unternehmen und ein Amt, das online rund um die Uhr erreichbar ist. Datenübertragung mit Lichtgeschwindigkeit ist die Grundlage für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Der Zugang zum Glasfasernetz ist für uns Grundvoraussetzung für Teilhabe und volle Entfaltung eigener Freiheiten. Darum ist für uns klar, dass ein Förderprogramm notwendig ist, um den Ausbau dort voranzubringen, wo die Privatwirtschaft nicht tätig wird. Denn wo der Staat clever fördert und den Zugang zu Gigabit ermöglicht, entstehen zukunftsfeste Arbeitsplätze, neue Chancen und mehr Freiheit für jeden Einzelnen. Den eigenwirtschaftlichen Ausbau wollen wir so einfach, schnell und attraktiv wie möglich machen, um den Förderbedarf zu senken.

Wir werden:

- den Ausbau von digitalen Infrastrukturen ins überragende öffentliche Interesse stellen, um ihn zu beschleunigen.
- den eigenwirtschaftlichen Ausbau von Glasfasernetzen durch gute Rahmenbedingungen unterstützen, um den Förderbedarf zu verringern.
- die Ko-Finanzierung der Bundesförderung für den Ausbau von Gigabitnetzen fortführen, erweitern und ausreichend ausstatten.
- eine Lückenschlussförderung für kleinere unterversorgte Gebiete sowohl für ländliche Gebiete als auch Städte einführen.
- ausschließlich echte Glasfasernetze bis ins Gebäude bzw. die Wohnung (FTTB/H) als gigabitfähige Netze anerkennen.
- uns über den Bundesrat und den Beirat der Bundesnetzagentur (BNetzA) für faire Wettbewerbsbedingungen einsetzen und eine schnelle Abschaltung der veralteten Kupfernetze unterstützend begleiten.
- ein Gutscheinmodell (Voucher) für die letzte Meile von Glasfaserhausanschlüssen einführen, um die Vermarktung des eigenwirtschaftlichen Netzausbaus und die Nutzung von Synergien im geförderten Ausbau zu unterstützen.
- den Doppelausbau von Glasfasernetzen durch Anzeigepflichten von Ausbauvorhaben eindämmen.
- den Ausbau des Mobilfunknetzes durch Vereinfachungen von Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- frühzeitig die Weiterentwicklung des 5G-Netzes auf den 6G-Standard unterstützen und Baden-Württemberg zum Mobilfunk-Vorreiter in Deutschland machen.
- den Aufbau von Rechenzentren in Baden-Württemberg unterstützen und diese gezielt zum Verbraucher überschüssiger

erneuerbarer Energien machen.

Democracy & Chill: Teilhabe vom Sofa aus!

Demokratie muss so funktionieren, wie wir leben, also zunehmend digital. Sie lebt vom Mitmachen – und das soll endlich so einfach sein wie eine Online-Bestellung oder ein Videocall mit Freunden.

Wir Freie Demokraten Baden-Württemberg wollen das Versprechen der digitalen Gesellschaft einlösen. Wir wollen, dass demokratische Teilhabe an Entscheidungen keine angestaubte Papierangelegenheit ist. Teilhabe soll für alle möglich sein, unabhängig von Zeit, Ort und technischer Vorerfahrung. Ob vom Sofa aus, unterwegs oder im Rathaus, wir wollen alle Menschen mitnehmen.

Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme nicht nur alle fünf Jahre an der Wahlurne abgeben, sondern regelmäßig Einfluss nehmen können: mit digitalen Petitionen, unkomplizierten Volksanträgen oder sicheren Online-Wahlen als Ergänzung zur Urnen- und Briefwahl. Wir bringen direkte Demokratie ins digitale Zeitalter und damit ins Wohnzimmer, und zwar rechtssicher, barrierefrei und benutzerfreundlich.

Wir werden:

- die Digitalisierung nutzen, um demokratische Beteiligung zu stärken und die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern – durch einfachere Beteiligungsformate, niedrigere Zugangshürden und mehr Transparenz in politischen Abläufen.
- die Unterschriftensammlung für Petitionen, Volksanträge und Volksbegehren um digitale Zeichnungsmöglichkeiten erweitern.
- digitale Wahlmöglichkeiten als Ergänzung zu Urnenwahl und Briefwahl als Pilot einführen.
- eine eindeutige Rechtsgrundlage für Livestreams aus kommunalen Gremiensitzungen schaffen.

Die Zukunft spielt sich hier ab: Games-Branche stärken

Baden-Württemberg hat alles, was es braucht, um Europas führender Standort für Künstliche Intelligenz und Digitalisierung zu werden. Die FDP Baden-Württemberg setzt auf die Games-Branche als Innovationsmotor und Talentschmiede, einen eigenständigen Wirtschaftszweig mit einem stetig wachsenden Markt, der mit Kreativität und Ideenreichtum sehr gut zum Innovationsstandort Baden-Württemberg passt. Die kreativen und digitalen Kompetenzen in den Games-Studios sind zudem wichtig für den gesamten Wirtschaftsstandort: Wo Gaming auf Wirtschaft und Forschung trifft, entstehen nicht nur neue Technologien und Ideen für die Unterhaltungsbranche. Durch diese „Spill-over"-Effekte entsteht nebenbei zusätzlicher und greifbarer Nutzen für Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft.
Ob Lernumgebungen mit Gamification-Ansatz, medizinische Simulationen oder grafische Modelle für den Katastrophenschutz – moderne Games liefern schon heute die Technologie und Ansätze, die wir brauchen, um reale Lösungen mit deutlichem Mehrwert für die Gesellschaft zu entwickeln. Deshalb wollen wir Games nicht als Kulturphänomen und Mittel zum Zeitvertreib behandeln, sondern als das fördern, was sie längst sind: ein starker, eigenständiger Wirtschaftszweig mit enormem Wachstumspotenzial und Chancen für den Fortschritt unserer Gesellschaft.
Mit einer starken Games-Branche bekommen wir neue wirtschaftliche Perspektiven, Chancen für Bildung, Teilhabe und den Aufbau digitaler Kompetenzen. Für Unternehmen bedeutet das: praxisnahe KI-Entwicklung, kreatives Know-how und ein starker Talentpool. Baden-Württemberg wird damit zu einem Land, in dem die digitale Zukunft nicht nur erlebt, sondern gestaltet wird.

Wir werden:

- die Games-Branche in die Digitalstrategie des Landes aufnehmen.
- das Förderprogramm für die Games-Branche vollständig aus der Kulturförderung in die Wirtschaftsförderung überführen.
- die Games-Branche als eigenständigen Wirtschaftszweig anerkennen.
- die Chancen der Technologieentwicklung in der Games-Branche für andere Branchen sehen und nutzen, indem wir Gamification-Forschung stärken.
- die Games-Branche zur Talentschmiede für IT-Expertinnen und -Experten von morgen machen sowie als Innovationstreiber für moderne Technologien verstehen.
- die Schaffung zusätzlicher Studiengänge und Studienfächer im Bereich Games-Entwicklung an den baden-württembergischen Hochschulen fördern und unterstützen.
- dafür sorgen, dass wichtige Game-Awards und -Preise, wie der Deutsche Computer Preis, nach Baden-Württemberg geholt werden.
- e-Sports als Sportart anerkennen und in der Sportförderung den herkömmlichen Sportarten gleichstellen.
- Games-Hubs als wichtige unternehmerische Heimat für Gründerinnen und Gründer entwickeln.
- den Millionen von Online-Gamern eine leistungsfähige digitale Infrastruktur bieten.

Kapitel 7: Bürger und Staat

Alles, was Recht ist – Justiz

Das Recht ist unsere Stärke! Damit das so bleibt, müssen wir es bestmöglich schützen. Dabei ist insbesondere der Landesverfassungsgerichtshof auch für politisch turbulente Zeiten krisensicher aufzustellen.
Rechtsprechung wird akzeptiert, wenn sie schnell und effektiv ist. Deshalb sorgen wir Freie Demokraten für ausreichende Richterstellen in Schwerpunktbereichen wie etwa Asylfragen und stärken den personellen Mittelbau in der Justiz. Wir wollen Innovationen für unser Rechtswesen nutzen, statt nur über ihre Gefahren zu lamentieren. Geeignete KI-Anwendungen können die Justiz unterstützen und entlasten. Elektronische Akten beschleunigen Prozesse. Das gilt insbesondere für die Schnittstelle zu den Ermittlungsbehörden. Sinnvoll erweiterte Möglichkeiten für Videoverhandlungen entlasten alle Prozessbeteiligten.
„Fit machen für morgen“ bedeutet auch, junge Menschen mit zeitgemäßer Ausbildung, ausreichenden Wohnheimplätzen und angemessenen Referendargehältern für Justizberufe zu begeistern. Denn für uns Freie Demokraten ist klar: bei allen technischen Neuerungen und digitalen Hilfen entscheidet am Ende der Mensch.
Auch der Schutz von Justizwachtmeistern und Gerichtsvollziehern, etwa durch stich- und schutzsichere Westen, muss dem Land als verantwortungsvollem Dienstherrn am Herzen liegen. Darüber hinaus ist die berufliche Selbstständigkeit der Gerichtsvollzieher zu wahren. Versuchen, diese durch die Hintertür der IT-Sicherheit zu unterlaufen, widersprechen wir klar.
Im Strafvollzug setzen wir auf ein ausreichendes Angebot an Haftplätzen bei entsprechender personeller Ausstattung. Resozialisierung kann nur gelingen, wenn Gefangene nicht „nur“ verwahrt werden. Daher setzen wir auf eine Stärkung der Arbeitsangebote im Gefängnis mit dem vollzuglichen Arbeitswesen.

Wir werden:
- unser Verfassungsgericht krisensicher aufstellen.
- die Justiz personell verstärken, damit eine schnelle Rechtsprechung möglich ist.
- die Rechtsberufe durch Ausbildungsreformen und Anpassung der Einkommen attraktiver gestalten.
- endlich flächendeckend die elektronische Ermittlungsakte mit einer Schnittstelle zur polizeilichen Akte umsetzen.
- die Anwendung von KI-Tools zur Unterstützung von Gerichten und Staatsanwaltschaften bei der Erfassung und Bearbeitung von Akten voranbringen.
- eine öffentlich einsehbare Datenbank für Gerichtsentscheidungen in anonymisierter Form schaffen. Eine generelle Veröffentlichung stärkt den Standort Baden-Württemberg für die Entwicklung von Legal Tech-Anwendungen.
- das vollzugliche Arbeitswesen als zentrales Element der Resozialisierung sichern und stärken.
- Resozialisierung durch Stärkung der Bewährungshilfe und des Übergangsmanagements ausbauen.

Aber sicher! Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

Sicherheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und eine Gesellschaft, in der Vertrauen, Miteinander und Freiheit wachsen können. Wir Freie Demokraten stehen für eine moderne Innenpolitik, die unsere Bürgerrechte schützt und Kriminalität entschlossen bekämpft, ohne Freiheit durch unnötige Bürokratie und Überwachung zu gefährden.
Wir stehen fest an der Seite der Polizei. Sie ist der verlässliche Partner für Sicherheit, Ordnung und ein freies Leben. Damit sie diese Aufgabe bestmöglich erfüllen kann, wollen wir sie modern ausbilden, mit neuester Technik und personellen Ressourcen ausstatten sowie spürbar von Bürokratie entlasten. So bleibt mehr Zeit für die Präsenz im öffentlichen Raum – sichtbar, ansprechbar und nah bei den Menschen. Wir wollen, dass sich die Menschen auch nachts sicher fühlen können – im ÖPNV und auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Moderne Technik wie KI-gestützte Auswertungssysteme, vernetzte Einsatzsteuerung und Distanz-Elektroimpulsgeräte helfen dabei, Konflikte zu lösen. Innere Sicherheit beginnt für uns mit Prävention. Bildung, Integration und eine starke Zivilgesellschaft sind Schlüssel, um Gewalt, Extremismus und Radikalisierung zu verhindern. Wir stärken Programme, die bereits Kinder und Jugendliche erreichen, wie die „Häuser des Jugendrechts“, ein in Baden-Württemberg initiiertes Erfolgsmodell. Gleichzeitig handeln wir entschlossen gegen organisierte Kriminalität, Hass und Gewalt. Uns schockiert zunehmender Antisemitismus. Jüdisches Leben ist seit über 1.700 Jahren wertvoller Bestandteil der Geschichte und Gegenwart. Für uns sind die Sicherung und der Schutz eines lebendigen und vielfältigen jüdischen Lebens ein wichtiges Anliegen. Wir setzen auf gezielte, rechtsstaatlich gesicherte Maßnahmen, die Freiheit schützen und Vertrauen stärken.

Wir werden:

- mehr Personal, modernste Ausstattung und digitale Unterstützung schaffen für eine starke, bürgernahe Polizei, die unsere Freiheit sichert.
- gezielt Ermittlungsassistenzen einsetzen, damit Polizeikräfte wieder mehr Zeit bei den Menschen und im öffentlichen Raum haben.
- die Auswertung großer Datenmengen durch die baden-württembergische Polizei mittels einer entsprechenden Analyse-Software unterstützen. Allerdings muss sichergestellt sein, dass europäische Datenschutzstandards gewahrt sind, Daten nicht an Dritte abfließen und eine externe Kontrolle stattfinden kann. Wir treten deshalb in einer Landesregierung dafür ein, dass Baden-Württemberg – ggf. im Verbund mit anderen Bundesländern – die Programmierung einer europäischen Softwarelösung ausschreibt und beim Vorliegen dieser die Nutzung von Software des Unternehmens Palantir beendet.
- in die flächendeckende Ausstattung der Polizei mit Distanz-Elektroimpulsgeräten („Taser“) für mehr Sicherheit und Deeskalation einsteigen.
- Femiziden durch frühzeitige Gefährdungsanalysen und koordinierte Schutzmaßnahmen entgegenwirken. Bis zur Einführung einer bundesweiten Regelung im Gewaltschutzgesetz treten wir dafür ein, das Polizeigesetz in Baden-Württemberg so zu verändern, dass auch im Fall von häuslicher Gewalt das Tragen einer elektronischen Fußfessel angeordnet werden kann.

- Präventionsprogramme und die „Häuser des Jugendrechts“ weiter ausbauen, damit auf jugendliches Fehlverhalten unmittelbar reagiert werden kann.
- alle Formen von Extremismus und organisierter Kriminalität konsequent bekämpfen – für ein sicheres, friedliches Zusammenleben.
- die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes verbessern. Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative für eine „Föderalismuskommission III“ ein, mit der insbesondere die Sicherheitsarchitektur in Bund und Ländern klarer strukturiert wird, um bei Bedrohungslagen schneller und effektiver zu agieren.
- verdachtsunabhängig und flächendeckend gegen alle Bürger gerichteten Überwachungsmaßnahmen (wie etwa automatisierte Gesichtserkennungssysteme, die elektronischen Erfassung von sämtlichen Kfz-Kennzeichen an einer bestimmten Stelle oder die anlasslose Vorratsdatenspeicherung des gesamten Telekommunikationsverhaltens aller Bürger) beenden bzw. nicht einführen.
- stattdessen auf grundrechtsschonende Verfahren wie das Quick-Freeze-Verfahren setzen, bei dem Daten nur bei einem konkreten Anlass erhoben werden.
- kritische Infrastrukturen – Energieversorgung, Kommunikationsnetze oder IT- Systeme – wirkungsvoller schützen. Baden-Württemberg soll Vorreiter in der Cyberabwehr sein.
- jüdisches Leben schützen und jeden Antisemitismus konsequent bekämpfen. Wir wollen dazu die Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) umfassend in den staatlichen Behörden etablieren und diese insbesondere zur Grundlage von Fortbildungen in der Justiz und Polizei sowie bei der Vergabe staatlicher Gelder machen.

Sicherheit, auf die Du zählen kannst – Bevölkerungsschutz und Rettungswesen

Stell dir vor: Egal ob in der Stadt, auf dem Land oder mitten im Schwarzwald – im Notfall weißt Du, dass Hilfe schnell bei Dir ist. Für uns Freie Demokraten ist klar: Deine Sicherheit darf nicht davon abhängen, wo du wohnst. Deshalb wollen wir Rettungswachen modernisieren, Rettungswagen und Hubschrauber bedarfsgerecht verteilen und Einsatzkräfte mit modernster Technik ausstatten. Wir wollen unser Rettungswesen fit für die Zukunft machen: Mit digitaler Alarmierung, klaren Einsatzplänen, GPS-gestützter Koordination und innovativen Ersthelfer-Apps, die Leben retten können, noch bevor der Rettungswagen eintrifft. Jede gewonnene Minute rettet Menschenleben – das motiviert uns. Die Fluten von Braunsbach bis Ahrtal und Rudersberg haben gezeigt: Ein funktionierendes, modernes Warnsystem kann Leben retten. Darum setzen wir auf einen klugen Mix aus Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast und Pegelüberwachung. So wird jede und jeder schnell gewarnt – ob bei Starkregen, Blackout oder anderen Krisen. Unsere Kommunen lassen wir damit nicht allein, sondern geben ihnen die nötigen Mittel und einen verlässlichen Rahmen.

Ohne Ehrenamt wäre unser Bevölkerungsschutz undenkbar. Ob Feuerwehr, Katastrophenschutz, Berg- oder Wasserrettung oder Suchhunde – wir wollen Bürokratie abbauen, Haftungsrisiken verringern, Nachwuchs fördern und allen Engagierten die Wertschätzung geben, die sie verdienen. Wer anderen hilft, soll selbst auf beste Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und praxisnahe Ausbildung zählen können.

Wir sorgen dafür, dass Baden-Württemberg auf alle Lagen vorbereitet ist. Mit starker Infrastruktur, klarer Verantwortung und einer Gesellschaft, in der alle mit anpacken können.

Wir werden:

- für ein modernes, rechtssicheres Rettungsdienstgesetz sorgen mit klaren, fairen Regeln und Hilfsfristen, die in Notfällen eingehalten werden können.
- ein landesweites, einheitliches System für Ersthelfer-Apps etablieren.
- verstärkt in Fahrzeuge, Wachen und digitale Technik investieren. Die gesamten Einnahmen der Feuerschutzsteuer müssen bei den Feuerwehren vor Ort ankommen.
- Sirenen, Apps und Messsysteme zügig ausbauen und zu einem starken und digitalen Warnnetz verbinden.
- kontinuierlich Mittel für den Bevölkerungsschutz bereitstellen, damit Sicherheit planbar bleibt.
- die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer anerkannter Hilfsorganisationen rechtlich den Einsatzkräften von Feuerwehr und THW gleichstellen. Wir schaffen landesweit einheitliche Regeln zu Freistellung, Lohnfortzahlung und Entschädigung — auch außerhalb von Katastrophenlagen — und berücksichtigen dabei angemessen die wirtschaftlichen Belange der betroffenen Arbeitgeber, insbesondere der kleineren Unternehmen.
- moderne Lagebilder für kritische Infrastruktur (z.B. Flughäfen, Bahnhöfe, Straßen, Kommunikation) im Zusammenwirken mit dem Bund und den Nachbarländern entwickeln, um auf kritische Situationen schnell und effektiv zu reagieren.

Direkt, digital, innovativ - Demokratie und Bürgerbeteiligung aktuell gemacht

Wir Freie Demokraten stehen für eine lebendige Demokratie, in der die Menschen mehr bekommen als nur das Recht, alle fünf Jahre ein Kreuz zu machen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder spürt: *Meine Stimme zählt, meine Ideen bewegen etwas.* Deshalb öffnen wir die Türen weit: Mit modernen, digitalen Werkzeugen wollen wir Beteiligung so einfach machen wie möglich. Auf allen Ebenen wollen und sollen die Menschen mitentscheiden. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werden wir daher auf Landkreisebene einführen und diese so leicht machen wie Online-Banking: sicher, verständlich und von zu Hause aus möglich. Unsere Vision: Barrierefreie Portale, auf denen alle Informationen, Gesetze und Vorhaben verständlich und zugänglich sind. Kein Aktenberg im Amtszimmer, sondern ein Klick, um zu wissen, was der Staat tut und wie man mitreden kann.

Gerade in einer Zeit, in der sich viele übersehen fühlen, wollen wir zeigen: Mit uns bekommt Baden-Württemberg eine Mitmachkultur, die unkompliziert ist und Spaß macht. Von Bürgerhaushalten, die Menschen vor Ort über Projekte entscheiden lassen, über digitale Ideenplattformen bis zu modernen Bürgerräten, die den direkten Draht zwischen Bevölkerung und Politik schaffen – wir wollen eine neue Lust aufs Mitmachen entfachen.

Vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung und Transparenz der Entscheidungsprozesse sind dabei der Schlüssel zu Vertrauen. Wir wollen einen Staat, der erklärt, was er tut – verständlich, aktuell und für alle auffindbar.

Und wir sorgen dafür, dass unser Parlament schlank bleibt. Wir wollen einen Landtag, der handlungsfähig ist und nicht durch überflüssige Mandate teuer und schwerfällig wird. Effizienz und Bürgernähe gehören für uns fest zusammen.

Wir werden:

- Bürgerbegehren und Volksbegehren vollständig digitalisieren – einfach, sicher und online von überall aus möglich.
- eine zentrale, barrierefreie Plattform für alle staatlichen Informationen, Beteiligungsformate und Petitionen schaffen – verständlich für alle Generationen.
- mehr digitale Beteiligungstools einführen: Bürgerhaushalte und Ideenplattformen, die auch auf kommunaler Ebene Mitsprache ermöglichen.
- die Jugendbeteiligung im Land stärken, durch Strukturierung und bessere Verknüpfung der verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten.
- die direkte Wahl der Landräte durch die Bürgerinnen und Bürger möglich machen.
- eine gesetzliche Grundlage für die interkommunale und kreisweite Kinder- und Jugendbeteiligung schaffen.
- verbindliche barrierefreie Standards für alle Online-Angebote der Verwaltung setzen, damit Teilhabe für alle Wirklichkeit wird.
- auf schlanke Verfahren, klare Zeitpläne und nachvollziehbare Entscheidungen setzen, damit Bürgerbeteiligung nicht im Bürokratiedschungel stecken bleibt. Wer sich beteiligt, soll spüren: *Meine Stimme bringt etwas voran.*
- die Anzahl der Landtagswahlkreise von 70 auf 38 verringern, damit es ein Parlament in XXL-Größe mit unnötig vielen Abgeordneten nicht geben kann und dadurch unnötige Mehrkosten verhindern.

Stark vor Ort – unsere Kommunen

Unsere Städte und Gemeinden sind das Herzstück unseres Zusammenlebens und machen unser Land lebens- und liebenswert. Hier wachsen Kinder auf und machen ihre ersten Schritte auf dem Spielplatz, hier finden Menschen ihre Heimat, schließen Freundschaften in der Nachbarschaft und gestalten ihre Gegenwart und Zukunft.
Doch viele Kommunen stoßen finanziell an ihre Grenzen. Wichtige Investitionen in Bildung, moderne Infrastruktur, Klimaschutz und digitale Angebote dürfen daran nicht scheitern. Wir Freie Demokraten wollen, dass jede Stadt und jede Gemeinde wieder gestalten kann, statt den Mangel zu verwalten.
Deshalb wollen wir die Finanzkraft unserer Kommunen gezielt stärken. Statt starrer Förderprogramme brauchen die Verantwortlichen vor Ort mehr Freiraum, um zu entscheiden, ob die neue Kita gebaut, die Turnhalle modernisiert oder der Dorfplatz neugestaltet wird. Wir vertrauen darauf, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was gebraucht wird.
Wir wollen Bürokratie abbauen und Kommunen von unnötigen Vorschriften und langwierigen Antragsverfahren befreien. So bleibt mehr Zeit, sich um das zu kümmern, was wirklich zählt: gute Schulen, intakte Straßen, schnelles Internet, lebendige Ortskerne und ein aktives Vereinsleben.
Gerade auch der ländliche Raum soll stark bleiben: mit guter medizinischer Versorgung, schneller digitaler Anbindung und attraktiven Angeboten für Familien, Jugendliche und Senioren. Dafür braucht es starke Partnerschaften zwischen Land und Kommunen, getragen von Respekt und Vertrauen.

Wir Freie Demokraten stehen für Städte und Gemeinden als Orte voller Tatkraft, Ideen und Zuversicht – für alle Generationen und für ein Baden-Württemberg, in dem man gerne lebt und seine Heimat findet.

Wir werden:

- eine faire und starke Kommunalfinanzierung mit ausreichenden Landeszuweisungen gewährleisten.
- für die Städte und Gemeinden unnötige Vorgaben abschaffen und Entscheidungsspielräume öffnen.
- Investitionen in moderne Schulen, nachhaltige Infrastruktur und digitale Angebote ermöglichen.
- interkommunale Projekte und moderne Verwaltungsmodelle besser unterstützen.
- einen Zukunftspakt für starke ländliche Räume mit gleichwertigen Chancen im ganzen Land schließen.

Leistungsfähige Verwaltung durch einen attraktiven Öffentlichen Dienst

Ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst ist eine Durchsetzung von Recht und die Organisation unseres Staates nicht möglich. Die öffentliche Verwaltung hat sich aber in den letzten Jahren in alle Lebensbereiche ausgebreitet – auch in solche, wo sie aus liberaler Sicht nichts zu suchen hat.

Das wollen wir ändern und das ist auch notwendig. Denn der Staat ist auf allen Ebenen gar nicht mehr in der Lage, das notwendige Fachpersonal zu finden, um die sich selbst zugeschusterten Aufgaben zu bewältigen. Überdies ist der zunehmende Druck, aber auch die steigende Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes kein Anwerbeplus. Vergangene Verschlechterungen und ausgebliebene Versprechungen der aktuellen Regierung tun ihr Übriges, warum alle Ebenen der Verwaltung immer schwerer Fachkräfte finden.

Wir werden:

- endlich Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte einführen.
- mittels der Ruhendstellung von Widersprüchen die Möglichkeit schaffen, rechtliche Auseinandersetzungen über die Besoldung so aufzulösen, dass Betroffene nicht in Klagen gegen ihre Dienstherren gezwungen werden.
- von verfassungsrechtlich zweifelhaften Modellen wie der Anrechnung eines fiktiven Partnereinkommens Abstand nehmen.
- die Anrechnungsgrenze für die Beihilfeberechtigung der Ehepartner laufend anpassen.
- auch in Zukunft eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich vorsehen.
- die Besoldungsstruktur so neu justieren, dass sie den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird.
- eine Einheitsversicherung, sog. Bürgerversicherung weiterhin ablehnen.

Chancen nutzen, Ordnung schaffen – Migration und Integration

Baden-Württemberg lebt von Vielfalt. Menschen aus aller Welt haben unser Land geprägt, aufgebaut und stark gemacht – in Betrieben, Klassenzimmern, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Wir brauchen jede helfende Hand. Damit Zuwanderung gelingt, braucht es klare Spielregeln, schnelle Verfahren und einen Staat, der für Ordnung sorgt. Wer vor Krieg, Verfolgung oder Gewalt flieht, soll schnell und unbürokratisch Schutz bekommen. Wer keinen Anspruch auf Schutz hat, muss unser Land verlassen. Nur so werden Vertrauen in unser Asylsystem geschaffen, Kommunen entlastet und gelungene Integration ermöglicht.

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Einwanderungssystem, das kluge Köpfe und fleißige Hände anzieht. Das Punktesystem nach kanadischem Vorbild, das dank der FDP 2023 eingeführt wurde, muss mit Leben gefüllt und gerade auch in Baden-Württemberg aktiv genutzt werden. Die Verfahren müssen vollständig digitalisiert und zwischen allen staatlichen Ebenen vernetzt werden. Bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland können qualifizierte Dienstleister aus dem Inland unterstützen, damit Baden-Württemberg zum Magneten für Fachkräfte aus aller Welt wird.

Integration bedeutet nicht nur Ankommen, sondern Mitmachen: Wer hierbleiben will, muss sich zu unserem Grundgesetz bekennen, unsere Sprache lernen, unsere Freiheit und unsere Werte achten – und seinen Lebensunterhalt verdienen. Integration gelingt nicht durch Ideologie, sondern durch Chancen: verbindliche Sprachkurse, sofortiger Zugang zu Arbeit und Ausbildung, gezielte Qualifizierung. Gleichzeitig gilt: Wer unsere Regeln missachtet oder das Asylsystem missbraucht, darf keine dauerhafte Bleibeperspektive erwarten.

Wir werden:

- die verwaltungstechnische Umsetzung des von der FDP in der Bundesregierung durchgesetzten Einwanderungsgesetzes beschleunigen. Wir wollen talentierte und fleißige Fachkräfte für unsere Wirtschaft. Unternehmern und Fachkräften dürften seitens der Verwaltungsbehörden in Baden-Württemberg, insbesondere den kommunalen Ausländerämtern, keine unnötigen Hürden in den Weg gelegt werden. Wir wollen einen Ansprechpartner in Baden-Württemberg im Sinne eines One-Stop-Shops schaffen.
- es den Menschen leicht macht, hier zu arbeiten.
- die Anerkennung ausländischer Ausbildungen verbessern.
- mit Genehmigungsfiktionen und großzügigen Übergangsregelungen hohen und höchsten Bildungsabschlüssen den Aufenthalt insbesondere für Gründungsvorhaben, etwa im Anschluss an Promotionen, erleichtern, um hier entwickelte Potenziale im Land zu halten.
- schnelle, faire Asyl- und Asylgerichtsverfahren unterstützen und ausreisepflichtige Personen konsequent rückführen.
- Plätze für Abschiebungshaft zur Sicherstellung der Rückführungen zügig ausbauen.
- einen Verbleib von Menschen ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die direkte Rückführung von dort sicherstellen.
- alle Verfahren – vom Visum bis zum Aufenthaltstitel – voll digitalisieren und vernetzen.

- Integration durch Sprache, Arbeit und Werte fördern: verbindliche Kurse, direkter Zugang zu Jobs, klares Bekenntnis zum Grundgesetz.
- dafür sorgen, dass eine Arbeitserlaubnis für ganze Branchen oder Tätigkeiten direkt in einer Region erteilt werden kann.
- die Kapazitäten für Saisonarbeiter erweitern und die Voraussetzungen und Verfahren vereinfachen.
- uns für den wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und die Angleichung der Verfahren innerhalb der EU sowie rechtskonforme nationale Grenzkontrollen einsetzen.

Leb doch, wie du willst

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg frei entscheiden können, wie sie leben, wen sie lieben, was sie lernen, wo sie arbeiten und wie sie ihre Familie gestalten. Vielfalt ist für uns kein Schlagwort, sondern gelebte Realität. Jeder soll sein Leben selbstbestimmt nach seinen eigenen Vorstellungen führen dürfen – ohne Bevormundung durch Staat oder Gesellschaft.
Wir wollen ein Land, in dem junge Menschen ihre Träume verwirklichen, Frauen gleiche Chancen haben und niemand wegen Geschlecht, Herkunft, Religion, Identität oder einer körperlichen oder geistigen Einschränkung ausgegrenzt wird. Jede und jeder soll überall dabei sein können – in Kita, Schule, Beruf, Freizeit und Kultur. Daher wollen wir Barrieren abbauen, inklusive Angebote ausbauen und flexible Hilfen fördern. Wer Unterstützung braucht, soll sie unbürokratisch bekommen.
Wir setzen auf echte Wahlfreiheit: bei Bildung, Beruf, Familie, Partnerschaft, Wohnen und Pflege. Wer Beruf und Familie vereinen will, soll auf flexible Betreuung, gute Bildung und faire Arbeitsbedingungen bauen können. Wer eine Gründung wagt oder ein Ehrenamt übernimmt, soll Rückenwind bekommen.

Wir Freie Demokraten wollen ein Baden-Württemberg, das alle Menschen ermutigt, Verantwortung zu übernehmen – für sich selbst und für andere. Wir vertrauen auf Vernunft, Toleranz und Eigenverantwortung, nicht auf Bevormundung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Unterschiede nicht trennen, sondern bereichern.

Wir werden:

- gleiche Chancen für Frauen in Ausbildung, Beruf und Führung garantieren – durch faire Arbeitsbedingungen und flexible Betreuungsangebote.
- uns für Wahlfreiheit bei Betreuung und Pflege und echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen und dabei Angehörige von betreuungsbedürftigen Personen stärken.
- die Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ausbauen und Teilhabe für Menschen mit Behinderung sichern.
- junge Menschen bei Ausbildung, Gründung und Wohnen unterstützen – durch weniger Hürden und größere Freiräume.
- unter Bündelung vorhandender Kräfte eine "Task-Force-Jugend" einrichten, die die jugendpolitischen Themen Ministerien übergreifend bearbeitet und miteinander verzahnt.

Stärken, würdigen, vernetzen – Ehrenamt fördern heißt unser Land stärken

Wir Freie Demokraten wollen ein Baden-Württemberg, in dem freiwilliges Engagement selbstverständlich möglich ist – überall, für alle Generationen und in allen Lebenslagen. Das Ehrenamt ist nicht nur der Kitt, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft: Von der Fußballtrainerin, die Kinder zum Sport motiviert, über den Freiwilligen, der Nachbarn unterstützt, bis hin zu den Einsatzkräften bei Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz, die Leben retten – ihr Einsatz macht unser Land so lebens- und liebenswert.
Wir wollen, dass jeder, der anpackt, auch spürt, was er zurückbekommt: Wertschätzung, Unterstützung und bestmögliche Bedingungen. Ehrenamt darf kein bürokratischer Hindernislauf sein, sondern soll Freude machen, Gemeinschaft stiften und Menschen zusammenbringen.
Wir wollen, dass Ehrenamt Spaß macht und zum modernen Leben passt. Deshalb schaffen wir flexible Formen des Mitmachens, unterstützen digitale Werkzeuge für Vereine und Initiativen und investieren gezielt in Fortbildung, Ausstattung und moderne Kommunikationswege.
Die Ehrenamtskarte wollen wir zu einem echten Vorteilsausweis weiterentwickeln: unkompliziert, digital, von den Kommunen mitgestaltet und getragen, damit sie spürbar für die Engagierten vor Ort ist, etwa durch Vergünstigungen wie den Zugang zu lokalen Freizeit- und Kulturangeboten.
Wir wollen, dass ehrenamtliches Engagement Türen öffnet: für junge Menschen beim Studium, beim Berufseinstieg oder bei Bewerbungen. Wer Verantwortung übernimmt, soll dafür Anerkennung und konkrete Vorteile erhalten. Ehrenamt gehört ins Zeugnis, in den Lebenslauf – und in den Alltag an Schulen und Hochschulen.

Wir werden:

- eine moderne, digitale Ehrenamtskarte mit echten Vorteilen einführen – unbürokratisch, freiwillig und attraktiv für Kommunen und Engagierte.
- einen umfassenden Bürokratiecheck für bestehende Regelungen durchführen, damit wir Hindernisse für Engagement konsequent abbauen.
- mit digitaler Infrastruktur, Schulungen und Tools zeitgemäßes Ehrenamt ermöglichen.
- klare Anreize setzen: Ehrenamt im Bildungsweg berücksichtigen, anrechnen und steuerlich besserstellen.
- eine landesweite Engagement-Strategie entwickeln, die auch jungen Menschen, Müttern und Vätern sowie Senioren moderne, flexible Mitmach-Angebote macht.

Medien als Garant für Freiheit, Vielfalt und Qualität – für alle Generationen

Die Menschen in Baden-Württemberg sollen auch künftig auf starke, vielfältige und unabhängige Medien bauen. Wer für uns Freie Demokraten stimmt, wählt Qualität statt Fake News. Wir stehen für unabhängigen Journalismus, der Missstände aufdeckt, Hintergründe erklärt und Debatten ermöglicht – fundiert, faktenbasiert und fair.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich wieder stärker auf seine Kernaufgabe konzentrieren: Information, Bildung, Kultur und regionale Identität. Wir wollen ein schlankes Programm, bei dem die Macher in hochwertige Inhalte statt in teure Sportrechte investieren, die Menschen von jung bis alt informieren und zusammenbringen. Auch private Medienmacher, lokale Radio- und Fernsehsender, unabhängige Zeitungen und mutige Start-ups sichern die Vielfalt. Sie brauchen Spielräume statt Bürokratie, faire Wettbewerbsbedingungen statt erdrückender Kosten. Wir Freie Demokraten schützen Zusteller und Redaktionen vor teuren Sonderlasten. Wir wollen, dass Journalistinnen und Journalisten gut ausgebildet werden – praxisnah, modern, auch mit Blick auf neue Formate. Wir wollen Kinder und Jugendliche stark machen für die digitale Medienwelt. Medienkompetenz gehört in die Schule, damit jeder lernt, Fakten von Meinung zu unterscheiden und Manipulation zu erkennen. Kultur und Kunst bereichern die Medienwelt. Künstlerinnen und Künstler sollen von ihrem Schaffen leben können, ohne dass ehrenamtliche Feste und Märkte an überzogenen GEMA-Gebühren zugrunde gehen. Im digitalen Raum wollen wir Regeln, die verhindern, dass internationale Plattformen auf Kosten unserer Kreativen, Redaktionen und Medienschaffenden Gewinne machen. Wer Inhalte verbreitet, muss für deren Wert einstehen – fair, transparent und rechtssicher.

Wir werden:

- die Empfehlungen des Zukunftsrats umsetzen: Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schlanker, fokussierter und bürgernäher gestalten.
- den Lokaljournalismus stärken – mit fairen Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie.
- globale Internetplattformen wirksam regulieren: für fairen Leistungsschutz, wirksamen Schutz geistigen Eigentums und klare Verantwortung gegen die Verbreitung von Hass und Lügen.
- die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten modernisieren und fördern – mit Blick auf neue Medienformate und praxisnahe Qualität.
- Medienbildung an Schulen und Volkshochschulen stärken, damit alle Generationen souverän mit digitalen Informationen umgehen können.

Kapitel 8: Forschung und Technologie

Campusland Baden-Württemberg – Wissen wächst, wenn man es lässt

Unsere Hochschulen sind Innovationszentren für die Zukunft: offen, international und leistungsorientiert. Wir vernetzen sie eng mit Partnern in Europa, öffnen englischsprachige Studiengänge und integrieren Angebote der Virtuellen Hochschule Bayern. So werden grenzüberschreitendes Lehren und Forschen zur Selbstverständlichkeit und Baden-Württemberg zum Magneten für Talente aus aller Welt.

Ein durchgängiger Bildungsweg, der bereits in der Schule ansetzt, sichert die Studienkompetenz künftiger Generationen. Zusätzlich schaffen wir Freie Demokraten verlässliche Karrierewege: Mit definierten Karrierepfaden (Tenure-Track-Professuren) und einer Erweiterung des Promotionsrechts auf die DHBW stärken wir Forschungsambitionen und offene Aufstiegsmöglichkeiten – unabhängig vom Hochschultyp oder Standort.

Damit Spitzenleistungen gedeihen, sorgen wir für lebensnahe Rahmenbedingungen. Bezahlbarer Wohnraum in Kooperation mit Studierendenwerken, gezielte Förderung studentischer Innovationsprojekte und eine kontinuierliche Evaluation von Studienverläufen bieten die nötige Unterstützung. Psychische Gesundheit und Wohlbefinden stehen dabei im Fokus, denn nur wer sich frei entfalten kann, bringt Ideen voran.

So lassen wir in Baden-Württemberg eine Campuslandschaft entstehen, die Wissen nicht reglementiert, sondern beflügelt und unser Land zum führenden Forschungs- und Studienstandort Europas macht.

Wir werden:

- bestehende Hochschulstandorte insbesondere im ländlichen Raum gezielt unterstützen und strukturell fördern.
- uns dafür einsetzen, mehr englischsprachige Studienprogramme und Module in den Curricula unserer Hochschulen zu verankern.
- für eine bessere Versorgung mit studentischem Wohnraum sorgen.
- um dem Lehrermangel an den Grund- und Hauptschulen und an den Sonderpädagogischen Einrichtungen zu begegnen, für diese Schulzweige bedarfsgerecht weitere Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen schaffen.
- mit dem Freistaat Bayern Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, dass sich Baden-Württemberg an die Virtuelle Hochschule Bayern anschließt, sodass zeit- und ortsunabhängige Studienangebote im Land gestärkt werden können.
- die Rolle privater Hochschulen anerkennen, sicherstellen, dass sie von staatlichen Förderprogrammen profitieren können, und ihre Kooperationen mit staatlichen Hochschulen gezielt fördern.
- Anreize für die Herausbildung von hochschulspezifischen fachlichen Schwerpunkten, insbesondere mit Verknüpfung an regional starke Industriezweige setzen, z.B. durch besondere Berücksichtigung bei Förderprogrammen.
- strategische Zukunftslabore an Hochschulen einrichten für Themen wie KI, Robotik, Quantencomputing oder synthetische Biologie.
- den Digitalisierungsschub der Hochschulen verstetigen – durch eine verlässliche Finanzierung und den Ausbau von Blended Learning (Kombination aus Präsenz- und Online-Lehre) sowie MOOCs (offen zugängliche Online-Kurse für viele Teilnehmer).
- das Promotionsrecht für die Duale Hochschule Baden-Württemberg über den Promotionsverband BW zugänglich machen.

- die Cooperation-Schule-Hochschule (cosh) stärken, um die Studierfähigkeit der Abiturienten zu verbessern und den Übergang zwischen Schule und Hochschule zu erleichtern.
- gezielt ausreisewillige US-amerikanische Forscherinnen und Forscher, oder solche exzellenten Bewerber, die bisher für Forschung und Studium in die USA eingereist wären, für baden-württembergische Einrichtungen anwerben.

Forschung ist Zukunft – wir investieren in kluge Köpfe

Forschung ist der Herzschlag unserer Gesellschaft: Sie entfacht Innovation, schafft Wohlstand und gestaltet unsere Zukunft. Baden-Württemberg soll zum strahlenden Leuchtturm Europas für Wissenschaft und Technologie werden – ein Ort, an dem internationale Spitzenforscher sich zuhause fühlen, an dem sie Repressionen entkommen und an dem Ideen frei von ideologischen Zwängen gedeihen. Forschende wollen und sollen forschen.

Dafür wollen wir Freie Demokraten den bürokratischen Ballast abschütteln. Anträge, Berichte und Vorgaben dürfen nicht zum Hindernis für kreative Spitzenleistungen werden. Unsere landesseitige Forschungsförderung gestalten wir schlanker, sachorientiert und konsequent an Exzellenz wie an konkretem Wissenstransfer ausgerichtet.

Mit Innovationsgutscheinen schlagen wir die Brücke von Labor zu Markt und unterstützen Gründerinnen und Gründer auf ihrem Weg zur Marktreife. In Schlüsselbereichen wie Mobilität, Gesundheit, Künstlicher Intelligenz und Quantentechnologie entstehen leistungsstarke Innovationscampus — Freiheitszonen mit minimalem Verwaltungsaufwand und maximalem Potenzial.

Parallel stärken wir unsere Universitäten im bundesweiten Exzellenzwettbewerb, damit Baden-Württemberg auch künftig Weltspitze in Forschung bleibt. So schaffen wir einen Wissenschaftsstandort, der Neugier fördert, Freiräume öffnet und Ideen den Raum gibt, unsere Welt nachhaltig zu verändern.

Wir werden:

- Baden-Württemberg als Wissenschaftsstandort weltweit bekannter machen, um eine Sogwirkung auf internationale Talente zu haben.
- den Zeit- und Personalaufwand für Forschungsanträge und Dokumentationspflichten durch den Abbau von Bürokratie reduzieren.
- das Förderangebot der Innovationsgutscheine fortsetzen und ausbauen.
- den Einsatz von Blockchain für transparente Forschungsentscheidungen prüfen.
- für eine ideologiefreie Ausgestaltung von landesseitigen Förderprogrammen sorgen.
- die Innovationscampusmodelle zu bürokratiearmen und gründungsfreundlichen Freiheitszonen weiterentwickeln. Ein Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung muss über bestehende Cluster hinaus wirtschafts- und anwendungsnahe Sicherheitsforschung stimulieren und vernetzen.
- die Universitäten dabei unterstützen, weiterhin herausragende Erfolge bei der Exzellenzstrategie des Bundes zu erzielen.
- die medizinische Forschung durch die bessere Bereitstellung von Daten, beispielsweise über verbesserte Schnittstellen zwischen den Krankenhausinformationssystemen (KIS) an den Universitätskliniken, sowie durch beschleunigte Genehmigungsverfahren in den Regierungspräsidien verbessern.

- in engem Austausch mit den Hochschulen die landesrechtlichen Voraussetzungen für international wettbewerbsfähige Hochschulstrukturen und Personalentwicklungskonzepte schaffen.
- die Mobilität innerhalb des Wissenschaftssystems vereinfachen, Rahmenbedingungen für den personellen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessern und faire Möglichkeiten zur Be- und Entfristung wissenschaftlicher Stellen schaffen.

Mut zur Gründung – Mut zur Zukunft

Universitäre Ausgründungen sind das Rückgrat künftiger Innovationen: Hier verwandeln sich wissenschaftliche Erkenntnisse in marktfähige Lösungen. Baden-Württemberg soll zum Leuchtturm für Gründungsgeist an den Hochschulen werden. Wir Freie Demokraten setzen alles daran, dass exzellente Forschungsergebnisse und visionäre Konzepte schneller und unbürokratisch den Weg in den Markt finden.

Deshalb fördern wir den Ausbau von Wagniskapital und stärken Programme wie „Junge Innovatoren“, um Ideen in unternehmerische Realität zu übersetzen. Innovationszentren und Inkubatoren an unseren Hochschulen vernetzen wir enger und statten sie mit den Ressourcen aus, die Gründerinnen und Gründern den entscheidenden Vorsprung verschaffen. Universitäten sollen selbst und unkompliziert als Investoren und Partner am Erfolg ihrer Spin-offs beteiligt sein können.

Parallel dazu digitalisieren wir Gründungsprozesse und schaffen One-Stop-Shops – zentrale, digitale Anlaufstellen, über die Gründer alle Behördenwege gebündelt in einem Portal erledigen können –, damit der Weg von der Idee bis zum Start-up nicht an Formularbergen scheitert. Auf die Verankerung von Unternehmertum und Gründen im Curriculum wollen wir hinwirken, damit keine gute Idee verloren geht, weil der Mut oder die Kenntnisse fehlen.

So entsteht im „Campusland Baden-Württemberg“ ein Gründungsökosystem, in dem unternehmerischer Wagemut belohnt, unterstützende Strukturen selbstverständlich und Hochschulen zu aktiven Mitgestaltern einer prosperierenden Zukunft werden.

Wir werden:

- die Investitionen in Forschung und Entwicklung durch Unternehmen stärken, denn der Löwenanteil der Investitionen kommt aus der Wirtschaft.
- die Verfügbarkeit von Wagniskapital verbessern durch staatlich kofinanzierte Spin-off-Fonds und private Beteiligungsmodelle.
- unbürokratische und schnelle Gründungen ermöglichen, beispielsweise durch die Einrichtung eines One-Stop-Shops für Gründungen, zentrale Online-Stellen, über die alle Behördengänge gebündelt und automatisch abgewickelt werden können.
- die Beteiligungsmöglichkeiten der Hochschulen an Ausgründungen verbessern, um den Start-Ups Geld zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Hochschulen am Erfolg der ausgegründeten Firma teilhaben zu lassen.
- Ausgründungen mit einem landesweit einheitlichen, transparenten und innovationsfreundlichen IP-Standard vereinfachen und damit Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beschleunigen.
- das erfolgreiche Förderprogramm “Junge Innovatoren” weiter ausbauen.
- die Innovationszentren und Inkubatoren der Hochschulen unterstützen und sie stärker miteinander verzahnen.
- Gründergeist durch entsprechende Inhalte im Studienangebot entfachen.
- Entrepreneurship-Kompetenzen bereits in der Schule vermitteln, u. a. durch eine verstärkte Kooperation mit entsprechenden außerschulischen Initiativen.
- Forschung und Technologiepolitik als strategische Zukunftsgestaltung verstehen und Trends aktiv setzen.

- Public-Private-Partnerships wie die NXGTN-Startup-Factory fördern.
- digitale Bildungsangebote mit flexiblen Zertifikatskursen für lebenslanges Lernen entwickeln.
- gezielt berufserfahrene Fachkräfte für Gründungen aktivieren, die ihren Erfahrungsschatz in eine Zweitkarriere als Gründer einbringen wollen und die Start-up BW Acceleratoren entsprechend aufstellen.
- Gründungstätigkeit als gleichwertige Kernaufgabe der Hochschulen neben Forschung und Lehre verankern - systematisch, sichtbar und praxisorientiert als zentraler Pfeiler für den Wohlstand von morgen.

Innovation braucht Freiheit – und den politischen Willen

Forschung lebt von Freiheit – ohne sie gibt es keine Innovation, keinen Fortschritt und keine offene Debatte. Wir Freie Demokraten stehen fest an der Seite der Wissenschaft und verteidigen ihre Unabhängigkeit gegen ideologische Bevormundung, politische Einflussnahme und wachsendes Meinungsklima. Forschung braucht nicht nur Freiheit nach innen, sondern auch Schutz nach außen. Wissenschaftsspionage, insbesondere aus autoritären Staaten wie China und dem Iran, und ausländischer Einflussnahme auf unsere Hochschulen werden wir klar entgegentreten.

Cancel Culture und informellem Druck zur Political Correctness treten wir entschlossen entgegen. Wir wollen eine echte Wissenschaftskultur, in der Fragen gestellt, Widerspruch geäußert und neue Wege gedacht werden dürfen. Dazu gehört auch: Die Verteidigungsforschung muss ohne ideologische Schranken möglich sein – durch die Streichung der Transparenzklausel im Landeshochschulgesetz und den Abbau hochschuleigener Zivilklauseln.

Wir denken Forschung nicht in Verboten, sondern in Möglichkeiten. Deshalb stehen wir neuen Technologien und Erkenntnissen grundsätzlich offen gegenüber – mit Neugier, Mut und Verantwortung. Unsere Vision ist eine vielfältige und freie Hochschullandschaft mit klaren Profilen, KI-Exzellenz und Stiftungsprofessuren – Baden-Württemberg als Leuchtturm für Forschung und Innovation.

Wir werden:

- Verteidigungsforschung im Land ohne ideologische Hürden ermöglichen, indem wir die Transparenzklausel aus dem Landeshochschulgesetz entfernen und auf die Streichung bestehender (hochschuleigener) Zivilklauseln hinwirken.
- Wissenschaftsspionage sowie ausländischer Einflussnahme auf unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft klar entgegentreten durch praxisnahe Sensibilisierungsangebote zu Forschungssicherheit und den Ausbau der China-Kompetenz, insbesondere an Standorten mit sicherheitsrelevanten Forschungsthemen.
- eine Ombudsperson für die Wissenschaftsfreiheit an jeder Hochschule als Vertrauens- und Ansprechperson für eine gelebte Wissenschaftsfreiheit etablieren.
- Technologien von morgen nicht mit Ängsten von gestern bewerten.
- die Vielfalt der Hochschullandschaft erhalten und klare Profile stärken, sodass Universitäten als Zentren der Grundlagenforschung, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und die DHBW als praxisorientierte Partner für Innovation und Transfer dienen.
- in eine KI-Exzellenzinitiative an den Hochschulen des Landes investieren und die Gründung einer zehnten Landesuniversität mit Schwerpunkt KI zusammen mit der Wirtschaft anstreben.
- gemeinsam mit der Wirtschaft ein Programm ‚Stiftungsprofessuren für Innovationsbereiche' entwickeln, das gezielt Forschung und Lehre in Zukunftsfeldern stärkt.
- die Innovationsförderung konsequent auf Themenfelder konzentrieren, in denen vorhandene wissenschaftliche

Exzellenz, industrielle Kompetenz und globale Marktchancen
zusammenkommen.

Exzellenz braucht Substanz – planbare Finanzierung für starke Hochschulen

Exzellente Hochschulen brauchen eine solide finanzielle Grundlage. Wir Freie Demokraten stehen für eine verlässliche, langfristig planbare Hochschulfinanzierung. Die bestehenden fünfjährigen Finanzierungsverträge wollen wir fortführen und gemeinsam mit den Hochschulen weiterentwickeln, um besser auf die wachsenden Herausforderungen, neue Forschungsaufgaben und strukturelle Risiken reagieren zu können.
Gleichzeitig setzen wir auf Fairness und Eigenverantwortung: Eine maßvolle spätere Beteiligung aller Studierender über nachgelagerte Studienbeiträge stellt für die Qualität zusätzliche Mittel bereit – ohne soziale Hürden. Damit stärken wir die finanzielle Ausstattung der Hochschulen breiter und gerechter als durch Gebühren, die nur ausländische Studierende betreffen.
Unsere Hochschulgebäude und Unikliniken stecken in einem gewaltigen Sanierungsstau, der entschlossenes Handeln erfordert. Deshalb bringen wir eine landesweite Sanierungsoffensive auf den Weg und sichern die notwendige Co-Finanzierung bei gemeinsamen Bauvorhaben mit dem Bund.
Forschung und Lehre an Hochschulen für angewandte Wissenschaften brauchen verlässliche Strukturen. Wir wollen den akademischen Mittelbau dort gezielt stärken – mit zusätzlichen Stellen, wenn Professorinnen und Professoren durch Promotionen und Forschungsprojekte gebunden sind.

Starke Wissenschaftsstandorte sind ein zentraler Pfeiler unseres Innovationslandes. Wir Freie Demokraten investieren in Qualität, Verlässlichkeit und Zukunftsfähigkeit – für Bildung, Forschung und Fortschritt in Baden-Württemberg.

Wir werden:

- eine zuverlässige Hochschulfinanzierung durch fünfjährige Verträge fortführen, sie aber gemeinsam mit den Hochschulen weiterentwickeln, um Herausforderungen und Risiken besser abzudecken.
- die Hochschulautonomie ausweiten und die Wahl von Studiendekanen auch für akademische Mitarbeiter mit Lehrverpflichtung öffnen.
- den Grundfinanzierungsanteil baden-württembergischer Hochschulen wieder schrittweise steigern und auf eine Erhöhung der DFG-Programmpauschale unter angemessener Beteiligung der Länder hinwirken.
- insbesondere den Verfügungsrahmen bei Professorenstellen prüfen, um Anreize für forschungsaktive Berufungen zu setzen und faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Hochschulen zu schaffen.
- eine kraftvolle Sanierungsoffensive für die Hochschulen und Universitätskliniken auf den Weg bringen.
- die Professoren der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWen) für Promotionsbegleitungen und Forschungstätigkeiten bei ihrem Lehrdeputat zeitlich entlasten.
- den akademischen Mittelbau an den HAWen stärken, indem wir einen Stellenausgleich schaffen für die Professoren, die durch Promotionsbegleitung und Forschungstätigkeit gebunden sind.
- die Co-Finanzierung des Landes bei gemeinsamen Bauvorhaben mit dem Bund nach Art. 91b Grundgesetz sicherstellen.
- im Sinne eines Generationenvertrags eine maßvolle spätere Beteiligung aller Studierenden an den Kosten für nachlaufende Studienbeiträge gestalten.

Kapitel 9: Gesundheit

Starke Gesundheit – starke Gesellschaft

Die höchste Form der Freiheit ist ein langes, gesundes, selbstbestimmtes und selbstständiges Leben. Deshalb setzen wir auf Prävention, Gesundheitsförderung und -kompetenz. Diese fördern wir und wollen die Menschen für die eigene Gesundheit begeistern. Dadurch entsteht mehr Lebensfreude, und wir entlasten unser Gesundheitswesen.

Unser Leitbild in der ambulanten Versorgung bleibt die Freiberuflichkeit.

Machen wir es jungen Medizinerinnen und Mediziner wieder einfacher, eine Praxis zu gründen oder zu übernehmen. Die Zutaten liegen auf der Hand: eine angemessene Vergütung für ärztliche und zahnärztliche Leistungen sowie eine Entbürokratisierung und Vereinfachung der bestehenden Prozesse wie einfachere Zulassungsverfahren. Zu den Risiken und Nebenwirkungen gehören Budgetierungen und Regresse mit existenziellen Risiken. Mutige Reformschritte wie etwa die Delegation von Leistungen unterstützen wir ausdrücklich. Viele Ärztinnen und Ärzte arbeiten heute in Anstellung und in Teilzeit. Dafür sind ergänzende Angebotsstrukturen wie etwa Gesundheitszentren interessante Optionen. Die freie Therapiewahl ist uns im Sinne der Patientensouveränität wichtig. Dazu gehören für uns auch Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker.

Gesundheit kostet Geld, wir lösen die Finanzierung des Gesundheitswesens allerdings nicht mit einer Einheitsversicherung. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die Private Krankenversicherung (PKV) sind zwei zen-trale Säulen unseres Gesundheitssystems.

Wir werden:

- das Förderprogramm Landärzte nicht nur, aber auch für den kinderärztlichen Bereich weiterentwickeln und Projekte für eine stärkere Vernetzung unseres Gesundheitswesens fördern, idealerweise unter medizinischer Leitung, wie z.B. hausärztliche Primärversorgungszentren, interdisziplinäre Gesundheitsnetzwerke, lokale Gesundheitshäuser oder regionale Gesundheitszentren.
- einen „Pakt für die kinder- und jugendärztliche Versorgung“ organisieren. Das bundesweite Vorzeigeprojekt Frühe Hilfen, mit dem sektorenübergreifend Vernachlässigung bei Kindern entgegengewirkt werden soll, ist ein Paradebeispiel für sinnvolle Prävention. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Arbeit der Kinderärztinnen und Kinderärzte dafür auch entsprechend honoriert wird.
- die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern.
- digitale Behandlungsangebote stärken.
- uns dafür einsetzen, dass Pilotprojekte wie das Versorgungskonzept HÄPPI“ (Hausärztliches Primärversorgungszentrum – Patienten-versorgung Interprofessionell) des Hausärzteverbandes Eingang in die regelhafte Behandlung finden.
- uns dafür einsetzen, dass die Krankenkassen ihre Gesundheitsstrategie mit einem Schwerpunkt auf Diabetes weiterentwickeln und uns für gute Rahmenbedingungen einsetzen.
- Praxisbegehungen in Arzt- und Zahnarztpraxen nur noch anlassbezogen durchführen.
- die Rahmenbedingungen für Hebammen und Heilmittelerbringer (Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie, Podologie) verbessern. Die meisten Länder verlangen kein Schulgeld für die Berufe der

Heilmittelerbringer. Schulgeldfreiheit ist auch uns wichtig.

- den öffentlichen Gesundheitsdienst als wichtige Säule und sektorenübergreifendes Bindeglied des Gesundheitswesens stärken.

Verlässlich, vernetzt, versorgt – vom Notruf bis zur Medizinspitzenforschung

Das Netzwerk aus Universitätskliniken, Krankenhäusern, Rettungsdienst und ambulanter Versorgung im Land ist das tragende Fundament der Gesundheitsversorgung – es verbindet Spitzenmedizin, regionale Grundversorgung und schnelle Notfallrettung. Wir verfügen über Universitätskliniken in Heidelberg und Mannheim, Freiburg, Tübingen und Ulm – hervorragende Zentren der Spitzenmedizin. Als Forschungs- und Ausbildungszentren spielen sie eine Schlüsselrolle für medizinische Innovation und Fachkräfte. Digitale Innovationen, Telemedizin und Künstliche Intelligenz bieten neue Perspektiven im Gesundheitswesen, ersetzen aber nicht unsere hervorragend ausgebildeten Gesundheitsfachkräfte inkl. neuer nicht-ärztlicher Berufsbilder.

Die Vernetzung von Gesundheitsleistungen – vom Rettungsdienst bis zu den Universitätskliniken - wird zunehmend wichtiger, auch für die Patientensteuerung. Schließen Sie mal die Augen und stellen sich vor, Sie rufen zuerst in der Gesundheitsleitstelle an. Dort werden Sie kompetent über die weiteren medizinischen Möglichkeiten und Schritte beraten. Eine passgenaue Beratung gewährleistet einen sehr effizienten Einsatz unserer medizinischen Ressourcen. Wir setzen den Rettungsdienst für die wirklichen Notfälle ein. Die Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes wollen wir evaluieren, auch mit Blick auf die Situation der Notfallambulanzen.

Wir werden:

- uns dafür einsetzen, dass die Länder weiterhin für die Landeskrankenhausplanung zuständig bleiben und den Landeskrankenhausplan weiterentwickeln, um Versorgungsregionen in Baden-Württemberg zu gestalten. Dabei soll die Ausrichtung hin zu einer stärkeren Ambulantisierung, Patientensteuerung, Entbürokratisierung, Digitalisierung, sektoren- und bundesländerübergreifenden und telemedizinischen Versorgung bis hin zur Integration von Hospital-at-home-Technologien berücksichtigt werden und der Grundsatz der Vielfalt der Krankenhausträger bestehen bleiben. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Pionierland für die Nutzung neuer Möglichkeiten häuslicher Versorgung als Ersatz oder Verkürzung stationärer Aufenthalte entwickeln.
- uns für eine Verbesserung der Finanzierung für unsere Kliniken einsetzen. Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz enthält wichtige Elemente für eine Neuausrichtung der Krankenhausstrukturen. Allerdings besteht Nachbesserungsbedarf.
- die Investitionskostenförderung transparenter gestalten.
- uns für eine gute, flächendeckende Frühgeborenen-Versorgung in Baden-Württemberg einsetzen.
- das Rettungsdienstgesetz inkl. der Luftrettung des Landes Baden-Württemberg wie beschrieben weiterentwickeln.
- anstatt der Landärztequote mit dem Ausbau des Landärzteprogramms dafür sorgen, dass wir gezielt Studierende in fortgeschrittenen Semestern für eine Tätigkeit im ambulanten Bereich fördern und in diesem Bereich eine Selbstständigkeit unterstützen.
- die Ausbildungsbedingungen im Praktischen Jahr (PJ) verbessern.

Gesundheitswirtschaft im Ländle – aber hallo!

Die Gesundheitswirtschaft spielt in Baden-Württemberg eine zentrale Rolle, sowohl hinsichtlich Beschäftigung, Wertschöpfung, als auch Innovation und Versorgungssicherheit. Schon gehört? Über eine Million Arbeitsplätze zählt die Gesundheitswirtschaft inkl. Versorgung, Pflege und Rehabilitation. Technologische Trends wie KI, Gen- und Zelltherapien, E-Health sowie gesellschaftliche Herausforderungen wie Demografie, Klimawandel und Ressourcendruck prägen die Zukunftsagenda der Gesundheitswirtschaft.
Für uns Freie Demokraten ist klar: wir brauchen gute Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen. Die letzte Bundesregierung hat mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz gute Impulse gesetzt, dass Gesundheitsdaten besser für die Forschung und Versorgung nutzbar gemacht werden können. Patientinnen und Patienten erwarten heute zurecht, dass ihre Gesundheitsdaten für ihre Behandlungen zur Verfügung stehen.

Gesundheit und Freiheit gehen Hand in Hand. Daher wollen wir unsere Freiheit in den eigenen Händen behalten. Medizinprodukte „Made in Baden-Württemberg“ sind dafür ein wichtiger Pfeiler, den wir Freie Demokraten aktiv schützen werden – für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Wir werden:

- unser Land als Standort der pharmazeutischen Unternehmen stärken. Es muss eine Strategie zur Grundstoff- und Arzneimittelproduktion im Land und in der EU geben, um bei Unterbrechungen der Lieferketten handlungsfähig zu bleiben.
- darauf hinwirken, dass die freiberuflichen, inhabergeführten Apotheken vor Ort durch faire Wettbewerbsbedingungen, angemessene finanzielle Rahmenbedingungen und Entbürokratisierung auch zukünftig in der Lage sein werden, ihren flächendeckenden Versorgungsauftrag wahrzunehmen. Kleinteilige Regulierungen sind nicht mehr zeitgemäß. So sollte Apotheken nicht wegen Formfehlern die Erstattung der Arzneimittel verwehrt werden, wodurch ein erhebliches wirtschaftliches Risiko entstehen kann. Gerade im Hinblick auf Medikamentenengpässe brauchen wir flexiblere Regelungen. Apotheken vor Ort können einen wichtigen Beitrag für eine niederschwellige Gesundheitsversorgung leisten, z.B. in der Prävention.
- unser Land als herausragenden Standort für Rehabilitation stärken und z.B. die Ausbildung von Gesundheitsberufen ermöglichen.
- die Versorgung und Forschung für Post Covid-, Long-Covid und ME/CFS-Erkrankte (Myalgische Enzephalomyelitis bzw. das Chronische Fatigue-Syndrom) im ambulanten und stationären Bereich sowie in der Rehabilitation stärken.
- die Unterschiede der Frauen- und Männergesundheit im Gesundheitswesen stärker berücksichtigen und erforschen.
- uns dafür einsetzen, dass die Gesundheitsdatennutzung durch das Landesprojekt MEDI:CUS auch für die Telematikinfrastruktur mit allen dazugehörigen Bestandteilen, wie ePA und E-Rezept, anwendbar ist, und wir keine Parallelstrukturen aufbauen.

Nah am Menschen – Pflege gestalten

Menschen wollen und sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer häuslichen Umgebung leben können, soziale Kontakte aufrechterhalten und ihren Alltag weiterhin möglichst selbstständig bewältigen. Häufig leisten Angehörige dafür eine großartige und zeitintensive Unterstützung und Pflege im häuslichen Umfeld. Dafür sind wir wie die Betroffenen auch sehr dankbar, wissen jedoch, dass Familien und Angehörige Entlastung benötigen. Dazu bedarf es der Bündelung verschiedener Versorgungsformen in einem Pflegenetzwerk - mit ambulanten Pflegediensten, mit Tagespflege, mit Betreuungskräften aus dem In- und Ausland, mit Angehörigen, aufsuchender Pflegeberatung sowie bürgerschaftlichem Engagement.

Was uns Freie Demokraten umtreibt, ist neben der Finanzierung und der Fachkräftegewinnung die zunehmende Regulierung der Pflege. Wir haben den Eindruck, dass die Bürokratie immer stärker durch eine Kultur des Misstrauens geprägt wird. Drehen wir den Spieß um und sorgen für eine Vertrauenskultur. Im Vertrauen darauf, dass die Fachleute in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen – und zum Beispiel auch mit weniger als drei Spülbecken in einer Wohngemeinschaftsküche auskommen, was ja zu Hause auch klappt. Geben wir auch neuen Konzepten eine Chance wie etwa stationärer Versorgung mit ambulanten Elementen oder der Orientierung der Pflegebegutachtung auf den häuslichen Bereich. Mut brauchen wir auch für eine tragfähige Pflegefinanzierung. Stichworte sind u.a. Förderung privater Vorsorge, Prävention, Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen, Pflegeberatung. Deshalb wollen wir Freie Demokraten mitgestalten – nah am Menschen.

Wir werden:

- den Landespflegeplan aus dem Jahr 2010 neu auflegen.
- Doppelstrukturen bei Qualitätsprüfungen und Heimbegehungen von Medizinischem Dienst und Heimaufsichtsbehörden abbauen.
- das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz samt Verordnungen bedarfsgerecht novellieren, entbürokratisieren und uns dafür einsetzen, dass keine weiteren Pflegeplätze wegfallen. Leitlinie ist der Schutz pflegebedürftiger und behinderter Menschen. Wichtig sind uns die Heimbewohner-Mitwirkungsrechte sowie eine praxisnahe Ausgestaltung. Zudem wollen wir einen guten Mix aus ambulanten und stationären Wohnangeboten und pragmatische Lösungen.
- die Möglichkeiten von Modellvorhaben nach § 123 SGB XI nutzen und neue Versorgungsformen erproben.
- digitale und alltagsunterstützende Technologien und Dienstleistungen in der Pflege stärker zum Einsatz bringen.
- den Ausbau von Kurzzeitplätzen fördern.
  - die besondere Situation von Familien mit pflegebedürftigen Kindern in den Blick nehmen. Wohnortnahe Versorgung und familienentlastende Angebote benötigen regionale Versorgungsstrukturen.
- in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit eine Imagekampagne für Gesundheitsberufe starten. Dabei wollen wir auch die Pflegeschulen und die Lehrkräfte in den Blick nehmen.
- die Änderungen der Unterstützungsangebote-Verordnung auf Praxistauglichkeit prüfen und bei Bedarf aufheben.
- uns dafür einsetzen, dass die Pflege mehr Kompetenzen und Vergütung erhält, insbesondere durch die immer stärkere Anzahl an

akademisch ausgebildeten Pflegekräften. Den Landespflegerat wollen wir stärker in die pflegepolitischen Themen einbinden.

- an der bewährten Hospiz-Versorgung festhalten.

Barrieren abbauen – Teilhabe aufbauen!

„Nichts über uns ohne uns“ ist der Leitgedanke der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland gilt. Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam daran arbeiten, dass alle Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstbestimmt und gleichberechtigt miteinander leben und teilhaben können. Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir Freie Demokraten träumen nicht von Inklusion – wir machen es einfach! Teilhabe für alle zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir Freie Demokraten wissen, dass der Weg langwierig und oft steinig ist. Das schreckt uns nicht ab – im Gegenteil! Schritt für Schritt, mit Augenmaß und Pragmatismus verfolgen wir den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Es geht um ein Miteinander im Kindesalter, auf Spielplätzen, in Kita und Schule, bei der Arbeit und in der Freizeit.

Eine umfassende Barrierefreiheit ist die Grundlage für eine gelingende Teilhabe. Barrierefreiheit ist mehr als nur abgesenkter Bordstein und Aufzug. Es geht auch um einfache Sprache, Gebärdensprache und barrierefreie digitale Angebote. Teilhabe bedeutet, überall mitmachen zu können und niemanden auszuschließen. Teilhabe bedeutet, beteiligt zu werden. Dazu braucht es Mut für Veränderungen. Wir alle können dazu beitragen: Nur eine Gesellschaft, die Barrieren abbaut, kann Teilhabe ausbauen – und damit echte Inklusion leben. Davon profitieren wir alle.

Wir werden:

- die viel zu aufwändige Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes pragmatischer ausrichten, zum Beispiel durch landesweit einheitliche Antragsformulare. Wir wollen, dass die notwendigen Leistungen zur Teilhabe bei den Menschen mit Behinderungen ankommen und nicht im Bürokratie-Dschungel verschwinden. Wir werden dabei die regionale Versorgungssituation von Menschen mit besonderen Teilhabebedarfen analysieren, einschließlich des Kurzzeitwohnens und familienentlastender Angebote.
- die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und die Förder- und Betreuungsbereiche flexibler ausgestalten sowie die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme bei Unternehmen und Organisationen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Ausbildung im Arbeitsbereich in den WfbM möglich ist.
- Barrierefreiheit im Sinne einer umfassenden Teilhabe als Querschnitt in der Landespolitik verankern - auch die digitale Teilhabe.
- die Wohnungsbauförderung inklusiver und barrierefreier gestalten.
- Menschen mit Behinderungen stärken, sich an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen. Wir schätzen die Arbeit der Selbsthilfeverbände behinderter Menschen. Deren Wissen und Erfahrung helfen der Politik, kluge Lösungen zu finden.
- uns dafür einsetzen, dass das Land mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigt und die Beschäftigungsquote erfüllt.
- das MZEB (Medizinisches Zentrum für Erwachsene mit komplexen Behinderungen) ausbauen und damit den Übergang von der Kinder- zur Erwachsenenmedizin gestalten.

Soziale Stärke hat ihre Heimat in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist wirtschaftlich stark und innovativ. Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Unser Land gehört auch zu den Pionierregionen sozialer Einrichtungen. Diese Tradition prägt die starke Stellung freigemeinnütziger und freier Träger in der Soziallandschaft Baden-Württembergs bis heute. Wussten Sie, dass das Großherzogtum Baden beispielsweise zu den deutschen Ländern gehörte, die sehr früh Fürsorgepflichten des Staates gesetzlich verankerten?

Wir Freie Demokraten haben uns stets im Bewusstsein von Freiheit und Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt eingesetzt und auch mitgewirkt, dass das in unserer Landesverfassung verankert wurde: „Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land.“ Eine gute Sozialpolitik setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und in den Ballungszentren. Dazu gehören neben unseren sozialen Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen u.a. auch Nahversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsdienste und Schulsozialarbeit. Und was braucht es noch? Wir meinen: Sozialräume stärken, Ehrenamt fördern, Teilhabe und Konzepte gegen Einsamkeit ermöglichen. Sozialpolitik ist eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir werden:

- mit dem Kinderchancenportal Baden-Württemberg die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets digital und niederschwellig zugänglich machen für alle Kinder, die Sozialleistungen beziehen. Dies erlaubt eine breitere Teilhabe in Vereinen, an außerschulischen Bildungsangeboten und in der Gemeinschaft. Zudem gelingt es so, Bundesmittel unbürokratisch und zielgenau dort hin zu leiten, wo Jugendarbeit und gesellschaftliches Engagement besonders wirksam sind.
- kommunale bürgerschaftliche Initiativen für ein soziales und solidarisches Gemeinwesen fördern, um Teilhabe im Alter aktiv zu gestalten und Einsamkeit zu vermeiden, z.B. präventive Hausbesuche.
- die Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften weiterentwickeln im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden über die Integration der 137 Ausländerbehörden.
- die Auswirkungen des Betreuungsorganisationsgesetzes für die ehrenamtliche und berufliche Betreuung im Land überprüfen und das Betreuungswesen insgesamt stärken. Dazu gehört auch, rechtliche Betreuungen durch effiziente Nutzung bestehender Beratungs- und Hilfsangebote zu reduzieren bzw. zu vermeiden.
- das Bestattungsgesetz im Dialog mit den Kommunen prüfen, ob die Kommunen mehr Freiräume erhalten.
- die kommunalen Hilfeleistungen, Sucht-, Schuldner- und psychosoziale Beratung stärker unterstützen, auch im Sinne der Stärkung der Prävention.
- den Ausbau niedrigschwelliger Suchthilfeangebote wie Kontaktläden und Drogenkonsumräume unterstützen.

- innovative Wege der Wohnungslosenhilfe fördern und die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft ausbauen.
- die Selbsthilfe als wichtige Säule bürgerschaftlichen Engagements stärken.

Zusammenhalt braucht alle Generationen

„Gemeinschaft ist Leben füreinander“. Dieses Zitat von Dietrich Bonhoeffer trifft es auf den Punkt. Familien, Freundeskreise, Vereine oder Dorfgemeinschaften sind wichtige Formen, in denen Menschen gegenseitig voneinander profitieren. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist so etwas wie der „soziale Kitt“, der eine Gemeinschaft trägt.

Für uns Freie Demokraten beginnt die Verantwortung nicht erst mit staatlichem Handeln. Sie beginnt in der Familie. Sie ist die Keimzelle, der Ursprung der Gesellschaft und für uns deshalb besonders schützenswert. Die Freiheit der Familien in jeder erdenklichen Form ist unser Herzensanliegen. Von dort aus geht Verantwortung weiter im Berufsleben, in den Schulen, Vereinen und der Nachbarschaftshilfe.

Wir Freie Demokraten sehen dabei viel Potenzial für Menschen mit großer Lebenserfahrung. Wir stehen für einen flexiblen Renteneintritt, der vor allem auch die längere Erwerbstätigkeit ermöglichen und befördern soll. Wir sehen aber auch die gesellschaftliche Verantwortung der Menschen, die aus dem Erwerbsleben in einen neuen Lebensabschnitt eintreten. Deren Potenzial wollen wir weiter für die Gesellschaft erhalten, fördern und nutzen.

Wir werden:

- die digitale Teilhabe älterer Menschen fördern.
- die Kommunen bei ihrer generationenübergreifenden Quartiersstrategie unterstützen und das ehrenamtliche Engagement stärken.
- Kinderschutz und Schutz gegen Gewalt an Frauen sowie Opferschutz als einen Schwerpunkt der Sozial- und Gesellschaftspolitik verankern. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden setzen wir uns für eine flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen sowie Kinder- und Frauenschutzhäusern ein. Wir verbessern auch die Versorgungssituation mit Angeboten und Schutzräumen für Männer.
    - ein Landesförderprogramm zur anteiligen Kostenübernahme zur Kinderwunschbehandlung umsetzen, um die zusätzliche Bundesförderung zugänglich zu machen. In einem familienfreundlichen Baden-Württemberg dürfen Familien, die medizinische Unterstützung benötigen, um ihren Kinderwunsch zu erfüllen, nicht schlechter als in anderen Ländern gestellt sein.
- uns dafür einsetzen, dass wir eine gute Versorgungssituation mit Schwangerschaftsberatungsstellen und Praxen für einen Schwangerschaftsabbruch im Land haben.
    - uns für einen fairen Lastenausgleich zwischen dem Bund, der vom Unterhaltsrückgriff profitiert, und den Kommunen, die ihn ausführen müssen, einsetzen. Die geringe Rückgriffquote im Unterhaltsvorschuss ist eine Gerechtigkeitsfrage für Trennungsfamilien und belastet die öffentlichen Haushalte.
- die Förderprogramme des Landes auf ihre langfristige Umsetzung überprüfen und entsprechend verändern oder beenden und darauf

achten, bei Gesetzen die direkte und nachhaltige Förderung der Kommunen und Kreise einer Mischfinanzierung vorzuziehen.

Krise als Chance – Gesellschaft im Wandel stärken

Der berühmte Satz von Theodor Heuss: „Demokratie ist nicht bequem, aber sie ist verteidigungswürdig“ bringt es auf den Punkt: Freiheit und Verteidigung sind keine Gegensätze, sondern stehen in einer Schutzbeziehung. Elementar wichtig ist eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur. Unsere Hilfsorganisationen sind leistungsfähig und verfügen über eine hervorragende Kompetenz – über das Hauptamt bis hin zu vielen ehrenamtlich Engagierten. Und wir antworten mit einem klaren „Ja“ für eine starke Bundeswehr, die in unserer Gesellschaft fest verankert ist.

Zentral für die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft ist das Vertrauen ineinander, in unsere eigene Stärke – in die Institutionen und in die Wissenschaft. Dennoch – allein wird der Staat nicht alles leisten können – Unternehmen, Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir machen mit – für unsere Demokratie und für unsere Freiheit!

Wir werden:

- die Corona-Maßnahmen und -Verordnungen auf ihre Wirkung bewerten und den Pandemieplan zukunftsfest weiterentwickeln. Es hat sich gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn das Land die Verordnungen bis ins kleinste Detail regelt. Dabei stellen wir sicher, dass die Maßnahmen bezüglich ihrer gesellschaftlichen Folgewirkungen verhältnismäßig sind. Ausgangssperren und Schulschließungen etwa halten wir nicht für verhältnismäßig.
- den Zivil- und Katastrophenschutz stärken und dabei u.a. auch den inklusiven Katastrophenschutz und die dezentralen Standorte des Technischen Hilfswerks berücksichtigen (z.B. barrierefreie Evakuierungspläne und Berücksichtigung von vulnerablen Gruppen).
- die Krisenfestigkeit des Gesundheitswesens und die Prävention stärken. Hitze ist ein Gesundheitsrisiko - Hitzeaktionspläne helfen.
- in der Landeskrankenhausplanung die Versorgung im Verteidigungsfall berücksichtigen und das Bundeswehrkrankenhaus in Ulm mit einbeziehen.
- den Unterrichtsbesuch von Jugendoffizieren der Bundeswehr in allen Schulformen im Land ab der Klassenstufe 8 ermöglichen, um unseren Kindern sicherheitspolitische Bildung praxisnah zu vermitteln.
- das Freiwillige Soziale Jahr stärken, gerade auch für Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes und die kommunale Krisenvorsorge.
- jegliche Form des Extremismus ablehnen und uns für eine wehrhafte Demokratie einsetzen.
- Maßnahmen entwickeln, um der zunehmenden Zahl an Gewaltdelikten in Arztpraxen, in Kliniken und bei unseren Hilfsorganisationen entgegenwirken.

Kapitel 10: Kultur und Religion

Kirchen und Religionsgemeinschaften – schützen, was trägt und verbindet, bekämpfen, was spaltet und gefährdet

Die Freiheit, zu glauben oder nicht zu glauben, das Recht „nach der eigenen Façon selig zu werden“ verstehen wir als zentrales Freiheitsrecht unserer Gesellschaftsordnung, das Liberale über Jahrhunderte hinweg politisch erstritten und seit jeher verteidigt haben. Daher sind und bleiben wir Freie Demokraten verlässlicher Partner der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Menschen Orte und Gelegenheiten ermöglichen an denen verbindende Werte und Traditionen weitergegeben und weiterentwickelt werden. Wir schätzen den unverzichtbaren Beitrag, den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und ihre Werke und Institutionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, durch ihre Seelsorge in Bundeswehr und Polizei und Krankenhäusern und mit ihren Beratungsstellen für unsere gesamte Gesellschaft leisten. Darüber hinaus leisten sie durch das Erhalten ihres kulturellen Erbes in Musik, Kunst und Gebäuden einen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs und bringen ihre gewachsenen Traditionen und Perspektiven ein.

Als Freie Demokraten sind wir einer toleranten und freien Gesellschaft verpflichtet. Daher stellen wir uns auch konsequent jeder Art von religiösem Zwang und jeder religiösen Bewegung entgegen, die die Werte und das Recht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung missachtet oder bekämpft, die zur Polarisierung in der Gesellschaft beiträgt und insbesondere gegen alle, die Antisemitismus tolerieren oder fördern.

Wir werden:

- mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften Baden-Württembergs auf Augenhöhe zusammenarbeiten und ihre Rolle als kritische Partner des gesellschaftlichen Diskurses bewahren.
- den Religionsunterricht an unseren Schulen erhalten und inhaltlich stärken. Konfessionsverbindende Modelle – wo gewünscht – unterstützen wir.
- einen staatlich organisierten, auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden und den Werten der Aufklärung verpflichteten islamischen Religionsunterricht, der religiöser Radikalisierung und der Bildung von Parallelgesellschaften vorbeugt, voranbringen und die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der dafür notwendigen Lehrkräfte schaffen.
- flächendeckenden Ethik-Unterricht ab Klasse 1 – in Ergänzung zum konfessionellen Religionsunterricht – einführen.
- den Schutz des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg kompromisslos durchsetzen und klare Kante gegen jede Form von Antisemitismus zeigen.

Kreative Vielfalt – Spiegel unseres Landes Baden-Württemberg – Kulturland in Vielfalt und Freiheit

Musik und darstellende Künste begleiten und verschönern unseren Alltag. Ob in Form von Kunstwerken und anderen visuellen Darstellungen, in Form von Theatern, Tanz oder Ballett, oder in Form von Chören und Orchestern, Konzerten, der Playlist oder dem Radio schenken sie uns Freude und sind zugleich aber als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände auch Anregungen zum Nachdenken und zum Verstehen. In ihnen erleben wir die Gegenwart, erfahren Geschichte und Kultur und sehen, wie sie heute erzählt wird. Durch sie wird sichtbar und hörbar, was oft unausgesprochen bleibt.

In einer sich immer stärker polarisierenden Welt ermöglichen sie Verständigung über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg. Unsere Orchester, Chöre und Tanz- und Theaterensembles – zumeist und wesentlich getragen durch ehrenamtliches Engagement – stehen für Gemeinschaftssinn, für Leidenschaft, Geduld und Disziplin, für eine Gesellschaft die sich für andere zu verstehen geben und miteinander klingen will. Sie stärken Empathie und Dialogbereitschaft – Voraussetzungen für Freiheit in einer Gesellschaft.

Die große Vielfalt, in der uns Kunst, Musik, Tanz und Theater begegnen, nehmen wir nicht als Selbstverständlichkeit, sondern sehen in ihr eine erhaltens- und schützenswerte Dimension unserer Identität als freie Gesellschaft.

Wir werden:

- die Kulturförderung in einem Landeskulturplan analog zum Landessportplan zusammenführen – für mehr Verlässlichkeit, Übersichtlichkeit und Schlüssigkeit in der Kulturförderung.
- die Kultur in ihrer ganzen Breite fördern und Vereine, Kultureinrichtungen in nicht-öffentlicher Trägerschaft sowie Ehrenamtliche tatkräftig unterstützen. Die Förderung innovativer Kulturansätze und digitaler Angebote hat dabei besondere Bedeutung. Privates Engagement für die Kultur durch Mäzenatentum und Sponsoring begrüßen wir.
- den Sanierungsfahrplan für die Stuttgarter Staatsoper überprüfen und mögliche Einsparpotenziale nutzen, beispielsweise statt einer teuren Interimslösung einen nachnutzbaren Neubau umsetzen. Eine Unterstützung der geplanten Maßnahmen durch Private soll verstärkt in den Fokus genommen werden.
- die vielfältige Struktur der Schaffung neuer und Präsentation bestehender Werke der bildenden Kunst erhalten. Private Galerien und der Kunsthandel haben dabei eine wichtige Rolle und sollten nicht durch Bürokratie behindert werden.
- den Bürokratieaufwand bei der Kulturförderung und kulturferne Förderkriterien konsequent abbauen.
- die Musikhochschulen, Ballett-Ensembles, Landesbühnen und -orchester erhalten und in ihrer Weiterentwicklung unterstützen.
- an unseren Musikhochschulen weiter eine qualifizierte Ausbildung gewährleisten für Solo- und Orchestermusiker, für das Lehramt an Gymnasien, Musikpädagogen an den Musikschulen und Dirigenten der Chöre und Orchester.

Wo der freie Geist seine Wurzeln schlägt. Baden-Württemberg – ein Land geistigen Tiefgangs und freier Denkräume.

Je schneller sich unsere Welt verändert, tatsächliche und vermeintliche Fakten zugänglich sind und Meinungen, Kritik und Informationen in der digital vernetzten Welt verfügbar sind und sich in Windeseile verbreiten, desto mehr brauchen wir alle die Kompetenz, Fakten von Falsch-informationen und Meinungen voneinander zu unterscheiden, sie einzuordnen und kritisch zu würdigen oder zu verwerfen.

Gerade in einer immer digitaleren Welt unendlicher Optionen braucht es hierfür die Geistes- und Sozialwissenschaften, die uns Grundlagen und Maßstäbe vermitteln, an denen wir uns orientieren, unsere Umwelt prüfen und beides entwickeln können.

In diesem Sinne leisten unsere geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten Großartiges, auch wenn ihre Leistungen nicht immer unmittelbar „verwertbar“ erscheinen. Sie pflügen und festigen zugleich den Grund, auf dem eine mündige, freie und tolerante Gesellschaft wachsen, sich entwickeln und bestehen kann.

In diesem Sinne sind auch unsere Museen, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken und Kulturgüter mehr als Ausstellungsräume, Ausflugsziele, Zeitvertreib oder gar Ballast vergangener Zeiten. Vielmehr sind sie für uns Freie Demokraten Orte und Gelegenheiten, an denen gelernt und verstanden und für die Gegenwart und Zukunft Orientierung gewonnen werden kann.

Wir werden:

- Forschungsvorhaben zur Landesgeschichte fördern und die Landesmuseen und Gedenkstätten im Land darin unterstützen, ihre Ausstellungen analog wie digital und auch didaktisch zeitgemäß weiterzuentwickeln und die nötigen Fachkräfte zu gewinnen.
- die Landesgeschichte, unsere Kulturgüter und Gedenkorte stärker im Curriculum unserer Schulen verankern und den Geschichtsunterricht stärker auf geistesgeschichtliche Erkenntnisse ausrichten.
- die nationale und internationale Anerkennung der immateriellen Kulturgüter unseres Landes voranbringen und für ihren Erhalt und ihre Förderung eintreten.
- dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften universitär wie außeruniversitär ein erstklassiger Lehr- und Forschungsstandort bleibt.
- einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Kulturgütern pflegen und durch verlässliche Provenienzforschung sicherstellen, dass die Rückgabe von Raubkunst an die Berechtigten im Einvernehmen der Beteiligten gelingt.

Kapitel 11: Finanzen

Haushalt kommt von Haushalten – gute Politik muss nicht teuer sein

Gute Politik muss nicht teuer sein. Viel mehr hilft gerade eine umfassende Aufgabenkritik unserem Land, sich auf die besonders wichtigen Aufgaben zu konzentrieren und dort besser zu werden. Ein schlanker Staat ist ein handlungsfähiger Staat. Und einer, der seinen Kindern mehr als Schulden hinterlassen kann.

Wir Freie Demokraten wollen den Landeshaushalt daher wieder zum politischen Gestaltungsinstrument machen, den Staat effizienter und treffsicherer gestalten und auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Gleichzeitig wollen wir uns Freiräume schaffen, um steuerliche Entlastungen für Bürger und Unternehmen zu finanzieren. Dabei setzen wir sowohl bei der politischen Führung – Landtag und Landesregierung – als auch bei Subventionen, Förderprogrammen, Personalausgaben und diversen konsumtiven Ausgaben an. Bildung, Forschung, Sicherheit und Investitionen sollen hingegen gestärkt werden.

Wir werden:

- alle Ausgabenblöcke des Landes auf den Prüfstand stellen, vor allem
- Subventionen, Förderprogramme und Ausgaben für Gutachten und externe Berater. Der Anteil konsumtiver Ausgaben im Landeshaushalt muss dabei zurückgeführt werden.
- Verbesserungsvorschläge des Rechnungshofs und des Normenkontrollrats sorgfältig prüfen und möglichst umsetzen.
- die Anzahl der Landtagswahlkreise von 70 auf 38 verringern, damit es ein Parlament in XXL-Größe mit unnötig vielen Abgeordneten nicht geben kann, und dadurch unnötige Mehrkosten verhindern.
- eine allgemeine Einsparvorgabe für die Zahl der Personalstellen des Landes umsetzen (pauschale Stelleneinsparung). Besonders sensible Bereiche wie Bildung, Sicherheit und Justiz wollen wir dabei ausnehmen.
- einen Deckel für den Anteil der Verwaltungskosten bei Förderprogrammen (z.B. der Wohnrauminitiative) einführen.
- im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler konsequent eine wirkungsorientierte Haushaltsführung umsetzen: Für jede Subvention oder Fördermaßnahme muss klar definiert sein, welches Ziel damit verfolgt werden soll und wie der Erfolg gemessen werden soll. Erfolglose Maßnahmen müssen wegfallen.
- durch mehr dezentrale Budgetverantwortung spürbare Anreize für die Landesverwaltung schaffen, wirtschaftlicher mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen.

Kommunalfinanzen – damit es vor Ort läuft

Nirgends wird Demokratie so direkt gelebt wie in unseren Städten, Kommunen und Landkreisen. Die politischen Mandatsträger vor Ort, Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte, Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte tragen unmittelbare Verantwortung auch im finanziellen Bereich. Und sie tragen sie mit besonderer Weitsicht und mit Verstand. Wir wollen den Gemeinden, Städten und Landkreisen, den Menschen vor Ort dabei helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem wir ihnen den Freiraum schaffen, den sie benötigen. Wir werden keine neuen Aufgaben an sie übertragen, sondern die bisher ohne ausreichende Finanzierung auf die Städte verlagerten Aufgaben überprüfen und reduzieren. Wir werden dafür sorgen, dass sämtliche Bundesmittel, die für die Kommunen bestimmt sind, wirklich dort ankommen. Häufig ist den Kommunen zudem mehr geholfen, wenn sie statt einer großen Zahl an Förderprogrammen einfach eine gute Finanzausstattung zur eigenen freien Verfügung hätten. So schaffen wir Handlungsfreiheit und neues Vertrauen vor Ort. Das Land muss sich folglich als Schutzmacht seiner Kommunen verstehen.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise verdienen Vertrauen, Freiräume und eine Finanzausstattung, die ihnen die nötige Luft zum Atmen lässt. Darauf setzen wir Freie Demokraten.

Wir werden:

- das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) stärken und präzisieren, indem wir Schlupflöcher in der Landesverfassung und im Haushaltsrecht schließen.
- dort, wo das Land Gelder des Bundes stellvertretend für die Kommunen entgegennimmt (z.B. Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr, KiTa- und Hortbetreuung, Bundesteilhabegesetz, Aufnahme von Flüchtlingen), für eine umgehende und vollständige Weitergabe der Finanzmittel sorgen und umfassend Transparenz darüber schaffen, welche Mittel das Land vom Bund für welchen Zweck erhalten und wohin es diese Mittel wann weitergeleitet hat.
- die Förderkulisse für Kommunen grundlegend reformieren und die Anzahl und Detailtiefe der Vorgaben, die Kommunen für den Empfang von Fördermitteln umsetzen und nachweisen müssen, deutlich reduzieren. Insbesondere für größere Kommunen wie Stadtkreise oder Große Kreisstädte sollten bisherige Förderprogramme nach Möglichkeit wegfallen. Die dadurch freiwerdenden Mittel des Landes sollten unmittelbar und in voller Höhe auf diese Kommunen umgelegt werden.
- es den Kommunen erleichtern, bestimmte vorgeschriebene Funktionen (z.B. Datenschutzbeauftragte) auch gemeinsam zu nutzen. Dadurch kann Geld eingespart und die Qualität der Aufgabenwahrnehmung verbessert werden.

Solide Staatsfinanzen – Großbaustelle zwischen Bund und Ländern

Persönliche Freiheit und Demokratie sind nicht denkbar ohne solide Staatsfinanzen. Ein Staat, der sich finanziell übernimmt, wird früher oder später dazu gezwungen, seine Bürger mit höheren Steuern zu belasten. Er verursacht höhere Inflationsraten, also steigende Lebenshaltungskosten. Beides hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensgestaltung und damit auf die Freiheit eines jeden Einzelnen.

Klare, strenge Schuldenregeln und eine maßvolle Haushaltspolitik schützen daher gleichermaßen die Freiheit des Einzelnen und die Handlungsfähigkeit des Staates. Der heutige Länderfinanzausgleich bestraft erfolgreiche Landespolitik, indem er Unterschiede zwischen den Bundesländern immer weiter nivelliert. Nicht trotz, sondern auch wegen dieses Systems werden die Unterschiede in der Finanzkraft der Bundesländer nicht kleiner, sondern immer größer. Nötig sind transparente Finanzbeziehungen zwischen den Ländern, ein wettbewerblicher Reformföderalismus und perspektivisch nach baden-württembergischem Vorbild die Schaffung größerer, leistungsfähigerer Bundesländer oder die länderübergreifende Zusammenarbeit in einzelnen Fragen.

Wir werden:

- uns weiterhin für eine klar definierte, niedrige Obergrenze für die Neuverschuldung des Bundes und der Länder einsetzen, sowohl im Grundgesetz als auch in der Landesverfassung. Das Neuverschuldungsverbot in § 18 der Landeshaushaltsordnung wollen wir beibehalten.
- alle relevanten Staatsausgaben, insbesondere für Großprojekte, auf den Prüfstand stellen und Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen.
- strikt darauf achten, dass Investitionsvorhaben des Landes und der Kommunen, die über das neue Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (und damit über zusätzliche Schulden) finanziert werden, wirklich zusätzlich zu den schon geplanten Investitionsmaßnahmen umgesetzt werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass damit sowieso geplante Vorhaben oder laufende Personal- und Betriebsausgaben finanziert werden.
- sicherstellen, dass das Land und die Kommunen finanzielle Vorsorge für das Auslaufen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität Ende 2036 treffen; es muss vermieden werden, dass es ab 2037 eine „Abbruchkante“ bei den Investitionen von Land und Kommunen gibt.
- eine Neuverhandlung des Länderfinanzausgleichs mit dem Ziel einer geringeren Nivellierung anstreben. Führen diese Verhandlungen zu keinem Erfolg, sollte Baden-Württemberg gegen dieses ungerechte System vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.
- Gespräche zwischen Bund und Ländern darüber anstoßen, welche politischen oder finanziellen Anreize möglich sind, um das Bundesgebiet in leistungsfähigere Einheiten zu gliedern.

Steuern – so einfach wie möglich, so wenig wie nötig

Steuern sind notwendig, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Gleichzeitig greift der Staat durch die Besteuerung seiner Bürger sehr weit in deren Eigentum und Freiheitsrechte ein. Steuern können darüber mitentscheiden, wie weit entfernt vom Arbeitsplatz Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Wohnung und damit ihren privaten Lebensmittelpunkt wählen. Steuern bestimmen mit, ob der Traum vom Leben in den eigenen vier Wänden Wirklichkeit wird oder ob ein Familienunternehmen mitsamt seinen Arbeitsplätzen an die nächste Generation übergehen kann. Von steuerlichen Regeln hängt es ab, ob und wie viel in Zukunftstechnologien investiert wird. Steuern sind daher ein Freiheitsthema und nicht lediglich staatliche Einnahmequelle.

Baden-Württemberg braucht grundlegende Reformen im steuerlichen Bereich. Grundstückseigentümer und indirekt auch Mieter sollten bei der Grundsteuer von Bürokratie und unfairen Belastungen befreit werden. Die Grunderwerbsteuer darf dem Erwerb einer eigenen Wohnung oder eines Häuschens nicht entgegenstehen.

Wir Freie Demokraten orientieren uns in der Steuerpolitik daran, den Menschen Raum zur Verwirklichung ihrer Wünsche und Vorhaben zu verschaffen.

Wir werden:

- den bürokratischen und intransparenten Sonderweg des Landes bei der Grundsteuer beenden und ein Flächenmodell ohne Nutzung des Bodenwerts einführen, wie es in anderen Bundesländern bereits praktiziert wird.
- die Möglichkeit eine Grundsteuer C einzuführen, wieder abschaffen.
- den Steuersatz der Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent absenken. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass die Landkreise eine angemessene Kompensation für damit verbundene Einbußen erhalten.
- bei der Grunderwerbsteuer einen Kaufpreisanteil von 500.000 Euro steuerfrei stellen, um den Menschen, zum Beispiel jungen Familien, den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern.
- in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat sowohl eine Reform des Einkommensteuertarifs mit einer Entlastung mittlerer Einkommen als auch eine Unternehmenssteuerreform mit einer spürbaren Entlastung von Unternehmen unterstützt. Zudem muss die so genannte „Kalte Progression“, also die Erhöhung des persönlichen Steuersatzes durch steigende Preise und Einkommen, jedes Jahr vollständig ausgeglichen werden.
- uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die persönlichen Freibeträge für Familienangehörige bei der Erbschaftsteuer regelmäßig an die Preisentwicklung angeglichen und die Verschonungsregeln bei der Fortführung eines Betriebs und dem Erhalt von Arbeitsplätzen beibehalten werden.

Finanzplatz Baden-Württemberg – Spitzenfinanzierung für Spitzenunternehmen

Der Finanzplatz Baden-Württemberg ist so leistungsstark und vielfältig wie unsere Wirtschaft. Tausende Finanz- und Versicherungsberater leisten einen unverzichtbaren Beitrag für finanzielle Bildung und Aufklärung, für Altersvorsorge, Vermögensplanung und Absicherung. Volksbanken und Sparkassen sichern ein breites Angebot an Finanzierung und Beratung in der Fläche, gerade für den Mittelstand. Unser Land ist Sitz bedeutender Bausparkassen und Versicherungen. Die Landesbank Baden-Württemberg ist stark in der Region verankert und gleichzeitig an allen wichtigen Finanzplätzen der Welt vertreten, und die Börse Stuttgart ist die innovativste deutsche Regionalbörse und europaweit führend im Geschäft mit Kryptowährungen und digitalisierten Vermögenswerten.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Eine starke Realwirtschaft braucht eine starke Finanzwirtschaft. Sie ermöglicht Investitionen in Zukunftstechnologien und neue Produkte. Wir wollen, dass die nächste Landesregierung eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung des Finanzplatzes entwickelt.

Wir werden:

- Finanzbildung als verbindlichen Teil des Bildungsplans in allen weiterführenden Schulen etablieren und diese objektiv und praxisnah vermitteln. Auch in den Volkshochschulen sollte die Vermittlung von Finanzwissen angeboten werden. Dafür werden wir die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in Bezug auf Finanzbildung deutlich ausweiten und digitale Lernangebote und externe Partner in den Unterricht einbinden.
- eine Reform der privaten Altersvorsorge und der Bausparförderung unterstützen, in deren Rahmen Bürokratie reduziert und die Förderung in Form von Zulagen oder Steuerfreibeträgen erhöht wird; zudem sollte die Förderung künftig auch für ein Depot mit Fonds oder geeigneten Wertpapieren (Altersvorsorgedepot) gewährt werden.
- die Landesbank Baden-Württemberg in die Lage versetzen und dazu bewegen, auch Unternehmen aus dem Verteidigungssektor und die Nutzung von Übergangstechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität zu finanzieren.
- die Gründung und Ansiedelung von Start-Ups, insbesondere Unternehmen mit Technologie für den Finanzsektor („FinTechs“) aktiv fördern und die Stärken Baden-Württembergs in der Blockchain-Technologie, bei digitalisierten Vermögenswerten und Künstlicher Intelligenz ausbauen.
- das „Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg“ abschaffen, weil wir die Rolle des Landes nicht in der politischen Steuerung des Kapitalmarkts sehen.